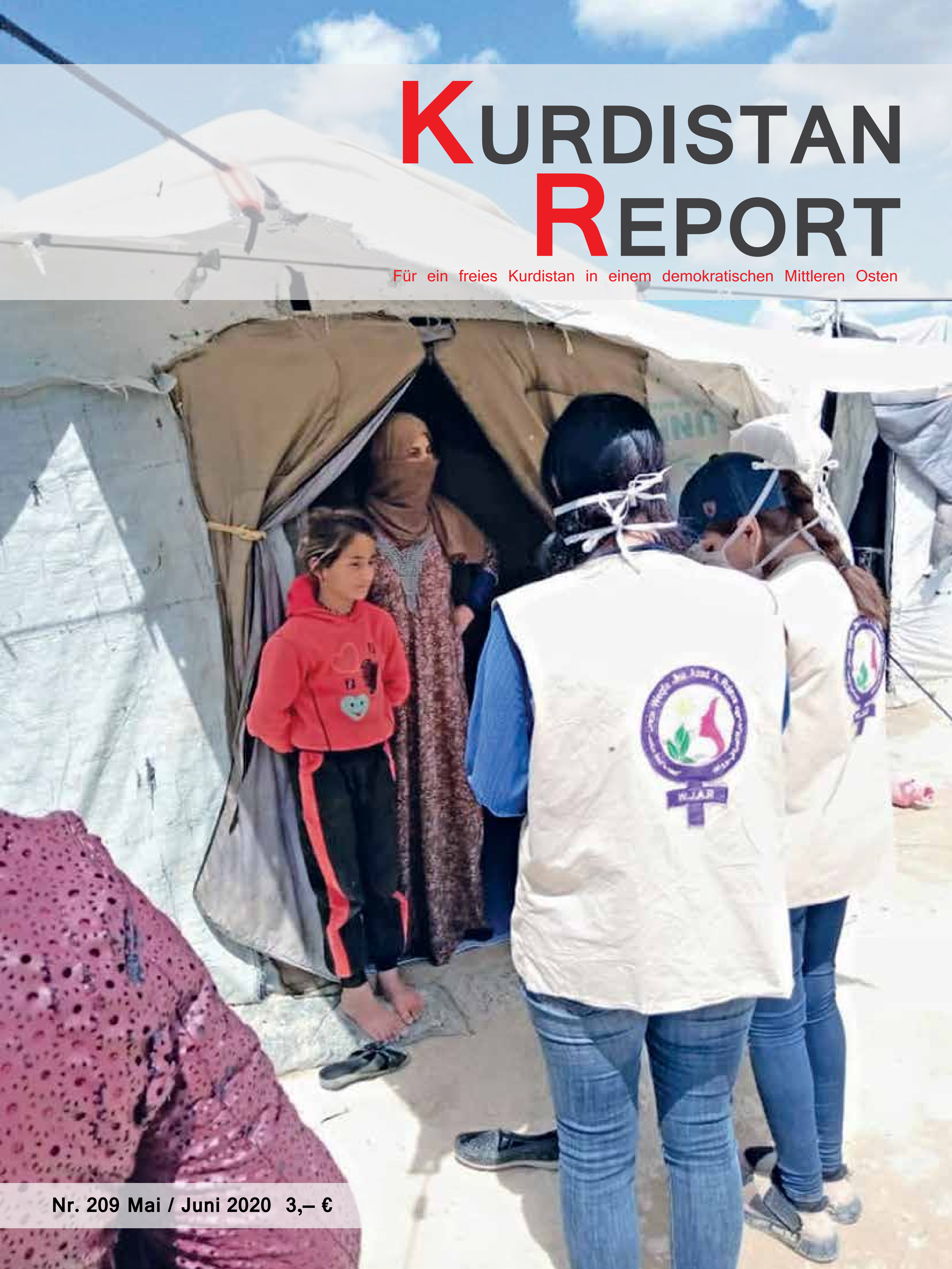

KURDISTAN
REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
Nr. 209 Mai / Juni 2020 3,– €



Die Corona-Pandemie hat offen zu Tage gelegt, wie verwundbar das globale System ist. In der Türkei sind im Besonderen die zigtausenden politischen Gefangenen gefährdet.



Bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe auf das Flüchtlingscamp Mexmûr wurden drei Frauen getötet.



Der Kurdische Rote Halbmond, Heyva Sor a Kurd, untersucht die Bewohner*innen des Flüchtlingscamp Waşokanî in Nordsyrien.

Liebe Leserinnen und Leser,

das Corona-Virus, welches seit Monaten die globale Agenda dominiert, hat Fragen in den Gesellschaften aufgeworfen, die sonst wenig Raum für Diskussion finden. Wie möchten wir leben? Was bedeutet Freiheit und wie sieht eine freie Gesellschaft aus?

Von PolitikerInnen über WissenschaftlerInnen bis hin zu PhilosophInnen werden Zukunftsszenarien formuliert, in denen sich vor allem zunehmender Nationalismus und die steigende Macht von Nationalstaaten bemerkbar machen, die vor allem darauf ausgerichtet sind abzuschotten und abzugrenzen.

Vor allem im globalen Süden offenbart sich jedoch, wie die Unterscheidung zwischen »Entwerteten« und »Wertvollen« die Grundlage der herrschenden globalen kapitalistischen Ordnung bildet. Die Umschreibung des Kapitalismus als eine gesellschaftliche Krankheit gewinnt in diesem Sinne eine besondere Bedeutung. Die kurdische Freiheitsbewegung vergleicht den »demokratischen Sozialismus« in diesem Kontext als eine Gesundheitsmedizin, um die Menschheit von den Krankheiten des Kapitalismus zu heilen.

Die kontrovers diskutierte Frage »Mensch oder Ökonomie« verdeutlicht einmal mehr die Probleme des 21. Jahrhunderts. Zur selben Zeit gibt es einen gesellschaftlichen Aufbruch in Rojava, in dem der Versuch unternommen wird, trotz Kriegsumständen und Krisensituation ein System aufzubauen, in dem der Mensch mit seinen natürlichen Bedürfnissen im Zentrum steht, was die humanistischste Antwort auf jegliche Krise ist.

Während das Corona-Virus das Leben weltweit lahmgelegt hat, bedeutete dies für die Menschen in Kurdistan keine Atempause von den Angriffen vor allem des türkischen Staates. In der Türkei wurden während der Redaktionsarbeiten wieder einmal mehrere kurdische Gemeinden der Zwangsverwaltung unterstellt. Mitte April bombardierten türkische Kampfdrohnen das Flüchtlingslager Mexmûr in Südkurdistan, wobei drei Zivilistinnen getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Zehntausende Gefangene in der Türkei wurden zudem zum angeblichen Schutz vor Corona freigelassen, außer den politischen Gefangenen, den zigtausenden kurdischen politischen AktivistInnen.

Da trotz getroffener Maßnahmen die Bevölkerung in Kurdistan im Allgemeinen und die Menschen in Nord- und Ostsyrien im Besonderen ernsthaft vom Corona-Virus bedroht sind und es wegen der Kriegs- und Besatzungssituation an allem mangelt – grundlegender medizinischer Ausrüstung, Medikamenten, Atemschutzmasken, Desinfektions- und Reinigungsmitteln –, möchten wir auf die Spendenaufrufe der Hilfsorganisation des Kurdischen Roten Halbmonds (Heyva Sor a Kurdistanê) aufmerksam machen.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Kriege im Schatten der Pandemie

Mako Qoçgirî, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter von Civaka Azad

Es gibt derzeit nur ein Thema in den Medien – das Corona-Virus. Die Pandemie scheint den Alltag der Menschheit lahmgelegt zu haben. Jeden Tag gibt es Updates zu den neuen Infektions- und Todeszahlen. Und alle fragen sich, wann wir wieder zur Normalität zurückkehren können.

Die gegenwärtige Pandemie hat offen zu Tage gelegt, wie verwundbar das globale System ist, in dem wir leben. Debatten, die in westlichen Staaten darüber geführt werden, inwieweit Maßnahmen gegen das Virus für die Wirtschaft noch aushaltbar sind, während es offensichtlich um den Schutz von Menschenleben gehen müsste, zeigen zudem, wie sehr der Stellenwert von moralischen Werten innerhalb unseres Systems gefallen ist. Wie von einer plötzlichen Panik erfasst, versucht nun ein jeder Staat im globalen Norden auf eigene Faust Herr der Lage zu werden. Wurden noch vor wenigen Monaten die drastischen Maßnahmen in China gegen die Ausbreitung des Virus und die Situation in der Region Wuhan belächelt, weil Zustände wie diese ja in autoritären Regimen so wenig überraschend sind, gelten Ausgangssperren und die Einschränkung von Grundrechten nun auch in der westlichen Hemisphäre als probate Mittel, um die Ausbreitung des Virus zu entschleunigen. Auch Meldungen über verwahrloste Zustände in Altenpflegeheimen in Spanien oder die Aushebung von Massengräbern in den USA können uns mittlerweile kaum noch erschüttern. Und wenn nun die USA 200.000 Atemschutzmasken, die eigentlich für Berlin bestimmt waren, in Thailand abfangen lassen, nehmen wir das auch nur noch mit einem müden Achselzucken zur Kenntnis. Eine Begleiterscheinung der Pandemie wird wohl bleiben, dass die Abgründe des herrschenden Systems für sehr viele Menschen erstmals so nackt ersichtlich wurden.

Vor dem Hintergrund dieser weltumspannenden Krise hatte der UN-Generalsekretär António Guterres bereits am 23. März zu einem globalen Waffenstillstand aufgerufen. Die bewaffneten Konflikte sollten zumindest so lange ruhen, bis die Pandemie halbwegs unter Kontrolle gebracht werden kann. Denn es ist klar, dass in Ländern wie Syrien, dem Jemen, Libyen oder dem Irak die Gesundheitssysteme infolge jahrelanger Kriegssituation schwer beschädigt sind. Bereits unter Ausklammerung des Corona-Virus können in Teilen des Mittleren Ostens (und natürlich nicht nur dort) viele Menschen nur unzureichend bis gar nicht medizinisch versorgt werden. Doch nur wenige Konfliktparteien schenkten dem Aufruf des UN-Generalsekretärs Gehör und so werden vielerorts nicht nur bewaffnete Auseinandersetzungen fortgesetzt, sondern auch die Menschen, die vor den Kriegen flüchten, in Zeiten der Pandemie sich selbst überlassen.

Türkei: Das Krisenmanagement offenbart die Krise des Regimes

Einer der Staaten, die am Krieg festhalten, ist zweifelsohne die Türkei. Und der türkische Staat führt derzeit Krieg an vielen Fronten: in Nord- und Südkurdistan, in Rojava und im nordsyrischen Idlib, und auch in Libyen gegen General Haftars Truppen. Diese Kriege dienten dem Erdoğan-Regime über lange Zeit dazu, die Krise im eigenen Land zu übertünchen. Mit nationalistischen Parolen wurde die eigene Bevölkerung in Schach gehalten. Jegliche Kritik an der Regierungspolitik in Zeiten des Krieges kam dem Vaterlandsverrat gleich.

Doch auch das Regime in Ankara ist von der Corona-Epidemie voll erfasst worden. Zunächst wurde zwar noch in Diskussionsrunden in regierungsnahen Fernsehsendern darüber spekuliert, ob türkische Gene gegen das Virus immun seien. Doch mittlerweile tritt auch in der Türkei der Gesundheitsminister Fahrettin Koca täglich vor die Medien, um über die aktuellen Fallzahlen der Epidemie zu informieren. Dass diese offiziellen Zahlen stark untertrieben sind, bezweifelt faktisch niemand. Doch das öffentlich auszusprechen, kann ähnliche Konsequenzen mit sich bringen wie vor einigen Monaten den völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei in Nordsyrien zu kritisieren. Und selbst die beschönigten Statistiken aus der Türkei sind dramatisch, denn die Ausbreitungsrate der Pandemie im Land ist vergleichsweise hoch.

Das Regime ist allem Anschein nach überfordert mit der Pandemie. Die Kassen der Regierung sind so leer, dass Erdoğan im Kampf gegen Corona bereits zu einer nationalen Spendenkampagne aufgerufen hat. Parallel dazu werden die Solidaritätskampagnen der Oppositionsparteien in Zeiten der Pandemie kriminalisiert. Die Bevölkerung soll allein von der Regierung abhängig gemacht werden, doch die Regierung hat nicht zuletzt auch wegen der kostenspieligen Kriege, die sie führt, keine Almosen mehr, die sie verteilen könnte. Wie also die fatalen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise aufzufangen sind und wohin das Ganze noch führen soll, bleibt offen. Dass diese Regierung zwei Stunden vor Inkrafttreten eine 48-stündige Ausgangssperre im Land ausruft, was in den Städten zu chaosartigen Hamsterkäufen in letzter Sekunde führt, beweist zur Genüge, wie kopflos die AKP mit der Krise umgeht.

Von besonderer Bedeutung ist vor diesem Hintergrund die Lage in den überbelegten Haftanstalten der Türkei. Eine Verbreitung des Virus in den Gefängnissen wäre eine Katastrophe. Auf die Forderungen nach einer Freilassung der Gefangenen reagierte die Regierungspartei mit einem Amnestiegesetz. Eigentlich lag das Gesetz schon seit knapp einem Jahr in den Schubladen des Kabinetts. Der passende Zeitpunkt, um es wieder auszukramen, war mit der Corona-Krise gekommen. Nun sollen rund ein Drittel der etwa 300.000 Gefangenen in der Türkei freikommen. Doch die politischen Gefangenen des Landes sind von dieser Regelung explizit ausgenommen.

Dass die türkische Regierung sich trotz der Pandemie nicht von ihrem Kampf gegen die kurdische Bevölkerung abbringen lässt, hat sie Ende März auch mit der Absetzung von Bürgermeister*innen in acht HDP-geführten Kommunen, einschließlich Elîh (Batman), unter Beweis gestellt. Knapp einen Monat zuvor testete der türkische Innenminister Süleyman Soylu die Reaktionsbereitschaft der kurdischen Bevölkerung, indem er während eines Fernsehauftritt quasi in einem Nebensatz erwähnte, dass auf der Gefängnisinsel Imralı, auf der unter anderem Abdullah Öcalan inhaftiert ist, ein Brand ausgebrochen sei. Das Feuer sei allerdings schnell wieder unter Kontrolle gebracht worden, so Soylu. Die darauffolgenden Proteste in Kurdistan und Europa müssen allerdings die AKP-Regierung so sehr überrumpelt haben, dass sie wenige



Dass diese Regierung zwei Stunden vor Inkrafttreten eine 48-stündige Ausgangssperre im Land ausruft, was in den Städten zu chaosartigen Hamsterkäufen in letzter Sekunde führt, beweist zur Genüge, wie kopflos die AKP mit der Krise umgeht. Foto: marksist

Tage nach dieser Ankündigung einen Besuch der Angehörigen Öcalans auf der Gefängnisinsel zuließ. Dies stellte zugleich den ersten Besuch auf Imralı seit acht Monaten dar.

Syrien: Zwischen Besatzung und Corona

Der Druck auf das Erdoğan-Regime ist enorm, auch in Syrien. Hier hat die AKP zwar einen Waffenstillstand mit Russland für die Provinz Idlib ausgehandelt, doch vom Tisch ist die Angelegenheit noch lange nicht. In dem Konflikt um die nordsyrische Provinz agiert die Türkei als Schutzmacht eines Konglomerats islamistischer Gruppierungen. Die stärkste unter diesen Gruppen ist Hayat Tahrir al-Sham, vormals Al-Nusra-Front und zugleich Ableger der Al-Qaida in Syrien. Russland hat lange genug versucht, den Problemfall Idlib über die Türkei und ihren Einfluss auf diese islamistischen Gruppierungen zu lösen. Doch irgendwann ist dann der Geduldsfaden gerissen und Russland sowie das Assad-Regime haben zum Angriff aufgerufen. In den wochenlangen Kämpfen kamen auch zahlreiche türkische Soldaten ums Leben, während die Truppen Assads wichtige Gebiete einnehmen konnten. Der erneute Waffenstillstand ist wohl zumindest in Teilen auch auf den internationalen Druck aus den USA und der EU auf Russland zurückgeführt worden, die sich auf die Seite der Türkei stellten. Zwar setzte Erdoğan insbesondere gegen die EU auch auf die »Flüchtlingskarte« und sorgte über Wochen hinweg für Bilder an der türkisch-griechischen Grenze, die in der europäischen Führungsebene nicht gern gesehen wurden. Doch scheint darüber hinaus auch die NATO ein dringendes Interesse daran zu haben, dass Idlib nicht in die Hände des Assad-Regimes fällt, um nicht vollständig ihren Einfluss bei der Neugestaltung Syriens zu verlieren. Die Türkei gilt hier also als Trumpfkarte. Erdoğan verlangt im Gegenzug für seine Dienste in Idlib die volle Unterstützung der NATO in seinem Kampf gegen die Demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien. Und diese Unterstützung scheint er weitgehend zu bekommen, auch aus Deutschland.

Allein seit dem Waffenstillstand mit Russland hat das Erdoğan-Regime Schätzungen zufolge zwischen 20.000 und 29.000 Soldaten in Idlib stationiert. Ein weiterer blutiger Krieg scheint damit nur noch eine Frage der Zeit. Parallel dauern die Angriffe der protürkischen Islamisten auf die nordsyrischen Selbstverwaltungsgebiete – wenn auch derzeit mit niedriger Intensität – weiter an. Die Türkei wird ohne Zweifel Idlib auch zur Verhandlungsmasse machen, um ihrem Bestreben nach einer Ausweitung der Besatzung in den kurdischen



Für die Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien gibt es nur wenige Möglichkeiten, sich gegen die Ausbreitung des Corona-Virus zu schützen. Das öffentliche Leben ist so weit wie möglich heruntergefahren. Wie hier in Qamişlo werden Lebensmittel an die Bevölkerung verteilt. Foto: anha

Gebieten Nordsyriens Nachdruck zu verleihen. Auf der anderen Seite würde eine militärische Niederlage der Türkei in Idlib bedeuten, dass wohl als Nächstes die Region Efrîn in der Liste der zu befreienden Gebiete nach oben rücken würde. Das will Ankara unbedingt verhindern und deshalb bleibt Idlib von enormer Wichtigkeit in der türkischen Syrienpolitik.

Die Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien ist unterdessen neben den Angriffen durch die türkischen Besatzungskräfte und dem Wiedererstarken des IS auch den möglichen Gefahren durch eine Ausbreitung des Corona-Virus ausgesetzt. Zwar hat die Verwaltung frühzeitig einen Einreisestopp für Nordsyrien verkündet, doch gerade vor dem Hintergrund der kriegsgeschädigten Gesundheitsstruktur in der Region bleibt die Angst vor der Epidemie groß. Noch sind keine Fälle des Corona-Virus in den Gebieten, die von den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) kontrolliert werden, bekannt. Doch Berichten zufolge soll die Türkei Menschen mit Corona-Infektion in das von ihr besetzte Krankenhaus von Serêkaniyê (Ras al-Ain) gebracht haben. Kritik übt die Selbstverwaltung auch am sorglosen Umgang des Assad-Regimes mit der Virusgefahr. So sollen Personen, die auf dem vom Regime kontrollierten Militärflughafen von Qamişlo landen, nicht auf das Virus getestet worden sein. Die Gesundheitskommission der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyrien hat trotz der von ihnen eingeleiteten präventiven Maßnahmen in einem internationalen Aufruf zur Unterstützung insbesondere in Form von medizinischem Equipment gegen die mögliche Ausbreitung des Virus aufgerufen.[1]

Irak: Chaos nach Regierungsrücktritt und ein Stellvertreterkrieg

Ähnlich große Furcht wie in Syrien herrscht auch im Irak aufgrund einer möglichen Ausbreitung des Corona-Virus. Hinzu kommt, dass es im kriegserschütterten Irak derzeit keine handlungsfähige Regierung gibt, die effektive Maßnahmen gegen die Pandemie vornehmen könnte. Denn seitdem der ehemalige Ministerpräsident Adil Abd al-Mahdi nach wochenlangen Protesten mit über 500 Toten Ende November vergangenen Jahres zurückgetreten war, können sich die politischen Akteure im Land auf keinen Nachfolger einigen. Der bisherige Geheimdienstchef Mustaraf al-Kasimi ist nun der jüngste Kandidat für diesen schwierigen Posten. Vor ihm waren zwei weitere Personen, die mit dieser Aufgabe betraut worden waren, gescheitert. Grund hierfür sind die tiefen Spaltungslinien im Land, die sich längst nicht mehr bloß zwischen den Kurd*innen, den Sunnit*innen und den Schiit*innen im Land ziehen lassen.

Der Irak ist mittlerweile Austragungsort des Konflikts zwischen dem Iran und den USA geworden. Der vorläufige Höhepunkt dieses Konflikts wurde mit der Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani durch die USA im Januar dieses Jahres erreicht. Die Regierungsproteste, die zum Sturz von al-Mahdi führten, richteten sich zwar explizit auch gegen den iranischen Einfluss im Land, doch das bedeutet keineswegs, dass die politischen Akteure im irakischen Zentralstaat über die militärische Präsenz der USA in ihrem Land sonderlich erfreut sind. Vor allem wünscht sich niemand im Irak einen Stellvertreterkrieg zwischen den USA und dem Iran auf heimischem Boden.

Die USA unterhielten seit dem im Jahr 2014 begonnenen internationalen Kampf gegen den IS 14 Militärstützpunkte im Irak, von denen einige in den letzten Monaten immer wieder von proiranischen Teilen der Haschd-al-Schaabi-Miliz mit Raketen beschossen wurden. Einige der Militärstützpunkte wurden nun geschlossen. Andere sollen aber in die südkurdische Autonomieregion übergesiedelt werden. Denn ein kompletter Rückzug aus dem Irak, wie es im Übrigen aus Bagdad gefordert wird, würde bedeuten, dass die USA diese Front in einem möglichen Konflikt mit dem Iran aufgeben würden. Nun wird diese Front nach Südkurdistan verlegt, was schließlich nichts anderes bedeutet, als dass die Autonomieregion Kurdistan sich inmitten eines iranisch-amerikanischen Konflikts befinden würde.

Im Schatten des iranisch-amerikanischen Konflikts im Irak erlebt aktuell der sogenannte Islamische Staat (IS) ein Revival. Während die Organisation in Nordsyrien dank des türkischen Besatzungskrieges an Boden gewinnt und Revolten in Gefängnissen und den Camps probt, macht sie im Zentralirak und in den umstrittenen Gebieten mit Angriffen gegen irakische und südkurdische Sicherheitskräfte von sich reden. Das Wiedererstarken des IS bedeutet auch, dass die Gefahr für die Menschen im Geflüchtetencamp Mexmûr anwächst. Der Aktionsradius der IS-Zellen befindet sich nämlich in unmittelbarer Nähe des Camps. Doch die Gefahr durch den IS ist nicht das einzige Problem, mit dem die rund 12.000 Bewohner*innen von Mexmûr zu kämpfen haben. Seit über neun Monaten wird das Camp durch die Sicherheitskräfte der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) auf Druck der Türkei einem Embargo ausgesetzt. Gerade in Hinblick auf die Gefahr durch das Corona-Virus und die sich dem Ende neigenden Medikamentenvorräte im Camp droht das Embargo zu einer Frage von Leben und Tod zu werden.

1 https://civaka-azad.org/covid-19-nordostsyrische-selbstverwaltung-bittet-um-hilfe/

Iran: Sanktionen, Wahlen und Corona-Krise

Der Konflikt mit den USA beherrscht wie bereits oben angerissen die politische Agenda des Landes. Die Fronten sind verhärtet und die USA haben kein Interesse daran, auch in Zeiten der Pandemie nur einen Gedanken an die mögliche (temporäre) Aufhebung der Sanktionen zu verschwenden. Dabei wurde der Iran von der Pandemie schwer getroffen. Der erste registrierte Fall geht auf Anfang Februar zurück: Ein iranischer Geschäftsmann soll die Infektion nach einer Reise nach China in die Stadt Ghom gebracht haben. Von dort breitete sich das Virus rasant aus, auch weil die iranischen Behörden zu lange die Gefahr ignorierten. So soll aus Regierungskreisen die anfängliche Behauptung stammen, dass die USA mit dem Virus übertreiben würden, um die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen vom 21. Februar niedrig zu halten.

Tatsächlich war die Wahlbeteiligung am Wahltag sehr niedrig. Das Innenministerium musste bekanntgeben, dass nur etwas mehr als 42 % der Wahlberechtigten an die Urnen gegangen waren. Doch die Ursache für die niedrige Wahlbeteiligung dürfte weniger an der Furcht vor dem Virus gelegen haben, als es die Regierung gerne hätte. Denn viele Oppositionelle hatten zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen. Auch die Demokratische und Freie Gesellschaft Ostkurdistans (KODAR) und die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) riefen die Bevölkerung Ostkurdistans dazu auf, nicht an den Wahlen teilzunehmen, um gegen das autoritäre Regime in Teheran zu protestieren. Die konservativen Kräfte erhielten erwartungsgemäß den größten Stimmenanteil, doch das eigentliche Ergebnis der Wahlen dürfte wohl eines gegen das Regime gewesen sein.

Nach einer rasanten Verbreitung hat die Corona-Krise wohl ihren Höhepunkt im Iran hinter sich gelassen. Die Neuinfektionsrate sinkt derzeit. Nach anfänglichem Zögern hat sich das Regime der Pandemie ernsthaft angenommen. Das liegt auch daran, dass überraschend viele Politiker mit dem Virus infiziert wurden. Mindestens zwölf Politiker oder hochranginge Beamte haben sogar ihr Leben verloren. Die offizielle Todeszahl infolge der Virusinfektion wird mit über 4.000 angegeben (Stand: Mitte April), doch ähnlich wie in der Türkei halten viele diese Zahlen für stark untertrieben.

Der Kontrollverlust autoritärer Regime

Das Muster ist sehr ähnlich: Autoritäre Regime wie die Türkei oder der Iran spielten anfangs die Gefahr durch die Corona-Krise herunter. Als sie dann den Ernst der Lage erkannten, war die Epidemie schon so sehr verbreitet, dass der Kontrollverlust schon im vollen Gange war. Selbst drastische und für die Bevölkerung nun völlig überzogene und irrational wirkende Maßnahmen können den entstandenen Schaden nur noch teilweise beschränken. Es ist kaum vorstellbar, dass die Bevölkerung in den jeweiligen Staaten nach dieser Erfahrung der tödlichen Unfähigkeit ihrer Regime keinen weiteren Vertrauensverlust gegenüber den Machthabern ihres Landes erfährt. Folglich werden auch die Regime die Corona-Epidemie wohl kaum unbeschadet überstehen.

Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass es auch die umgekehrte Tendenz gibt: Bevölkerungsgruppen, die vor der schier verzweifelten Lage, der sie infolge der Epidemie ausgesetzt sind, sich an ihre Regierungen wenden, ja sogar nach einer starken Führung suchen und die Einschnitte in ihre Grundrechte ohne zu hinterfragen in Kauf nehmen. Gerade in völlig vom Individualismus durchzogenen Gesellschaften wird der Staat in der Krise als großer Schützer seiner kleinen Bürger*innen stilisiert.

Ob letztlich die gegenwärtige Krise dazu führen wird, dass der autoritäre Nationalstaat ein Comeback feiert oder nicht, hängt auch von der Frage ab, wie die Gesellschaft mit der Pandemie umgeht. Sind die Menschen in der Lage, ihren gesellschaftlichen Selbstschutz durch den Aufbau von solidarischen Strukturen zu organisieren? Können sie die Lücken füllen, die der Staat inmitten der Pandemie aufgerissen hat? Wird also die Demokratie, was heißt: die demokratische Selbstorganisierung der Gesellschaft, den Staat in der Corona-Krise zurückdrängen oder der Staat die Demokratie? Von der Beantwortung dieser Fragen hängen nicht nur die weiteren Entwicklungen im Mittleren Osten ab. ♦

Ob letztlich die gegenwärtige Krise dazu führen wird, dass der autoritäre Nationalstaat ein Comeback feiert oder nicht, hängt auch von der Frage ab, wie die Gesellschaft mit der Pandemie umgeht. Sind die Menschen in der Lage, ihren gesellschaftlichen Selbstschutz durch den Aufbau von solidarischen Strukturen zu organisieren?

Der faschistische Block der AKP-MHP hat ein politisches Klima geschaffen, das Andersdenkenden keinen Raum zum Überleben lässt

Die Situation in Nordkurdistan und der Türkei

Serhat Ovayolu

Das sich nahezu auf der ganzen Welt verbreitende Virus SARS-CoV-2, auch Corona-Virus genannt, sucht auch Nordkurdistan und die Türkei heim. Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Textes beträgt die Zahl der weltweit Infizierten 1,25 Millionen und die der Toten über 70.000. In der Türkei und in Nordkurdistan gibt es laut offiziellen türkischen Statistiken 27.000 Infizierte und 574 Tote. Natürlich sind die Zahlen und Informationen des türkischen Staates nicht verlässlich und sie bilden deshalb höchstens die Spitze des Eisbergs ab. Das von der AKP und der MHP aufgebaute diktatorische Regime versucht – so wie es jedes Problem auf Eis legen will –, auch diese Pandemie in die hinterste Ecke des Gefrierschranks zu verdrängen. Wegen der verantwortungslosen Ausbeutung der Ressourcen des Regimes für Kriegszwecke oder persönliche Profite und möglicher Folgen für die Wirtschaft wurden außer der Ausgangssperre für ältere Menschen und Personen unter 20 Jahren keinerlei Maßnahmen ergriffen (mit Ausnahme einer allgemeinen Ausgangssperre am 11. und 12.4. mit der Maßgabe, dass am Montag, 13.4. alle wieder zur Arbeit gehen sollen; Anm.). Vor der Pandemie haben einige Wissenschaftler und andere im türkischen Fernsehen erklärt, die türkische Gesellschaft sei aufgrund eines »Türken-Gens« immun. Mit solchen pseudowissenschaftlichen Äußerungen wurde ein rassistischer Diskurs entwickelt und die breite Gesellschaft fehlinformiert. Doch die Pandemie ist in Nordkurdistan und der Türkei erst im Anfangsstadium. Für eine Einschätzung müssen wir ein bisschen früher ansetzen.

Die Wirtschaftslage in Nordkurdistan und der Türkei vor der Pandemie

Der türkische Staat befindet sich in einer sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Krise. Insbesondere vor der letzten Intervention gegen die demokratische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien stand die Türkei vor dem wirtschaftlichen Bankrott, weshalb die Opposition in der Türkei – außer der HDP – wie immer in einschneidenden Situationen wegen der militärischen Intervention die Laufzeit der AKP-MHP-Diktatur verlängert hat. Das Erdoğan-Regime konnte mit dem Anheizen des Rassismus gegen die kurdische Gesellschaft und der Besatzung in Rojava wieder eine kleine Verschnaufpause gewinnen. Später wurde infolge der Spannungen um die Situation in Idlib die ökonomische Situation wieder alarmierend, was aber mit extremer Kraftanstrengung des Regimes überwunden werden konnte, ohne nennenswerte Unruhen hervorzurufen. Vielleicht einzig auf der Welt hat die Türkei Äußerungen zu ökonomischen Fragen, die sich nicht an der Regierungslinie orientieren, in die Definition »terroristische Propaganda« aufgenommen, gewissermaßen ein Verbot, über die Wirtschaft zu sprechen. Wenn Sie zum Beispiel erläutern, warum die Türkische Lira (TL) gegenüber dem US-amerikanischen Dollar an Wert verliert und jemand Sie deswegen denunziert, können Sie dafür zu einer Freiheitsstrafe von einem bis fünf Jahren verurteilt werden. Und wenn ein Universitätsprofessor über diese Frage doziert, kann die Strafe bis zu zehn Jahren betragen. Aber damit nicht genug: Wenn Ihre Äußerungen von jemandem aufgenommen und in den sozialen Medien verbreitet werden, ist es nicht so unwahrscheinlich, dass Sie eine Freiheitsstrafe von bis zu 15 Jahren bekommen. Deshalb sind selbst die Universitätsprofessoren aus dem Wirtschaftsbereich zu Äußerungen nicht mehr in der Lage. Irgend jemand aus der hasserfüllten jugendlichen Generation, von der Erdoğan in jeder seiner Reden spricht, kann seinen Dozenten oder Professor an die Kommunikationsbehörde des Präsidenten (CIMER) oder die Polizei denunzieren. Ich kenne selbst Universitätsangestellte, die wegen ihrer Vorlesungen oder Prüfungen verurteilt wurden.

Unter solch einem repressiven Regime zeigen auch die wirtschaftlichen Indikatoren keine sehr guten Ergebnisse. Bei Statistiken und Zahlen, die von staatlichen Institutionen wie TÜİK (Statistikinstitut der Türkei) und der Zentralbank veröffentlicht werden, ist Vorsicht geboten. Doch trotz der Verschleierung der realen Zahlen ist für alle unübersehbar, dass die Wirtschaftskrise außer Kontrolle geraten ist. Tatsächlich begannen im Februar die Zahlen des Industrieproduktionsindex' zu steigen. Das kommt daher, dass nach dem Rückgang

der Produktion in China mehr in der Türkei produziert wurde, wo die Pandemie noch nicht so bestimmend war. Die zu dem Zeitpunkt mehrfach geäußerten Erklärungen von Erdoğan und dessen Schwager und Wirtschaftsminister Berat Albayrak, diese Situation sei eine Chance, bestätigen dies. Ihrem Kalkül zufolge wird China den verlorenen Markt nicht sofort wiedererlangen und die Türkei wird dieses Vakuum füllen können. Diese Erwartung, die statt einer Chance eigentlich mehr die intensivierte Ausbeutung der Arbeit bedeutet, scheint nicht aufgegangen zu sein. Einerseits hat China mit dem Zurückdrängen der Pandemie die Produktion wieder hochgefahren, andererseits verstärken sich die Auswirkungen der Pandemie auch in der Türkei.

Arbeitslosigkeit und Armut steigen

Wenn wir von den veröffentlichten Zahlen ausgehen, liegt die Inflation in der Türkei mit 12,5 % auf einem der höchsten Werte der letzten Jahre. Sogar der wirtschaftsliberale IWF (Internationaler Währungsfond) registriert die Beschönigung der Inflationswerte. Ein Großteil der Gesellschaft ist sich darüber im Klaren, dass die Inflation deutlich über den offiziellen Zahlen liegt. Zum Beispiel beträgt laut TÜRK-İŞ – unter staatlicher Führung stehende »gelbe« Gewerkschaft – die Teuerungsrate für die einzelnen Haushalte im März mindestens 16,5 %, und der Mindestbetrag, den eine vierköpfige Familie braucht, um nicht zu verhungern, und nur für Lebensmittel ausgeben sollte, beträgt 2.345 TL (≈ 312 Euro). Neben Nahrungsmitteln, Wohnen und Unterkunft inklusive Grundausgaben liegt die Armutsgrenze bei 7.639 TL (≈ 1014 Euro). Trotz dieser Zahlen beträgt der Mindestlohn 2.324 TL (≈ 308 Euro) und liegt sogar unter der offiziellen Hungergrenze. Etwa 40 % der Arbeitnehmer in der Türkei arbeiten für den Mindestlohn und die Familiengröße liegt bei drei bis vier Personen. Mit anderen Worten sind mehr als 20 Millionen Menschen zum Hungern verurteilt.

Außerdem ist die Arbeitslosigkeit ein sehr großes Problem. Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei 13,7 %. Die Tatsache eingerechnet, dass Langzeitarbeitslose nicht in die Statistik aufgenommen werden, ist sie erheblich höher. Den Statistiken der Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei (DISK) zufolge beträgt die Arbeitslosenquote mindestens 21,8 %, und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist ein großes Problem und liegt bei 25 %. Die Arbeitslosigkeit junger Frauen hat einen Rekordwert von 36 % erreicht.

Diese Statistiken bilden den Durchschnitt für die Gesamttürkei ab. Die Zahlen für Kurdistan sind bekanntermaßen noch erschreckender. Der türkische Staat sucht die kurdischen Gebiete mit einer Politik der Unterdrückung und Zerstörung heim, mit katastrophalen Auswirkungen für die Bevölkerung. So müssten für die kurdischen Gebiete die drei- oder vierfachen Werte für die Arbeitslosenzahlen angenommen werden. Armut und Arbeitslosigkeit betreffen fast alle Haushalte in Kurdistan.

Also wäre es nicht falsch zu behaupten, der türkische Staat wolle die Bevölkerung in Kurdistan verhungern und ausbluten lassen. Der türkische Staat begnügt sich nicht damit, jedes in Kurdistan angebaute Produkt, alle Arten von unterirdischen und oberirdischen Reichtümern zu beschlagnahmen, sondern führt eine organisierte ökologische Zerstörung in Kurdistan durch. Mit Hunderten von Staudämmen wird nicht nur die Ökologie Kurdistans zerstört, sondern die kurdische Gesellschaft soll auch durch die Zerstörung ihres historischen und kulturellen Reichtums zur Geschichtslosigkeit verdammt werden. Eines der konkretesten Beispiele hierfür ist die antike Stadt Hasankeyf (kurd.: Heskîf), die für einen Staudamm mit der wirtschaftlichen Lebensdauer von 30 bis 40 Jahren geopfert werden soll.

Regime der Zwangsverwaltungen

Diese koloniale Mentalität ist in diesen Tagen der Pandemie noch klarer zu erkennen. Die Menschen in Kurdistan werden dieser Pandemie regelrecht ausgeliefert. Es gibt nicht genug Gesundheitspersonal. Viele Ärzte und andere Gesundheitsarbeiter werden als Kurden Sicherheitsuntersuchungen ausgesetzt und ihnen werden ihre Arbeitsrechte genommen. Kommunen, die beginnen, selbstständig gegen die Pandemie vorzugehen, werden sofort unter Zwangsverwaltung gestellt; und die erste Handlung dieser Zwangsverwaltungen ist es, unnötige Kosten zu verursachen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Kommunen eine wichtige Funktion im Kampf gegen die Armut haben, werden Millionen Kurden durch Zwangsverwaltung ihrer kommunalen Dienstleistungen und ihrer Verbindungen zur Gemeinde beraubt. Das Regime der Zwangsverwaltungen ist auch ein Phänomen zur Steigerung der Armut und Arbeitslosigkeit in Kurdistan. Die Zwangsverwaltungen stehen nicht nur für den Raub der Willensbildung, sondern sie dienen als Struktur den wirtschaftlichen Zwecken des Kolonialismus.

Bei einem erneuten Blick auf die Wirtschaftskrise in der Türkei sehen weder die Indikatoren der Haushalte noch die Makro-Indikatoren positiv aus. Die Reserven der Zentralbank schmelzen weiterhin mit einer unglaublichen Geschwindigkeit. Die Financial Times, eines der wichtigsten Medien des internationalen Finanzkapitals, veröffentlichte eine Studie, in der deutlich wurde, dass diese Reserven tatsächlich geringer

als die behaupteten 64 Milliarden Dollar sind und dass dies mit Anleihen übertüncht werden soll. Ein weiterer wichtiger Indikator, die sogenannten Credit Default Swaps (CDS) oder auch Kreditausfalltausch genannt, ist auf dem höchsten Stand der Geschichte und hat die Fremdkapitalkosten der Türkei mehr als verdoppelt. In Zeiten, in denen Institutionen wie die OECD erklären, dass die Ökonomien um 20 bis 25 % schrumpfen werden, ist es nicht schwer vorherzusagen, dass die Zerstörung in der Türkei sehr groß sein wird und hierbei vor allem die Armen, die den Großteil der Bevölkerung stellen, betroffen sein werden.

Selbstorganisierung wird blockiert

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wirtschaft, die vor der Pandemie bereits vor die Wand gefahren war, jetzt am Entgleisen ist. Eine Vielzahl der G20-Länder – zu denen zu gehören Erdoğan immer voller Stolz erwähnte – hat Konjunkturprogramme aufgesetzt. In der Türkei wurden jedoch nur Maßnahmen getroffen, die auf große Unternehmen beschränkt sind, die engere Beziehungen mit Erdoğan haben. Der Bevölkerung wurde keine Unterstützung angeboten. Im Gegenteil wurde die Bevölkerung zur Unterstützung aufgefordert. Darüber hinaus werden auch Kommunen blockiert, die versuchen Hilfe zu organisieren, ohne auf die Hilfe des Staates zu warten.

Nicht nur die Gemeinden der HDP, sondern auch die der CHP sind diesmal von den Einschränkungen betroffen. Das Geld der Gemeinden für Hilfskampagnen wurde beschlagnahmt, und sie wurden daran gehindert, weitere Maßnahmen durchzuführen. Wie in allen Angelegenheiten behielt Erdoğan jedoch seine scheinheilige Haltung bei und beschuldigte diejenigen, die Kritik an seiner Hilfskampagne üben, des Vaterlandverrats.

Erdoğan steht nach Meinung vieler vor folgendem Problem: In der Vergangenheit hat er seine Politik stets durch die Schaffung eines klar sichtbaren Feindbildes konstruiert. Nun hat er es allerdings mit dem Corona-Virus mit einem unsichtbaren Feind zu tun, an dem er sich nur schwerlich aufrichten kann.



»Wir werden die Rechnung der Krise nicht bezahlen« – Kundgebung der Gewerkschaft DISK im April 2020. Foto: DISK

Wohl auch deshalb hat er stellvertretend die Hilfskampagnen der Opposition zum Feindbild auserkoren.

Die Situation der Opposition

Der faschistische Block der AKP-MHP hat in der Türkei ein politisches Klima geschaffen, das Andersdenkenden keinen Raum zum Überleben lässt. Infolge von Machtkämpfen und Widersprüchen innerhalb dieses Blocks haben einige Aussteiger neue Parteien gegründet. Die erste Abspaltung war die Iyi-Partei, die aus der MHP entstanden ist und immer noch deren rassistischer Linie folgt. Diese Partei, die im Parlament unter der Leitung von Meral Akşener vertreten ist, ist im Grunde eine »vernünftige« Oppositionspartei, die sich nicht außerhalb des staatlichen Rahmens bewegt und Erdoğan immer dann unterstützt, wenn er sich in einer schwierigen Lage befindet (Kriegsbeschlüsse, Invasion in Syrien, Entsendung von Soldaten nach Libyen usw.).

Unter dem Vorsitz von Ahmet Davutoğlu wiederum hat die neu gegründete Zukunftspartei einen »gemäßigten« Diskurs entwickelt. Ahmet Davutoğlu war während des Widerstands der nordkurdischen Städte für Selbstverwaltung Ministerpräsident und einer derjenigen, die den Befehl gaben, die Städte zu zerstören. Ahmet Davutoğlu hat bei jedem von Erdoğan begangenen Verbrechen mitgewirkt. Seine aus der Opposition formulierten Forderungen zeichnen sich durch Härte und Nähe zur Regierung aus. Ali Babacan, der die Gründung seiner Partei unzählige Male verschoben und sich letztendlich von Abdullah Gül getrennt haben soll, gründete die Demokrasi ve Atılım Partisi (DEVA), was mit »Partei für Demokratie und Aufschwung« übersetzt werden kann. Dass es außer zur Gründung noch keinerlei Erklärung von ihm gab, wird von politischen Kreisen mit Interesse wahrgenommen. Es ist kein Geheimnis mehr, dass Erdoğan versucht, diese beiden Bestrebungen zu vereiteln. Er könnte mit diesen beiden Strukturen im Hintergrund einen Deal aushandeln.

Obwohl es in der CHP einige linke und demokratische Kreise gibt, ist der nationalistische Reflex, der die Partei beherrschte, bis jetzt nicht gebrochen worden. Es ist eine Ironie, dass die CHP, die bei jeder wichtigen Entscheidung ihre Kurden-Phobie entdeckt, selbst von einem Kurden, nämlich Kemal Kılıçdaroğlu, geleitet wird. Als Oppositionspartei mit der größten Basis wird jedoch die Haltung der CHP gegenüber dem Erdoğan-Regime entscheidend sein. Zwei von der CHP geführte Gemeinden wurden durch Verordnungen nahezu funktionslos gemacht und anschließend unter Zwangsverwaltung gestellt. In einer der Gemeinden wurde der Bürgermeister durch einen AKP-Bürgermeister ersetzt.

Demokratische Politik

In der Türkei ist die HDP die demokratischste Partei. Doch fast 10.000 ihrer Mitglieder sind inhaftiert. Alle politischen Aktivitäten der HDP werden kriminalisiert, sie kann noch nicht einmal eine Presseerklärung herausgeben, ohne Repression zu erleben. Trotz all dieser Beschränkungen hat die HDP im Januar einen großartigen Kongress abgehalten, bei dem auch der Ko-Vorsitz neu gewählt wurde. Pervin Buldan, die bereits in der vorherigen Amtszeit den Vorsitz innehatte, und der Verfassungsrechtler Prof. Mihtat Sancar wurden gewählt. Unmittelbar nach den Kommunalwahlen, bei denen die HDP in 64 Gemeinden gewann, wurde in sechs Gemeinden das Wahlergebnis annulliert, den gewählten Bürgermeistern die Ernennungsurkunde verweigert und der Hohe Wahlrat übertrug diese Gemeinden stattdessen der AKP.

Am 23. März 2020 befanden sich 37 HDP-Gemeinden unter Zwangsverwaltung. 21 Bürgermeister waren festgenommen. Mit den Zwangsverwaltungen sollen die Ressourcen, die einen hohen Wert haben und für die Gesellschaft verwendet werden, zu Gunsten der AKP gestohlen werden. Bei vorherigen Erfahrungen mit diesen Zwangsverwaltungen wurden Kommunen regelrecht ausgeraubt und Menschen entlassen.

Doch trotz dieser Hindernisse sind die HDP und die anderen demokratischen Zentren eine große Chance für die demokratische Politik in Nordkurdistan und der Türkei. Trotz aller Blockaden behält die HDP ihre Kraft und baut sie sogar weiter aus. Mit den Angriffen auf die HDP soll sie unter die 10%-Hürde gedrückt werden, was dem Staat noch nicht einmal bei den staatlichen Umfragen gelingt. Die parlamentarische Präsenz der HDP verhindert die komfortable Mehrheit für das Erdoğan-Regime. Das AKP-MHP-Regime verstärkt jedoch den Angriff nicht nur auf die Kurden, sondern auch auf alle unterdrückten Gruppen, indem es alle Arten von Rechtswidrigkeit für zulässig hält.

Zusammengefasst lebt die Türkei mitten im Zentrum einer wirtschaftlichen und politischen Krise. Kurzfristig scheint es, dass sich mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage auch die Repression des faschistischen Erdoğan-Regimes steigern wird. ♦

Die Situation in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien

Corona-Virus könnte zum Ausnahmezustand führen

Sozdar Koçer

Es ist nun fünf Monate her, seit der völkerrechtswidrige Angriff des türkischen Staates und seiner dschihadistischen Verbündeten auf die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien begonnen hat, und bis heute sind die Städte Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) bis Girê Spî (Tel Abyad) besetzt. Auch wenn die Besatzung aus dem Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit verschwunden ist, bedeutet das nicht, dass der menschenverachtende Krieg dort aufgehört hat. Jeden Tag erreichen uns Meldungen aus den Dörfern entlang der Grenze, von wo aus die türkische Armee kontinuierlich Dörfer mit Mörsern beschießt. Zivilist*innen werden festgenommen und nur gegen Lösegeld freigelassen sowie gefoltert und umgebracht. Wir sehen zu, wie unter der Besatzungsmacht Gewalttaten inklusive Vergewaltigungen stetig zunehmen.

Überall in den Medien wird aus der militärischen Perspektive auf die Selbstverwaltung geschaut. Es wird darüber berichtet, wo sich die Russen, US-Amerikaner, das Assad-Regime, die Türkei und ihre dschihadistischen Verbündeten geographisch positionieren. In den Medien kursieren Videos und Fotos von Konvois der Soldat*innen, die entweder die russische, US-amerikanische oder syrische Flagge tragen und somit ihre Macht in den von den QSD[1] erkämpften Straßen und Städten demonstrieren. Für die Verhandlungen während der Invasion haben die internationalen Mächte sich nicht an die bestehenden Strukturen gewandt, sondern ein einzelnes Gesicht gebraucht – und fanden es in der Person des »General«-Kommandanten der QSD, Mazlum Abdi. Die Westmächte haben versucht, ihn allein als den wichtigsten Mann in der Föderation Nord- und Ostsyrien hochzupuschen. So als würden in der Region die sozialen und politischen Strukturen den militärischen unterliegen, wie es in ihren Nationalstaaten der Fall ist. Die Kraft der Rätestrukturen der Föderation – der MSD[2] – wird dabei komplett ignoriert und nicht anerkannt. Daher müssen wir das tun und von den Menschen sprechen, die die Rätestrukturen mit Leben und Überzeugung füllen. Es ist enorm wichtig, auch von der Perspektive der Menschen dort zu sprechen, die von der Invasion der Türkei und ihrer dschihadistischen Verbündeten direkt betroffen sind. Was passiert mit diesen Menschen? Wie sieht die Situation der Geflüchteten in dieser Region aus? Mit welchen Problemen ist die Selbstverwaltung konfrontiert?

Die Situation der Binnenflüchtlinge

Während des Angriffs der Türkei und durch die verstärkte Präsenz des Assad-Regimes in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien beschlossen sehr viele NGOs, die Region zu verlassen. Diese NGOs waren offiziell über Sêmalka eingereist, um in den Camps Projekte anzubieten und Unterstützung zu leisten. Da das syrische Regime die Verwaltung dort nicht anerkennt, bedeutet das Eintreffen der syrischen Soldaten für die NGOs, dass ihnen vom syrischen Regime vorgeworfen werden kann, sich illegal ohne das erforderliche Visum in Syrien aufzuhalten. So zogen fast alle NGOs ihre Mitarbeiter*innen aus der Region ab und schlossen ihre Standorte.

Die Föderation Nord- und Ostsyrien beherbergt seit der Revolution – seit acht Jahren – aus den benachbarten Regionen und Ländern geflüchtete Menschen. Sie flohen aus dem Inland und dem Irak vor dem »Islamischen Staat« (IS), wie etwa die Menschen aus Şengal (Sindschar). Viele sunnitische Iraker*innen flohen vor der Al-Haschd-asch-Schaabi-Miliz in die von den QSD befreiten Gebiete. Und aufgrund der jüngsten Besetzung durch die Türkei und ihre dschihadistischen Gruppierungen wurden erneut viele Menschen zur Flucht gezwungen. Die Autonomieverwaltung hat in verschiedenen

1 Die Demokratischen Kräfte Syriens (arab.: QSD, engl.: SDF/Syrian Democratic Forces) wurden im Oktober 2015 gegründet und werden gebildet aus einer Anzahl militärischer Kampfgruppen und Fraktionen, die alle Segmente der syrischen Gesellschaft einbeziehen, in denen die QSD eingesetzt sind. *[vgl. KR 193, Sept./Okt. 2017: Die QSD, eine Kampfgruppe der Gesellschaften Syriens]*

2 MSD: Der Demokratische Rat Syriens (kurd.: MSD) wurde im Oktober 2015 als politischer Arm des militärischen Dachverbands Demokratische Kräfte Syriens (arab.: QSD, engl.: SDF) gegründet.

Regionen und an sicheren Orten Camps errichtet, um die Geflüchteten in Empfang zu nehmen. Momentan befinden sich in den von der Föderation Nord- und Ostsyrien kontrollierten Gebieten 14 Camps. Im Zuge der letzten Invasion entlang der Grenze zur Türkei mussten ca. 300.000 Menschen ihre Dörfer und Städte verlassen und in Richtung Hesîçe (al-Hasaka) fliehen. Sie haben sich in leerstehenden Häusern sowie bei Familien und Bekannten in und um Hesîçe niedergelassen. Alle großen öffentlichen Plätze, Moscheen und Schulen wurden freigeräumt, um den Menschen Unterkunft zu bieten. Insgesamt wurden ihnen 55 Schulen zur Verfügung gestellt. In jedem Klassenzimmer kommen zwei bis drei Familien unter. Parallel zur Verteidigung der Regionen hat die Selbstverwaltung gemeinsam mit Heyva Sor a Kurd – dem Kurdischen Roten Halbmond – das Camp Waşokanî für die Menschen aus Serê Kaniyê errichtet. In Hesîçe selbst wird momentan ein weiteres Camp für ca. 40.000–50.000 Menschen aufgebaut, um die Schulen wieder betriebsbereit zu machen für die Schüler*innen.

Das Camp Newroz, Ende 2014 für die Geflüchteten aus Şengal errichtet, wird von ca. 10.000–15.000 Geflüchteten aus der letzten Invasion bewohnt. Aktuell laufen die Vorbereitungen für den Aufbau eigener Strukturen in dem Camp. Aufgrund der Situation in Idlib flüchteten Ende Februar 2020 hunderte Menschen nach Minbic. Dort wird nun auch ein neues Camp für die Schutzsuchenden errichtet.

Das Camp al-Hol – Reorganisierung des IS

Im Camp al-Hol östlich von Hesîçe befinden sich momentan ca. 63.000 Geflüchtete aus Mûsil (Mosul), dem Irak und aus Baghuz in Syrien sowie den umliegenden Dörfern. Unter den 63.000 Geflüchteten gibt es einen abgetrennten Teil mit ca. 12.000 Familienangehörigen des IS, worunter auch die Familien ausländischer IS-Anhänger*innen sind. Das Al-Hol-Camp ist das größte Camp in Gesamt-Syrien und wird von den Sicherheitskräften der Autonomieverwaltung – den Asayîş – strengstens bewacht. Es geschieht immer wieder, dass ausländische IS-Frauen mit dem Geld, das sie noch bei sich tragen, Schmuggler bezahlen, um sie aus den Camps rauszuholen. Während viele versuchen, das Camp zu verlassen, reorganisieren andere ihr altes Scharia-System im Camp. Auch wenn der IS durch die QSD besiegt wurde, so unterliegen doch zigtausende Menschen in den Camps, den Gefängnissen oder in den Besatzungsgebieten der Türkei und ihrer dschihadistischen Verbündeten weiter der Ideologie des IS. Sie bauen still und unsichtbar ihr System im Camp aus, haben einen heimlichen Gerichtshof gegründet, ihre internen Gefängnisse errichtet und ihre eigene Hisbas – die Religionspolizei – ernannt. Uns erreichen regelmäßig Nachrichten von Gewalttaten und Morden im Camp. Nach Angaben von Heyva Sor a Kurd gab es allein im letzten Jahr ca. 500 Tote im Camp. Darunter waren viele Ermordete, weil sie gegen die Regeln der Scharia verstoßen hatten – weil sie Frauen waren.

Für die Asayîş ist es enorm schwer, die Ideologie und die unsichtbare Struktur im Camp niederzuschlagen. Das Camp besteht mehrheitlich aus Frauen und Kindern und sie alle tragen den Niqab, so dass es bei Aktionen, Tätlichkeiten und Angriffen unglaublich schwer ist, den/die Täter*in/Täter*innen festzustellen oder die internen Gefängnisse unter den tausenden Zelten zu lokalisieren.

Die humanitäre Hilfe und auch die Gesundheitsversorgung werden von den IS-Anhänger*innen mit Skepsis angenommen. Für medizinische Fachkräfte und die Asayîş ist es nicht sicher, sich allein im Camp zu bewegen und zu arbeiten. Häufig werden Gesundheitszelte in Brand gesteckt oder bewusst über Nacht geschädigt, geplündert und mit Steinen beworfen. Gegen die Medikamentenausgabe, Hygienemaßnahmen und Aufklärungsarbeit breitet sich eine starke Antipropaganda aus, alles zu boykottieren. Die Schulen im Camp werden wenig bis gar nicht besucht, mit der Begründung, ihre Kinder sollten »keine Gehirnwäsche von Gottlosen« bekommen.

Wir können offen von einer Reorganisierung und erneuten Radikalisierung der IS-Ideologie sprechen und davon, dass sich eine bedrohliche Situation und Atmosphäre im Camp ausbreiten. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann von innen heraus eine radikale Auflehnung entsteht und alles außer Kontrolle gerät. Auch wenn es die jetzige Generation nicht schafft, so wird es die nächste Generation mit noch mehr Hass und Radikalität versuchen.

Trotz der kontinuierlichen Angriffe auf die befreiten Gebiete stellen der Kurdische Rote Halbmond und die autonome Selbstverwaltung die Infrastruktur bereit. Sie sind aber langfristig mit den Zuständen und der Sicherheit des Camps überfordert.

Die Lage in den Gefängnissen

Eine weitere Situation, von der wenig die Rede ist, sind die überfüllten Gefängnisse, mit denen die autonome Selbstverwaltung alleingelassen wird und überfordert ist. In der Föderation Nord- und Ostsyrien sind nach Vor-Ort-Angaben ca. 12.000 Menschen in den Gefängnissen. Es handelt sich dabei um 12.000 radikale und ausgebildete Dschihadisten. Allein bei der letzten Operation in Baghuz wurden 10.000 von ihnen festgenommenen. Aufgrund ihrer hohen Zahl wurden um

Hesîçe herum drei große Schulen in Gefängnisse umgewandelt.

Die Situation in den Gefängnissen ist sehr schlecht. Aufgrund der mangelnden gesundheitlichen Versorgung und Kapazitäten vor Ort kann den Insass*innen keine ausreichende Hilfe geleistet werden. Hinzu kommt, dass seit der Invasion der Türkei das Wasser aus der Pumpstation Alok in der Region abgedreht wird, so dass es in den Gefängnissen kein Wasser gibt und die Selbstverwaltung Häftlinge damit aus den umliegenden Gegenden per Tankwagen versorgt. Die komplette Infrastruktur und Logistik werden von der Autonomieverwaltung gedeckt. Für die ca. 12.000 Insass*innen muss die Logistik dreimal am Tag etwa für Mahlzeiten bereitgestellt werden. Es wird sogar davon gesprochen, dass sich die militärischen Strukturen einige Schritte zurückziehen müssen, damit die Gefängnisse versorgt werden können.

Ein weiteres Problem ist, dass die Insass*innen samt Angehörigen im Camp al-Hol durch die türkische Besatzung in Nordsyrien ermutigt sind. Sie organisieren sich innerhalb der Gefängnisse, lehnen sich gegen die Sicherheitskräfte auf und sorgen für Unruhe und Protest. Die Gefängnisse sind keine sicheren Orte, denn auch hier besteht die Sorge, dass sie ausbrechen könnten und die Situation außer Kontrolle gerät. Wenn die Gefahr nicht rechtzeitig erkannt wird, kann dies eine erneute Bedrohung für die Region und die gesamte Menschheit bedeuten.

Unter den radikalen Dschihadisten befinden sich schätzungsweise 3500 bis 4000 ausländische, die von ihren Herkunftsländern nicht zurückgenommen werden. Ihre Familienangehörigen sind im Camp al-Hol untergebracht. Die internationale Gemeinschaft lässt die Selbstverwaltung mit diesem Problem allein. Es muss ein IS-Tribunal geben und alle Länder müssen bereit sein, ihre Bürger*innen zurückzunehmen und sie in ihrem Land vor Gericht zu stellen. Die IS-Ideologie stellt eine Gefahr für die gesamte internationale Gemeinschaft dar und nicht nur für die Region.

Die Situation der medizinischen Versorgung

Auch die medizinische Versorgung wird in der Region von Heyva Sor a Kurd und dem Gesundheitsministerium getragen. Mit der Besatzung durch die Türkei und deren dschihadistische Gruppen wurden Gesundheitszentren und Krankenhäuser von Girê Spî bis Serê Kaniyê bombardiert und/oder in Brand gesetzt. Es fand eine gezielte Zerstörung der Gesundheits- und Wasserversorgung statt.

Die gesundheitliche Versorgung in der Region Şehba, die Geflüchtete aus Efrîn beherbergt, wird über Aleppo gewährleistet. Kobanê wird über Raqqa, Minbic und Tişrîn versorgt, weil der direkte Weg entlang der Grenze von der Türkei mit ihren Verbündeten kolonisiert wird. Mit dem Embargo, das sich auf die humanitäre Situation auswirkt, versuchen die Westmächte und die Türkei, die verschiedenen Kantone voneinander zu isolieren. Hinzu kommt eine im Dezember von den UN verabschiedete Entscheidung, die der Region langfristig eine humanitäre Katastrophe bescheren wird.

Kurz vor Ablauf der Frist der UN-Resolution von 2014, die erlaubt, dass humanitäre Hilfsgüter über vier Grenzen nach Syrien gelangen, gab es Ende Dezember 2019 eine erneute Verhandlung, ob die humanitäre Hilfe weiterhin gewährleistet werden soll. Bei diesem Treffen des UN-Sicherheitsrates haben Russland und China ein Veto eingelegt. Die im Weltsicherheitsrat vertretenen Mächte einigten sich darüber, die Gültigkeit der Resolution nur noch um sechs Monate zu verlängern und zwei der vier Grenzübergänge zu schließen, und zwar al-Yurbiah in Irak und al-Ramtha in Jordanien. Nur die Grenzübergänge Bab al-Hawa und Bab al-Salama – die an die Türkei grenzen – können weiterhin genutzt werden. So sollen künftig humanitäre Hilfsgüter der UN nur noch über die Türkei nach Damaskus gelangen. Das bedeutet, dass in naher Zukunft die ca. 1,5 Millionen geflüchteten Menschen in der Föderation Nord- und Ostsyrien keine gesundheitliche Versorgung mehr bekommen können. Nach Einschätzung der Mitarbeiter*innen von Heyva Sor a Kurd werden die Güter, die über Damaskus nach Syrien gelangen, kaum bis gar nicht die Autonomieverwaltung erreichen. Die Westmächte puschen mit dieser Entscheidung das Assad-Regime und geben ihm die Möglichkeit, die alleinige Kontrolle über die Gebiete an sich zu reißen und durch die Zentralisierung der Hilfsgüter seine Macht spürbar zu machen.

Diese Entscheidung wird in naher Zukunft eine enorme Auswirkung auf die Region haben. Denn die aktuell noch in der Föderation Nord- und Ostsyrien vorhandenen Hilfsgüter werden schnell aufgebraucht sein und es wird enorm schwierig werden, unter den Bedingungen der Isolation und den Folgen der neuen Corona-Pandemie für Nachschub zu sorgen.

Die gesellschaftliche Atmosphäre

Es ist mittlerweile Alltag der Menschen vor Ort geworden, dass auf den Straßen Militärkonvois der Russen und der US-Amerikaner von Dêrik bis nach Hesîçe patrouillieren. Beiden Mächten wird kein Vertrauen geschenkt, denn die Bevölkerung weiß, dass sie aus Machtinteresse und wegen der Erdöl- und -gasfelder dort sind.

Trotz des Krieges, der Invasion und der Patrouillen setzen alle Menschen ihre Arbeit kontinuierlich fort – die Autonomieverwaltung, die Organe der inneren und äußeren Sicherheit, die Kommunen und Kommissionen, die Kooperativen, die Gesundheits- und Bildungsstrukturen. Die Unis haben wieder geöffnet und das Frauendorf Jinwar ist bewohnt. Ende Februar wurde dort ein Gesundheitszentrum offiziell eröffnet. Die bestehenden Camps organisieren sich und entwickeln weiterhin ihre Strukturen und ihren Alltag nach den eigenen Bedürfnissen und Wünschen.

Während im Westen Sympathisant*innen sowie solidarische Gruppen und Einzelpersonen eher düstere Szenarien der Zukunft der Autonomieverwaltung ausmalten und sich in Pessimismus und Projektionen ergingen, schickten Menschen aus der Föderation der Welt aufbauende Grußbotschaften. Sie ermutigten die Menschen, das Nötige gegen den menschenverachtenden Angriff in ihren Orten zu unternehmen, so wie sie das Nötige tun, um die Menschheit und die Würde zu verteidigen. Sie haben seit der Revolution unter prekären Bedingungen, unter Krieg, Flucht und Embargo, bis zum heutigen Tage den Kampf geführt und haben für ihre Errungenschaften viele Opfer gebracht.

Es muss verstanden werden, dass die politische Selbstorganisierung und der Wille dazu mit der Vertreibung aus einer Stadt nicht untergehen. Denn diejenigen, die diese Kraft und Überzeugung in sich tragen, sind die Menschen der Region. Damit sollten Invasion und Flucht nicht gerechtfertigt werden, sondern es soll die Dimension der kontinuierlichen Organisierung und die Widerständigkeit verdeutlicht werden.

Das Chaos in Mesopotamien als eine direkte Konfrontation der Ideologien verstehen

Die Invasion der Türkei über die Staatsgrenzen hinaus geschieht im Interesse der NATO-Mächte. Deren Zustimmung zum Vorgehen und die Unterstützung der Türkei stärken die IS-Ideologie sowohl im eigenen Land als auch im Ausland. Die NATO-Großmächte verfolgen damit geostrategische und wirtschaftliche Interessen, die auf dem Rücken der Zivilgesellschaft ausgetragen werden.

Grund für den Konflikt in der Türkei/Kurdistan und im gesamten globalen Süden sind längst nicht mehr die unterschiedlichen Nationalitäten. Die Angriffe sind Angriffe auf das Paradigma des demokratischen Föderalismus, welches das kapitalistische Patriarchat und den Nationalstaat mit ihrem tief verwurzelten Rassismus und Nationalismus bekämpft. Denn die Alternative, die gelebt wird, greift die Existenz von Rassismus und Nationalismus an und macht sie nach und nach unbedeutend. Was alle Westmächte in ihrem Handeln zusammenbringt, ist der gemeinsame Feind: die basisdemokratischen Strukturen in der Föderation Nord- und Ostsyrien. Das gemeinsame Ziel ist eindeutig: die Zerstörung der Autonomieverwaltung. So können wir davon sprechen, dass diese Angriffe stellvertretend für den Aufprall der verschiedenen Ideologien stehen. Derzeit wird im globalen Süden der dritte Weltkrieg, der Krieg und Kampf der Ideologien, ausgetragen – das radikal basisdemokratische Gesellschaftskonzept vs. die kapitalistische Moderne.

Vertrauen in die eigene Kraft

Was uns die Besatzung von Efrîn, Serê Kaniyê und Girê Spî gezeigt hat, ist der Widerstand der Kämpfer*innen der QSD und der Völker. Sie haben für den Schutz der Menschen strategische und menschliche Entscheidungen getroffen. Trotz der taktischen Verhandlungen mit den USA und Russland und der Zusammenarbeit mit der Türkei und dem syrischen Regime sollte die Kraft der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien nicht unterschätzt werden. Die Autonomieverwaltung ist eine Kraft, die diese Großmächte zu Verhandlungen gezwungen hat. Sie ist eine Kraft, die weltweit von der Bevölkerung anerkannt wird.

Die kurdische Bevölkerung hat eine jahrzehntelange Erfahrung in der Organisierung und eine tiefgehende Analyse der Interessen der Westmächte. Global müssen wir den alternativen Strukturen, die den kapitalistischen Nationalstaat herausfordern, viel mehr Vertrauen schenken. Es stimmt: Wenn die imperialen Nationalstaaten als Maßstab gesetzt werden, dann verfügt die Autonomieverwaltung über wenig Waffen und Möglichkeiten. Unser Maßstab sollte jedoch nicht der Nationalstaat, nicht die Menge an Kämpfer*innen, Waffen, Wirtschaft und Kapital sein. Unsere größte Stärke sollte der demokratische Konföderalismus sein – die Alternative zum herrschenden System. Unser Maßstab müssen die Freiheitsliebenden sein, die diese Idee verteidigen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass diese kämpferischen Menschen aus Überzeugung und mit dem Willen zur gesellschaftlichen Veränderung kämpfen und die Gebiete verteidigen. So sollte erkannt werden, dass die größte Furcht der Nationalstaaten das Gedeihen dieser Ideen im globalen Süden ist. Und die Angriffe und ihre Präsenz sind die Resultate ihrer Furcht und Unsicherheit.

Fazit

Es ist enorm wichtig, neben all den positiven Beispielen, Strukturen und Errungenschaften auch von den Problemen

der Föderation Nord- und Ostsyrien zu sprechen, mit denen sie konfrontiert ist:

Sie ist einem Embargo unterworfen, Efrîn und Serê Kaniyê und Girê Spî stehen unter der Besatzung der Türkei, die Wasserversorgung wird von der Türkei gezielt geschädigt, es finden täglich Angriffe entlang der Grenze statt, das Camp al-Hol und die Gefängnisse sind überfüllt mit radikalen Dschihadist*innen, die humanitäre Hilfe wird instrumentalisiert, die Versorgung der vielen Geflüchteten, die Isolation der Kantone voneinander, die allgemeine Situation in den Camps ...



Der Kurdische Rote Halbmond, Heyva Sor a Kurd, informiert die Bevölkerung in Raqqa über Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Foto: anha

Neben all diesen Herausforderungen läuft die Versorgung der Gesundheitszentren und Krankenhäuser weiter, die Infrastruktur für die Bevölkerung und Verteidigung bleibt intakt. Wie lange das so bleibt, ist ungewiss. Die Selbstverwaltung stößt auf allen Ebenen an ihre Grenzen und ihre Kapazitäten sind mehr als ausgeschöpft. Hinzu kommt aktuell die Verbreitung des Corona-Virus. Dessen Ausbreitung könnte aufgrund des Mangels an gesundheitlicher Versorgung und medizinischem Material sowie medizinischer Ausrüstung, Atemschutzmasken, Desinfektions- und Reinigungsmitteln zum Ausnahmezustand und damit zu hohen Verlusten führen.

Besonders gefährlich ist die Situation in den überfüllten Camps und Gefängnissen: Dort kann es im Falle eines positiven Testergebnisses dazu kommen, dass sich das Virus rasch verbreitet. Seit dem 23. März gilt eine Ausgangssperre in der Föderation – alle Schulen, Unis, Moscheen und anderen öffentlichen Plätze bleiben geschlossen. Es werden Maßnahmen getroffen, um die Gesellschaft im Rahmen der Kapazitäten und Bedingungen zu schützen.

Die Region kann unter den schwierigen Bedingungen die Verantwortung für den Kampf gegen das Virus nicht allein tragen. Ein Notstand steht in der Region bevor. Darauf sollten wir uns alle vorbereiten. Wir dürfen aus dem Kreislauf der Ignoranz und der eigenen privilegierten Betroffenheit die Situation dort nicht aus den Augen verlieren.

Das Ziel dieser Betrachtung ist nicht, eine nüchterne Analyse der Region zu liefern. Wir brauchen eine Sensibilisierung für die verschiedenen Schwierigkeiten und diese Themen müssen auch ein Teil unserer Gespräche, Seminare und Öffentlichkeitsarbeit werden. Wir müssen es schaffen – gemeinsam mit der Selbstverwaltung –, eine internationale Solidarität aufzubauen, um die basisdemokratischen Strukturen zu verteidigen und Strukturen, die diese ersticken wollen, zu bekämpfen. Beide Kämpfe müssen parallel geführt werden.

Um dem Ausnahmezustand entgegenzuwirken und die Gesundheitsstrukturen zu unterstützen, werden dringend Spenden erbeten unter dem Verwendungszweck »Rojava-Corona-Virus«:

Heyva Sor a Kurdistanê e. V.
Kreissparkasse Köln
Konto-Nr.: 40 10 481
BLZ: 370 502 99
IBAN: DE49 3705 0299 0004 0104 81
BIC/SWIFT: COKSDE33XXX
oder https://www.paypal.me/heyvasor
Verwendungszweck: Rojava Corona-Virus
(aufgrund einer Verfügung des ADD können keine Spenden aus dem Bundesland Rheinland-Pfalz angenommen werden)

Das neue Syrien muss demokratisch, libertär, säkular und pluralistisch sein

Die Realität Syriens im globalen und regionalen Wettbewerb

Selahattin Soro

Obwohl fast ein Jahrzehnt seit Beginn der Syrien-Krise vergangen ist, wächst das gegenwärtige Chaos wie eine Lawine, deren Auswirkungen zunehmend regional und global spürbar werden. Aufgrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise protestierte der Obsthändler Mohammad Bouazizzi im Oktober 2010 gegen die Regierung, indem er sich selbst in Brand setzte. Damit war der erste Funke des sogenannten »Arabischen Frühlings« in Tunesien entfacht. Innerhalb weniger Monate wütete dieses Feuer der Proteste in den Ländern mit despotischen Administrationen, wie Tunesien, Ägypten und Libyen.

Die Proteste erreichten auch syrisches Territorium. Der Aufstand, der in der südsyrischen Stadt Daraa begann, hat sich in ganz Syrien ausgebreitet und nach einer Weile verwandelten sich diese Proteste auf Initiative einer radikalislamischen Organisation namens Ikhwan-a Muslim (Muslimbruderschaft) in eine Bewegung des Islamischen Staates. Die harmlosen und demokratischen Forderungen der Massen wurden verdrängt, stattdessen begann das Streben nach der Errichtung eines radikaldespotischen islamofaschistischen Regimes. Der Prozess wurde somit terrorisiert und die Massen wurden aus dem Geschehen gedrängt.

Während Ägypten und Tunesien relativ geringen Schaden aus diesem Prozess davongetragen haben, stecken Libyen und Syrien in einer tiefen Krise und werden von Chaos und Krieg geplagt. In dieser Phase stellen die syrische und die libysche Krise eine ähnliche Realität dar, parallel an der Ost- und Südküste des Mittelmeers. Obwohl sich die Geschehnisse in beiden Ländern in vielen Punkten ähneln, hat die Syrien-Krise einen stärkeren regionalen und globalen Charakter.

Die Situation in Syrien: von einer unschuldigen Volksbewegung zu einem Ort der globalen Abrechnung

Um die aktuelle Phase in Syrien besser analysieren zu können, ist ein Blick auf den vergangenen Prozess essentiell. Wie entwickelte sich die einst unschuldige Volksbewegung zu einem Syrien als Ort der globalen Abrechnung?! Warum haben alle Kräfte, die die Welt regieren, so viel Macht auf der syrischen Kulisse und sind derart an der Syrien-Frage interessiert? Viele weitere Fragen wie diese erfordern eine ausführlichere Analyse. Syrien und der Nahe Osten, die als französisch-britisches Modell geschaffen wurden, können aufgrund der vorangegangenen Schwierigkeiten nicht mehr nach dem alten System und mit dem ehemaligen Modell verwaltet werden. Weder sind die Herrscher in der Lage, wie seither zu regieren, noch will die Bevölkerung wie bisher regiert werden.

Diese Situation zeigt sich zwar überall in der Welt, allerdings im Nahen Osten und in der Region (insbesondere Syrien, Irak, Iran, Libanon und Türkei) in einem radikaleren Ausmaß. Syrien ist eine Macht, die ihre Präsenz als typisch solider Nationalstaat aufrechterhalten will. Ein Nationalstaatssystem auf britisch-französische Art. Als das Modell nicht funktionierte, wurde die Vielseitigkeit des Chaos spürbar. Derzeit wird in Syrien ein Konflikt ausgetragen, ein Widerspruch zwischen einem starren Nationalstaatsmodell und Kräften wie dem sogenannten Islamischen Staat IS, der Muslimbruderschaft, al-Qaida, die sich auf die 5.000 Jahre alte traditionell despotische Geschichte des Nahen Ostens beziehen. Dieser Konflikt hat ein solches Ausmaß erreicht, dass der IS zu einer Bedrohung für die gesamte Menschheit geworden ist. Der islamistische Terror und seine organisierte militante Truppe, die auf syrischem Boden aktiv ist, bedrohen die Welt – insbesondere die Frauen –, indem diese Gruppe alles Andersdenkende, Anderslebende, kurz alles andere außer seinesgleichen, zu zerstören sucht. Ihre Ziele waren ebenso brutale Genozide an verschiedenen ethnischen (assyrischen, armenischen etc.) Gemeinschaften und

an (alevitischen, êzîdischen etc.) Glaubensgemeinschaften, um deren Werte auszulöschen.

Der jahrzehntelange innere und äußere Krieg in Syrien zeigt uns, dass weder das von Assad repräsentierte westliche Nationalstaatssystem noch das menschenfeindliche barbarische islamofaschistische System des IS und seiner Verbündeten zu einer Lösung auf syrischem Territorium geführt haben. Ganz im Gegenteil: Beide Systeme haben das bereits bestehende Chaos und die Gewalt intensiviert und zu einer für die Menschheit und die Völker unerträglichen und untragbaren Tragödie geführt. Das Beharren Assads auf seinem westlich-konservativen Nationalstaatssystem wird von seinen Anhänger*innen unterstützt, während der IS das Regime Assads durch sein faschistisch-reaktionäres System ersetzen will. Dieser Machtkampf führt zu einer Spirale des Chaos und des Krieges. Globale und regionale Mächte profitieren von diesem Chaos, indem sie diesen Zustand Syriens ausnutzen und in ihrem eigenen Interesse eine Ordnung etablieren wollen.

Globale und regionale Mächte nutzen die Situation aus: die Sichtweise der jeweiligen Staaten

Einerseits gewährleistet Russland dem Iran und dem syrischen Hisbollah-Regime Assads jegliche militärische, wirtschaftliche, diplomatische und politische Unterstützung, um sie über Wasser zu halten, andererseits führt Russland einen aktiven Kampf gegen die terroristischen Truppen und ihre Verbündeten. Diese Kräfte stehen de facto in einem Krieg im Namen des Assad-Regimes. Russland hat mit der Unterstützung seines langjährigen Freundes Assad und von dessen arabisch-nationalistischem Baath-Regime die Gelegenheit ergriffen, Stützpunkte im Nahen Osten zu errichten und eine aktive Rolle in der Energiepolitik zu spielen.

Mit seinem aktiven Eingreifen im Syrien-Krieg überwand Russland das englisch-französische Abkommen des Status quo des 20. Jahrhunderts und sicherte sich neben den USA die Rolle als Hauptakteur bei der Errichtung des Status quo des 21. Jahrhunderts.

Russland beabsichtigt mit der aktiven Teilnahme an der Krise und dem Krieg in Syrien, seine Rolle als globaler Akteur wiederzuerlangen, die es einst in der Sowjetära spielte und verlor.

Der Iran unterstützt aus strategischen Gründen das syrische Regime und verfolgt mit der aktiven Beteiligung seiner obersten Kommandeure und Soldaten im Syrienkrieg unterdessen die Ausbreitung des schiitischen Halbmondes über die Grenze Afghanistans hinaus, bis hin zum Mittelmeer. Auf der Grundlage seiner eigenen Doktrin versucht er über den Irak und Syrien den Libanon und das Mittelmeer zu erreichen und dort entgegen der arabischen und türkischen Dynamik ein eigenes Hinterland zu schaffen. Wenn der Iran, der das Paradigma des schiitischen Islams vertritt und diesen ideologisch-politisch anführt, den syrischen Krieg gewinnt, gilt er als die siegreiche Kraft im gesamten Nahen Osten und somit weitaus mächtiger als der türkisch-sunnitische Block und das sunnitisch-islamische System.

Aus reiner Profitgier hingegen gießt die Türkei Öl ins Feuer der Syrienkrise, um aus diesem Chaos ihren Nutzen zu ziehen. Der Arabische Frühling hat auch die Türkei und ihre regierende AKP-MHP-Koalition erreicht, sie geschwächt und eine proaktive Rolle übernommen. Die Türkei ist gleichzeitig als Regionalmacht und als Anführerin des sunnitisch-islamischen Blocks daran interessiert, dem schiitischen Iran überlegen zu sein, insbesondere mit der Absicht, den Kurd*innen durch die Syrienkrise das Recht zu verweigern, einen Status wie im Irak auch in Syrien zu erreichen. Über ein Jahrzehnt lang hat sie deshalb den Krieg angeheizt und terroristischen Gruppierungen aus der ganzen Welt den Weg nach Syrien geöffnet. Zusätzlich wurden diese Banden von der türkischen Regierung unterstützt, damit sie das Assad-Regime zu Fall bringen und ihr zum Aufstieg verhelfen.

Die USA hingegen wollen ihre globale und hegemoniale Macht und Führung, die sie seit dem Zweiten Weltkrieg innehaben, nach dem Irak und Afghanistan auch in Syrien fortsetzen. Das Paradigma des britisch-französischen Nationalstaatssystems wollen sie hingegen mithilfe strategischer Anstrengungen durch ihr eigenes Vorbild ersetzen.

Denn klassische Nationalstaatsmodelle schaffen Probleme in der neoliberalen Politik des 21. Jahrhunderts der USA und ihrer Partner und behindern zunehmend das Profitsystem der ausbeuterischen Unternehmen. In Anbetracht dessen ist die Liquidation der nationalen Staatsmodelle des 20. Jahrhunderts von strategischer und entscheidender Bedeutung. Weiterhin ist es durchaus nachvollziehbar, dass die USA damit im Nahen Osten beginnen und ihn sich zur Grundlage nehmen. Somit folgen sie lediglich der Tradition. Am 24. Juni 2019 beriefen sie gemeinsam mit Russland und Israel ein geheimes Treffen in Israel ein, an dem ihre Vertreter*innen der Nationalen Sicherheit teilnahmen. Dieses Treffen wurde auch Sykes-Picot des 21. Jahrhunderts genannt. Einer der wichtigsten Parameter der syrischen Kulisse ist es, das Vertrauen Israels zu gewinnen und zu festigen. Im Hinblick darauf wird es sehr schwer, etwas zum Leben zu erwecken, das für Israel eine Bedrohung darstellen oder für Unbehagen sorgen könnte.

Das Verhältnis zwischen den globalen und regionalen Mächten: miteinander gegeneinander, aber Hauptsache, kein kurdischer Status

Ein weiteres Thema ist das Verhältnis zwischen dem Iran und der Türkei. Auch wenn sie einen tausendjährigen hegemonialen Krieg führen und die eine Regierung die Führung des sunnitischen und die andere Regierung die Führung des schiitischen Blocks verkörpert, bringen die Umstände des Syrienkrieges ironischerweise die Gemeinsamkeiten dieser beiden Mächte hervor.

Verwunderlich ist demnach nicht, dass die Intervention der USA und von deren Verbündeten in der syrischen Region sowohl die Türkei als auch den Iran gleichermaßen einschränkt und die Besorgnis dieser beiden Staaten steigt, nach der neuen Ära durch die USA neu positioniert zu werden. Erfahrungsgemäß vermuten diese hegemonialen Mächte, dass die Kurd*innen wie bereits im Irak inmitten des Chaos des Mittleren Ostens ihre Rechte und damit verbunden einen Status erhalten könnten, und diese umfassende Realität würde ihren eigenen Despotismus schädigen und die Kurd*innen unter ihrer eigenen Besatzung einschließen. Ihre Phobie in diesen beiden Fragen bringt die Iran-Türkei-Partnerschaft und ihre geheime, offene Allianz im syrischen Kontext mit sich.

Obwohl die Türkei anerkennt, dass sie vor Ort mit den USA verbündet ist und an der Westfront steht, hat sie aufgrund der zuvor genannten Gründe auch ihre eigene Agenda. Diese schadet allerdings den Plänen der USA und führt letztendlich zum Verlust der Initiative vor Ort und stärkt somit die Macht der Russland-Iran-Allianz am Ort des Geschehens. Vor allem die antikurdische Politik der Türkei, ihr striktes Beharren auf dem Nationalstaat und ihre neoosmanischen Träume führen zu Konflikten und riskieren dadurch eine mögliche Abkehr von den USA und deren Verbündeten.

Dasselbe gilt für die Beziehungen zwischen dem Iran und Russland. Das Ziel des Irans des schiitischen Halbmondes, seine verdeckte Unterstützung von Terrorgruppen u. a. gegen Israel und seine militärische, diplomatische und wirtschaftliche Vormundschaft über das Assad-Regime führen zur Überreizung Russlands und somit zu einem möglichen Zerwürfnis. Indessen wenden sich die USA Israel zu, dem listigen Partner Russlands, um vor allem Russland zu provozieren. Da der Block der USA und ihrer Verbündeten jedoch keine einheitliche Haltung eingenommen und keinen strategischen Ansatz gegen die Türkei entwickelt hat, eröffnet diese Situation der Politik Russlands den Raum, die aktuelle Krise zu seinen Gunsten auszunutzen. Im aktuellen Zustand ist die Türkei (Erdoğan-Bahçeli-Koalition) fast Russlands Joker vor Ort geworden. Sie geht alle möglichen gefährlichen Wege, um ihre eigene Agenda umzusetzen und die Feindseligkeit gegenüber den Kurd*innen weiter zu verstärken. Aus diesem Grund gibt es keinen Kompromiss, den die Türkei nicht eingehen würde, kein zu großes Risiko, das sie nicht tragen würde. Ihr primäres Ziel ist es, einen kurdischen Status in Syrien zu verhindern.

Während der kurdische Status im Irak eine Realität ist, versucht die türkische Regierung dies in Syrien mit aller Kraft zu sabotieren, indem sie jeglichen Kompromiss mit Russland, den Vereinigten Staaten, dem Westen und dem Iran sowie mit anderen Regionalmächten eingeht.

Infolgedessen wurde die Türkei ein Teil des Astana-Prozesses, um die Umsetzung der Ziele Russlands und des Irans zu befördern. Und das, indem sich die türkische Regierung der Führung aller terroristischen Gruppierungen innerhalb Syriens annahm und sie in den Regionen Azaz, Cerablus, Bab und Idlib in Stellung brachte, allesamt unter der Kontrolle der Türkei.

Russland hingegen weiß diese tiefsitzende kurdische Phobie der Türkei zum eigenen Vorteil zu nutzen. In der gegenwärtigen Situation steht die Türkei an einem sehr ernsten Scheideweg zwischen Russland und den USA. Um das Assad-Regime zu stürzen, hat Erdoğan mithilfe des Geheimdienstes MIT nahezu alle Möglichkeiten erfolglos ausgeschöpft und ist mittlerweile kurz davor, sich mit Assad an einen Tisch setzen zu müssen.

Das Erdoğan-Bahçeli-Kriegsbündnis schadet auf syrischem Territorium sowohl den USA als auch Russland und wird zu unvorhersehbaren Risiken und Problemen für die Türkei führen.

Mit ihrer Politik, hauptsächlich Rechte für die Kurd*innen zu verhindern, schadet sich die Türkei in erster Linie selbst und die eingegangenen Bindungen an Russland und die USA schwinden zunehmend. In diesem Rahmen stellt sie sich selbst vor die Wahl zwischen USA/NATO und Russland.

Ab dem Zeitpunkt, an dem die Türkei ihr nahendes Ende vor Augen sah, entwickelte sie sich von der kompromissbereiten Bündnispartnerin des Astana-Prozesses zu einer hinterlistigen Verräterin. Gemeinsam mit den vorher im türkisch kontrollierten Idlib positionierten Banden unternahm sie äußerst riskante Schritte gegen den russisch-iranischen Assad-Block. Die harte Antwort Assads und des Irans, insbesondere Russlands, folgte auf dem Kriegsschauplatz und kostete die türkische Armee hohe Verluste.

Um die Wogen zu glätten, wurde am 5. März 2020 in Moskau ein Abkommen zwischen der Türkei und Putin unter-

zeichnet. Es ging vielmehr als eine beispiellose Zeremonie der Demütigung in die Geschichte ein. Dieses fünfeinhalbstündige Treffen, von dem nur drei Punkte öffentlich verlesen wurden, war verheerend für das Erdoğan-Regime und mit der Zeit werden die zerstörerischen Konsequenzen klarer. Russland als Assads Partner wies Erdoğan in die Schranken, sodass er die Verluste seiner Soldaten und die militärisch-diplomatische Niederlage hinnahm und trotzdem Zuflucht bei Russland suchte. Das Abkommen vom 5. März sichert die Umsetzung aller Forderungen Russlands, Assads und des Irans auf höchster Ebene. Wenn die Türkei dennoch auf dem Kriegsschauplatz weiter militärisch aktiv bleibt, werden diese Aktivitäten in Idlib das Geschehen allmählich in einen zwischenstaatlichen Konflikt verwandeln.

Eine allumfassende Demokratisierung – der dritte Weg

Die (kurdischen, arabischen, armenischen, tschetschenischen usw.) Völker, die in Rojava und im Nordosten Syriens leben, haben es unter kurdischer Administration gemeinsam geschafft, in diesem jahrzehntelangen Krieg, inmitten des Chaos mit ihrem dritten Weg ihr Überleben zu sichern. Sie führen einen schweren Existenzkampf und verteidigen ihren Lebensraum gegen radikalislamistische Terrorgruppen, und sie erzielten einen großen militärischen Erfolg. Diesen Erfolg verzeichneten sie nur mithilfe der YPG/YPJ (Volks-/Frauenverteidigungseinheiten) und QSD (Demokratischen Kräfte Syriens) und sie schützten die Menschheit vor der größten Katastrophe des 21. Jahrhunderts. Auf Grund der Tatsache, dass das Assad-Regime seine Präsenz in Rojava und in der nordöstlichen syrischen Region zu zeigen versäumte, waren die dort lebenden Menschen sich selbst überlassen und dem syrischen Chaos ausgeliefert worden.

Unter der Vorreiterrolle der PYD (Partei der Demokratischen Einheit) gelang es den Kurd*innen und ihren Freund*innen, ihr eigenes demokratisches System aufzubauen, die Abwesenheit des Regimes auszufüllen und trotz Damaskus zu überleben. Sie entschieden sich sowohl gegen das klassische nationalstaatliche Modell als auch gegen das reaktionäre Modell der islamistischen Oppositionsgruppen.



Ein genauer Blick auf den mehrsprachigen Unterricht in Nord- und Ostsyrien – die Zukunft der verschiedenen Völker und Glaubensrichtungen der Region im Nordosten Syriens basiert auf einem mehrsprachigen Bildungssystem, das auf der Muttersprache beruht – hier Unterricht in Qamişlo. Foto: anf

Ihr primäres Ziel ist nicht die Befreiung der eigenen Region, sondern eine allumfassende Demokratisierung. Mit dem Paradigma eines demokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Systems haben sie die Gesellschaft während der Kriegsjahre trotz gewaltiger Opfer am Leben erhalten. Derzeit sind die Streitkräfte Rojavas und Nordostsyriens weder dem starren Nationalstaat des Assad-Regimes unterworfen, noch sind sie bereit, ihr Territorium islamofaschistischen Gruppen zu überlassen. Es ist unvermeidlich, dass in diesem Gebiet, in dem eine Dezentralisierung stattfindet, nur ein solches System fruchtet, das die Existenz verschiedener Religionen, Ethnien und Kulturen akzeptiert. Nur ein solches pluralistisches Paradigma wird von der heimischen Gesellschaft respektiert. Dieses System leugnet weder die nationalen Grenzen Syriens noch die Existenz der Regierung mit Sitz in Damaskus. Dennoch ist es weitestgehend unrealistisch, einen neuen Prozess mit einer Partnerschaft mit dem und der Übertragung aller Befugnisse zurück an das Assad-Regime zu erwarten.

Das neue Syrien muss demokratisch, libertär, säkular und pluralistisch sein. Die Erfahrung, einen dritten Weg in Rojava und dem Nordosten Syriens zu verwirklichen, und die Tatsache, dass dieses Modell der Demokratie trotz Kriegsbedingungen ins Leben gefunden hat, bestärken die Überzeugung, dass das System Syriens während des Wiederaufbaus und danach auf diesem Modell basieren sollte.

Dem in sich zusammenbrechenden Nationalstaatssystem und der fundamentalistisch-despotischen Mentalität steht der dritte Weg der Völker entgegen: ihr Modell der geschlechterbefreiten, ökologischen, säkularen und demokratischen Gesellschaft. ♦



Die Menschen aus Efrîn, die vor der türkischen Invasion nach Şerewa und Şehba geflohen waren, sind den Bombenangriffen des türkischen Staats und seiner Banden, den mit der Pandemie einhergehenden Problemen sowie den Schwierigkeiten und Bedrohungen durch Migration ausgesetzt. Foto: anf

Das belgische Urteil zur völkerrechtlichen Bewertung der PKK

Eine kleine Revolution in der europäischen Rechtsprechung

Interview mit Mahmut Şakar

Der Kassationshof in Brüssel hat am 28. Januar 2020 endgültig die Entscheidung des Revisionsgerichts vom März 2019 bestätigt, wonach die Arbeiterpartei Kurdistan PKK keine »terroristische Organisation«, sondern eine Partei in einem bewaffneten Konflikt sei. Wir führten darüber ein Interview mit Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD e. V. – Verein für Demokratie und internationales Recht.

In Belgien hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass die PKK keine Terrororganisation sei, sondern als Kriegspartei im Konflikt mit der Türkei angesehen werden müsse. Weiterhin wurde erklärt, dass der Kampf der PKK im Rahmen des internationalen Kriegsrechts geführt werde. Wie bewerten Sie diese Entscheidung?

Ich betrachte diese Entscheidung seit dem ersten Tag als eine kleine Revolution in diesem Rechtsstreit. Ich denke, dass sie, nach einem zehnjährigen Rechtsstreitmarathon, einige wichtige Folgen mit sich bringt. Ich möchte hier einige erwähnen:

1. Es wäre nicht falsch, den Fall unter Berücksichtigung der Ziele, der Bandbreite der Angeklagten und des Zeitpunkts seiner Eröffnung als »KCK-Fall in Belgien«[1] zu bezeichnen. Tatsächlich ist das ein Fall, der die kurdische Freiheitsbewegung in einer Miniaturform abdeckt und viele Menschen und Institutionen miteinschließt, die im Namen Kurdistans Politik machen. So waren unter anderem KNK-, PJAK-, PYD-, Jugend- und Frauenaktivist*innen und Vertreter*innen von TV und Presse angeklagt. Es ist eine Art rechtlich-politischer Angriff, der als exemplarischer Fall konzipiert wurde. Wie aus den WikiLeaks-Dokumenten hervorgeht, die die Anwält*innen im Prozessverfahren eingeführt haben, wurde der Prozess in Zusammenarbeit mit türkischen und belgischen Beamt*innen unter der Schirmherrschaft der USA organisiert.

Interessant ist hierbei, dass zur selben Zeit in der Türkei und in Kurdistan die KCK-Verfahren eröffnet wurden und es zu Massenverhaftungen kam. Ein weiterer »Zufall« ist es, dass zur selben Zeit in Deutschland erstmals einem kurdischen Aktivisten im Rahmen des Paragraphen 129 b der Prozess gemacht wurde. Diese Phase der Repression, die in der Türkei, in Deutschland und in Belgien unter dem Namen der »KCK-Prozesse« begonnen und geführt wurde, war regelrecht ein globaler Angriff zur Liquidierung der kurdischen Freiheitsbewegung auf rechtlicher Ebene.

Der Kassationsgerichtshof hat dieses Vorhaben aus dem Jahr 2010 zumindest in Belgien nun ins Leere laufen lassen, so dass kurdische Politiker*innen, Parteien und Medien nun nicht mehr unter dem Deckmantel des »Terrorismus« kriminalisiert werden dürfen.

2. Der türkische Staat diffamiert die legalen Forderungen der Kurd*innen seit nun mehr als vierzig Jahren als Terrorismus. Deutschland verfolgt diese Politik seit 1993 und Europa seit 2002. Nach all den schweren Verbrechen gegen das kurdische Volk spielen die belgische Entscheidung und der damit zusammenhängende Diskurs eine große Rolle. Dass in diesem Prozess eine andere Bewertung der PKK als die einer »terroristischen Organisation« zustande kam, galt in Anbetracht des festen europäischen Diskurses um den Terrorismusbegriff als fast unmöglich. Die Sichtweise der PKK und anderer Organisationen als »terroristische Vereinigungen« schien eine allgemeine Akzeptanz widerzuspiegeln. Die Ausweitung des Terrorismusbegriffs im Westen geschah zu einer Zeit, als der Diskurs über den Begriff des »Staatsterrors« aus der Öffentlichkeit verdrängt wurde. Die sich besorgt gebenden Mächte griffen die Kurd*innen im Angesicht der Massaker des türkischen Staates mit noch hässlicheren Worten an, als die Türkei das selber tat. Mit der Entscheidung des belgischen Kassationshofes wird

1 Unter dem Begriff »KCK-Verfahren« wurden 2009 in der Türkei Strafverfahren gegen Hunderte kurdische Oppositions- und Kommunalpolitiker*innen eröffnet.



»Die europäische Politik muss nun die Realität des Krieges in Kurdistan anerkennen und sich einem politischen Wandel zuwenden, der sich für Frieden und eine Lösung des Konfliktes einsetzt.« Demonstration in Brüssel für eine friedliche Lösung in Kurdistan und die Freilassung Öcalans. Foto: anf

nun der »Terrorlegende« ein Ende bereitet, in welche diese Staaten über die Jahre hinweg stark investiert haben.

Es ist eine Premiere an sich, dass ein NATO- und EU-Staat, in vielerlei Hinsicht in den Westen integriert, nun eine solche Entscheidung für eine bewaffnete Widerstandsbewegung trifft. Das ist durchaus ein Novum.

Welche rechtlichen und politischen Konsequenzen sehen Sie?

Zunächst sehe ich auch die Justiz als ein Feld des Kampfes und des Widerstands. Es gibt in der Geschichte keine Justiz und keine Gerichtsbarkeit, die unabhängig von der Politik entstanden sind und agieren. So wie der Prozess, der zu dieser Entscheidung führte, durch ernsthafte rechtliche und politische Anstrengungen möglich wurde, ist diese Entscheidung, die schwerwiegende rechtspolitische Konsequenzen hat, als ein Teil des Kampfes und des Widerstands zu verstehen. Die Auswirkungen einer juristischen Entscheidung stehen in direktem Zusammenhang mit der Art und Weise, wie sie bewertet wird.

Aus »juristisch-technischer« Sicht kann dieses Urteil als rein belgische Entscheidung in einem nach belgischem innerstaatlichem Recht eingereichten Fall angesehen werden. Ich teile diese positivistische Ansicht jedoch nicht. Meine Beweggründe beschränken sich hierbei nicht nur auf die Tatsache, dass diese Entscheidung von einem europäischen nationalen Gericht als Präzedenzfall angesehen werden kann. Es geht auch um den Prozess zur und den Inhalt der Entscheidung selbst.

Man muss hier erwähnen, dass der türkische Staat in diesen Fall involviert war. Von Anfang an erhob er gegen alle positiven Entwicklungen im Verfahrensverlauf Einwände und setzte dabei viele Rechtsmittel ein. Gleichzeitig hat er in diesem Prozess fast all seine Informationen, Dokumente, Archive, also sein gesamtes *[prozessuales]* Schießpulver sowohl gegen die angeklagten Personen und Institutionen als auch gegen die PKK, offengelegt und damit erschöpft. Mit einer zentralen Anweisung forderte die türkische Justiz alle Dokumente bei den lokalen Behörden an, übersetzte sie ins Niederländische und führte sie in den belgischen Prozess ein.

Darüber hinaus hat die belgische Staatsanwaltschaft alle Gerichtsverfahren, Gutachten usw. mit Bezug auf die PKK oder kurdische Politiker*innen in England, Deutschland, Italien, Frankreich, Dänemark und allen anderen Ländern für ihre Anklage verwendet.

Natürlich enthielten die Entscheidungen, die im Verlauf des langen Gesamtprozesses von verschiedenen belgischen Gerichten getroffenen wurden, Bezüge sowohl zu den Eingaben des türkischen Staates als auch zu den Entscheidungen und Berichten der Gerichte und Behörden europäischer Länder.

Mit anderen Worten, obwohl es beim ersten Blick um eine in Belgien eingereichte Klage geht, handelt es sich jedoch um einen Fall mit einer solchen Breite, dass wir den Prozess als Beispielfall einer gesamteuropäischen PKK-Klage behandeln können. Alle interessierten Staaten haben in diesem Fall gegen die PKK ihre Trümpfe ausgespielt und, was noch wichtiger ist, dabei eine Abfuhr von den belgischen Gerichten erhalten. Die Besonderheit dieser Entscheidung ist, dass sie über den juristisch-technischen Charakter einer rein innerstaatlichen Entscheidung hinausgeht.

Politisch hat diese Entscheidung ein großes Fragezeichen hinterlassen. Wenn die PKK nun keine »terroristische Vereinigung« ist und die Realität des Krieges in Kurdistan nun akzeptiert wird, wenn die PKK als Kriegspartei angesehen wird, müssen dann die politischen Entscheidungsträger*innen in Europa nun auch zu einer neuen Sprachregelung finden und einen neuen Diskurs eröffnen? Man sollte hier die Äußerungen des belgischen Botschafters, der diese Entscheidung als »politisch motiviert« zu diffamieren versuchte, nicht weiter ernst nehmen, da er Erdoğans Reaktion in Ankara fürchtet. Die europäische Politik muss nun die Realität des Krieges in Kurdistan anerkennen und sich einem politischen Wandel zuwenden, der sich für Frieden und eine Lösung des Konfliktes einsetzt. Mir ist bewusst, dass dies nicht einfach ist. Aber mit dieser Entscheidung können zumindest die demokratischen Teile Europas eine aktivere Richtung einschlagen. Wenn wir diese Entscheidung zusammen mit dem Beschluss gegen die Listung der PKK auf der EU-Terrorliste betrachten, der am 15. November 2018 eingegangen ist,[2] gibt es nun keine Ansatzpunkte für die europäische Politik mehr, mit der sie die Kurd*innenfrage als »Terrorismus« abtun kann. Wir können feststellen, dass den repressiven Kräften das Garn ausgegangen ist. Wie bei vielen Dingen, die sich ändern, wird es jedoch diejenigen geben, welche die bestehende Herangehensweise beibehalten wollen, auch wenn sie dies nicht mehr so effektiv wie zuvor betreiben können.

Wie kann sich diese Entscheidung auf die Kriminalisierungspolitik gegen die Kurd*innen auswirken?

Die rechtlichen Konsequenzen des Terrorismus-Diskurses sind hierbei nicht hauptsächlich. Die politischen und sozialen Folgen sind weitaus schwerwiegender. Aus diesem Grunde wird dieser Diskurs auch schon seit Jahren geführt. Er basiert vor allem darauf, die Berechtigung des Widerstands der kurdischen Bewegung kleinzureden und der staatlichen Gewalt gegen die Kurd*innen Legitimität zuzuschreiben. Und in diesem Zusammenhang noch wichtiger: Die europäischen Staaten bemühen sich durch die Medien und auf andere Weise, diese Sichtweise als objektive Tatsachen über die kurdische Bewegung auszugeben. Damit wollen sie verhindern, dass Völker, Gesellschaften und fortschrittliche Gruppen mit dem kurdischen Volk zusammenarbeiten und gemeinsame Kämpfe führen. Wir wissen, wie sehr das kurdische Volk und seine politischen Institutionen durch die Politik der Kriminalisierung in bestimmten Zeiträumen gesellschaftlich isoliert wurden und sie zum Ziel eines Großangriffs erklärt worden sind.

Diese Sichtweise auf die kurdische Bewegung neigte in den letzten Jahren dazu, sich zu verändern. Tatsächlich handelt es sich hierbei um historische Entwicklungsprozesse, die wir als Reflexionen des Widerstands des kurdischen Volkes verstehen können. Die Hauptdynamik ging von der Revolution in Rojava aus. Sowohl das neue gesellschaftliche Projekt in Rojava, die gewissenhafte Verantwortung für die Verhinderung eines Völkermordes in Şengal, der historische Kampf gegen den IS als auch die Frauenbefreiung und die damit einhergehende Befreiung der Völker im Nahen Osten haben die Türen zu einem radikalen Veränderungsprozess geöffnet.

Die Entscheidung zur EU-Terrorliste, insbesondere auch die vom Obersten Gerichtshof in Belgien getroffene Entscheidung vom 28. Januar 2020, werden einen Änderungsprozess bezüglich der Kriminalisierungspolitik anstoßen. Es ist notwendig, diesen allmählich zunehmenden Trend gegen die Kriminalisierung zu erkennen. Entgegen allen Bemühungen verschiedener Staaten wird diese Dynamik noch weiter zunehmen. In dieser Hinsicht wird es auch sehr wichtig sein, diese Entscheidung so weit wie möglich zu reflektieren, sie in den allgemeinen politischen Diskurs in den jeweiligen Ländern zu stellen und zu versuchen, daraus auf lokaler Basis Gewinn zu schlagen. Ich denke, dass alle kurdischen Institutionen und demokratischen Personen nun diese Entscheidung Schritt für Schritt zu einem Hauptthema ihrer Gespräche und sozialpolitischen Aktivitäten machen sollten.

Wird das seit 1993 in Deutschland bestehende PKK-Verbot durch diese Entscheidung nicht entkräftet? Welche Auswirkungen wird diese Entscheidung auf die laufenden Paragraph-129a- und -129b-Fälle haben?

2 Im November 2018 beschloss der Europäische Gerichtshof in Luxemburg, dass die Aufnahme der PKK in die »EU-Terrorliste« im Zeitraum von 2014 bis 2017, dem Zeitraum, auf den sich die Klage bezog, rechtswidrig war. Dagegen läuft aktuell ein Berufungsverfahren ebenfalls vor dem Europäischen Gerichtshof.

Die umfassendste und tief verwurzelte Praxis der Kriminalisierung des kurdischen Volkes in Europa wurde natürlich in Deutschland patentiert. Deutschland ist hier quasi der Vorreiter. Das PKK-Verbot 1993 steht als der wichtigste Wendepunkt in dieser Praxis. Es wurde ursprünglich als angebliche innenpolitische Notwendigkeit erlassen und durch Aktualisierung und Erweiterung Schritt für Schritt bis heute aufrechterhalten. Durch die Gerichtsentscheidung in Belgien werden die repressiven Maßnahmen in Deutschland gegen die kurdische Bewegung infrage gestellt. Das vom deutschen Staat durchgesetzte PKK-Verbot wurde dadurch deutlich geschwächt. Die Sinnlosigkeit dieses Verbots kann durch diese Entscheidung deutlicher gesehen und erläutert werden.

Es wäre von Vorteil, das Problem mit dem Paragraphen 129 b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) separat zu behandeln. Einige meiner Kolleg*innen denken, dass die belgische Entscheidung keine Auswirkungen auf §129b-Fälle haben wird. Praktisch gesehen weiß ich nicht, wie die Gerichte mit dieser Entscheidung in Deutschland umgehen werden oder ob sie sie gar ignorieren. Inhaltlich betrifft die belgische Entscheidung jedoch den Kern der §129b-Verfahren. Die Frage lautet: Handelt es sich bei der PKK um eine terroristische Organisation oder um eine bewaffnete Konfliktpartei im Sinne des internationalen Völkerrechts? Der § 129 b bezieht sich ja nicht auf Auseinandersetzungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, sondern auf »internationale Terrororganisationen«. Mit anderen Worten, wie werden die Auseinandersetzungen in der Türkei, die gemeinhin als »kurdische Frage« bezeichnet werden, in ihrer historischen und sozialen Tiefe ausgeleuchtet? Hier macht es sich der deutsche Staat sehr leicht mit einer sehr oberflächlichen Definition von »Terrorismus«. In allen Strafverfahren werden Berge von Akten eingeführt – zumeist Abhörprotokolle von Telefonüberwachungen – und es wird versucht, mit einem formalisierten Prozessverfahren Verurteilung und Bestrafung der Angeklagten zu erzwingen. Die Hintergründe des Konflikts werden in den Verfahren zwar auf Druck der Anwält*innen erörtert, sind aber für die Urteilsfindung ohne Belang. Ich möchte Sie hierbei daran erinnern, dass diese Klagen nur mit Genehmigung des deutschen Justizministeriums eingereicht werden können.

Die belgische Justiz, die mit einem sehr langen Verfahren – vom Amtsgericht zum Berufungsgericht und von dort aus zum Obersten Gerichtshof – eine umfassende Untersuchung auf der Grundlage internationaler Konventionen und des Völkerrechts eingeleitet hat, kann hierbei als Vorbild für die deutsche Justiz fungieren. Es ist möglich, diese Sichtweise auch in allen deutschen Verfahren und Gerichtsentscheidungen anzuwenden.

In diesem Zusammenhang erklärten die belgischen Gerichte beispielsweise in Bezug auf ein in Deutschland durchgeführtes §129b-Verfahren, es sei interessant, dass »PKK-Maßnahmen nicht im Lichte des allgemeinen Artikels 3 der Genfer Konvention geprüft werden sollten«. In gewisser Weise zeigen sie damit der deutschen Justiz in §129b-Fällen einen Weg auf, auch zu anderen Entscheidungen zu kommen. In einigen Fällen wurden sogar die in die Verfahren eingeführten »Experten-Berichte« über die kurdische Befreiungsbewegung, welche die Grundlage für die Verurteilung bilden, »sowohl methodisch als auch in Bezug auf die Zuverlässigkeit der verwendeten Ressourcen« infrage gestellt und abgelehnt. Dadurch wird betont, dass diese Dokumente, welche die Grundlage für die offizielle Einschätzung der PKK in Deutschland liefern, möglicherweise nicht wissenschaftlich und objektiv sind.

Anhand dieser kurz aufgeführten Beispiele kann man verstehen, wie wichtig diese belgische Entscheidung auf allen Ebenen ist, ob im engeren juristischen Sinne oder in Bezug auf die darin enthaltenen Argumente.

Auf welche Weise sollten die Brüsseler Entscheidung gegen das PKK-Verbot und die damit einhergehenden Terrorismusvorwürfe in Deutschland berücksichtigt werden? Welche Initiativen können Anwält*innen zu diesem Thema ergreifen?

Diese Entscheidung ist für Anwält*innen ganz klar ein Bezugspunkt in ihren Strafverfahren. Meiner persönlichen Meinung nach ist es aber auch notwendig, diese Entscheidung im öffentlichen Diskurs zu behandeln, um Einfluss auf das gesellschaftliche Klima zu erhalten, in dem diese Prozesse geführt werden. In der Anwaltspraxis können in den verhandelten Fällen Parallelen zwischen den Vorwürfen gegen die in Deutschland Angeklagten und den Fällen in Brüssel aufgezeigt werden. Um dies zu erreichen, brauchen wir einen langen Atem, auch wenn das aktuelle Brüsseler Urteil nicht mehr in den Medien präsent ist. Das Hauptziel ist natürlich, die belgische Herangehensweise zur Grundlage für neue Urteile in Deutschland zu machen. Es wird dann möglich sein, dass neue »Brüsseler Entscheidungen« auch von deutschen Gerichten getroffen werden.

Wie aus all meinen Erläuterungen hervorgeht, wird Deutschland der schwierigste Ort in Europa sein, um ein Umdenken zu bewirken. Deutschland behandelt politische Fälle mit einer Herangehensweise, die sich wie ein Labyrinth mit zugleich verschlossenem Ausgang darstellt. Das Vorgehen der deutschen Justiz bleibt klar hinter den zum Teil faireren Prozessen im restlichen Europa zurück. Auf die Verteidigungsstrategie, die politischen Hintergründe der Verfahren zu beleuchten, wird selten eingegangen und diese damit neutralisiert. Natürlich

gebe ich zu, dass es somit in Deutschland schwieriger ist, vor Gericht Erfolg zu haben. Ich sehe dies jedoch nur als Motivation an, um noch mehr zu kämpfen. In dieser Hinsicht sollten nicht nur Anwält*innen, sondern auch die Angeklagten, zivile Institutionen und Personen, die sich für diese Problematik interessieren, diese Gerichtsentscheidungen hinterfragen und als Grundlage für ihr Vorgehen gegen den mechanischen Ablauf des deutschen Justizsystems im Zusammenhang mit der PKK machen. Auch politische Institutionen sollten dies tun. Wenn zum Beispiel die Realität des Krieges in Kurdistan starken Einfluss auf diese Gerichtsentscheidung hätte, würde ihre rechtliche Umsetzung bereits dem Geist der Brüsseler Entscheidung entsprechen.

Bisher wurden die Brüsseler Entscheidung und die Entscheidung, die PKK von der Terrorliste zu streichen, den deutschen Gerichten vorgelegt. Sie wurden jedoch bislang nicht berücksichtigt, sodass es bisher keine abweichende Entscheidung gab. Glauben Sie, dass es demnächst greifbare Konsequenzen haben wird?

Die Brüsseler Entscheidung kann den Gerichten leicht vorgelegt und eine Diskussion darüber angestoßen werden. Wenn man aber nach vergleichbaren Urteilen in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern fragt, ist die Antwort natürlich negativ. In dieser Hinsicht hat das belgische Urteil möglicherweise kein »greifbares« Ergebnis. Zumindest geschieht das nicht automatisch. Aber das Problem geht weit darüber hinaus. Der rechtspolitische Geist, die Perspektive und der Diskurs der europäischen Politik in der Kurd*innenfrage wurden durch diese Entscheidung ernsthaft infrage gestellt. Dies bietet uns neue Möglichkeiten. Die Hauptsache ist, diese Möglichkeiten zu sehen, zu fühlen und begeistert zu sein. Konkrete Ergebnisse können erzielt werden, wenn Anwält*innen, Politiker*innen oder zivile Institutionen dies auf ihrem Gebiet zur Grundlage eines eigenen Kampfes machen. Diese belgische Entscheidung ist selbst das Ergebnis eines langjährigen Rechtsstreits. Die Gerichte gingen mit ernsthaftem Bemühen auf alle vorgebrachten Diskurse, Dokumente und Ausführungen ein. Alle Argumente, die das Gericht in seiner Entscheidung verwendete, sind die Argumente, Dokumente und Präsentationen, die von der Verteidigung im Prozess eingeführt worden waren.

Abschließend möchte ich sagen: Die Realität des Krieges, insbesondere die Verpflichtung zur Einhaltung des Artikels 3 der Genfer Konvention, sollte nicht nur im Hinblick auf die PKK, sondern auch in Bezug auf den türkischen Staat berücksichtigt werden. Die Logik der Brüsseler Entscheidung besagt, dass schwere Verbrechen, insbesondere die Kriegsverbrechen des türkischen Staates gegen das kurdische Volk, auch im Rahmen des humanitären Völkerrechts behandelt werden können. Ich denke, es gibt gute Argumente, die schweren Verbrechen in Kurdistan in den Jahren 2015–2016 auf dieser Basis zur Anklage zu bringen. ♦



Foto: Aktion 3. Welt Saar

Als Abgeordnete in der Hamburger Bürgerschaft

Wir brauchen eine Politik der Jugend

Interview mit Cansu Özdemir, von Ruken Aydın

Im Original erschien der Artikel unter dem Titel »Gençleşen siyasete ihtiyaç var« in der Nummer 181, April 2020, der Frauenzeitschrift Newaya Jin. Wir veröffentlichen das Interview mit deren freundlicher Genehmigung leicht gekürzt.

Während die SozialdemokratInnen, die Grünen und Die Linke bei der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt Hamburg im Februar einen Zuwachs verzeichnen konnten, haben tief verwurzelte bürgerliche Parteien wie die CDU erheblich an Stimmen verloren. Die junge kurdische Politikerin Cansu Özdemir nahm als Spitzenkandidatin der Partei Die Linke am Wahlrennen teil. Insofern hat in der Geschichte Hamburgs das erste Mal eine Frau mit Migrationshintergrund und in der Bundesrepublik das erste Mal eine Frau aus Kurdistan auf dem ersten Listenplatz einer Partei kandidiert. Umfragen zufolge rangiert sie als eine der beliebtesten PolitikerInnen in Hamburg auf dem dritten Platz und sie wird vor allem auch in den deutschen Medien als das Gesicht der Opposition in Hamburg bezeichnet.

Als Cansu Özdemir das erste Mal 2011 zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg antrat, war sie erst 22 Jahre alt. Sie wurde vom türkischen Geheimdienst verfolgt und mit dem Tode bedroht. Der deutsche Geheimdienst hingegen eröffnete eine Diffamierungskampagne gegen sie, was unter anderem auch dazu führte, dass zahlreiche Verfahren gegen sie eingeleitet wurden. Gegen all diese Angriffe leistete sie Widerstand und sie wurde dabei nicht nur von der kurdischen Gesellschaft, sondern auch von ihren Wählerinnen und Wählern unterstützt, sodass sie erfolgreich gegensteuern konnte. Cansu Özdemir, die die Außenpolitik der Bundesregierung als heuchlerisch und ängstlich bezeichnet, betont zugleich, dass sie weiterhin als die Partei Die Linke die Stimme der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland bleiben würden.

Cansu Özdemir merkt zudem an, dass die junge Generation einen Wandel des Systems anstrebe und die Parlamente jünger werden müssten. Wir haben mit der jungen Politikerin, die vor allem auch die Behinderung der Teilhabe der Frau als solcher am politischen Leben und deren Kriminalisierung anspricht, über ihre Wahlkampagne, die Rolle der Frau und der Jugend in der Politik sowie über die Außen- und Innenpolitik der BRD gesprochen.

Sie waren die Spitzenkandidatin der Linken bei den Wahlen in Hamburg mit über 1,3 Millionen WählerInnen. Im Vergleich zu einigen Parteien und Personen mit einer gewissen staatstraditionellen Vergangenheit konnten Sie Erfolge erzielen. Was war der ausschlaggebende Aspekt, was die Motivation der WählerInnen bei der Stimmabgabe?

Die Linke hat in Hamburg die besten Ergebnisse erzielt. Unsere Partei hat vor allem, was den Zuwachs der Stimmen der NeuwählerInnen anbelangt, sowie mit den von der SPD dazugewonnenen insgesamt 70.000 und demzufolge mit einer Steigerung von 0,6 % insgesamt 9,1 % der abgegebenen Stimmen erzielen können. Die Linke, die die meisten Stimmen vor allem von MigrantInnen, ArbeiterInnen und im Zentrum lebenden Menschen erhalten hat, hat sich nach zwölf Jahren Parlamentsarbeit zu einer fundamentalen Kraft innerhalb der bestehenden staatlichen Politik etabliert.

Die Linke, die immer noch mit Vorbehalten gegenüber der Umsetzbarkeit ihrer Ideen und ihrer wirtschaftlichen Vorstellungen konfrontiert wird, sieht sich in Hamburg als einen sozialpolitischen Akteur. Die Hälfte der hamburgischen Bevölkerung ist der Auffassung, dass Die Linke die Partei ist, die am meisten für die soziale Gerechtigkeit in Hamburg kämpft, und sie ist sich dessen bewusst, dass wir die Partei sind, die sich in unserer Stadt gegen soziale Ungleichheit einsetzt und somit Ideen der Gleichheit anstrebt. Zum ersten Mal in der Geschichte Hamburgs ist eine Frau mit migrantischen Wur-

zeln und generell gesehen zum ersten Mal in der BRD eine kurdische Frau auf dem ersten Listenplatz gegen andere BürgermeisterkandidatInnen angetreten. Ein wichtiger Teil der deutschen Gesellschaft, die vor allem auch solidarisch mit der Revolution in Rojava ist, hat mir durch ihre Stimmabgabe ihre Unterstützung gegeben. Das ist eine Ausstrahlung des kurdischen Frauenkampfes aus Kurdistan.

Mit welchen Projekten oder Perspektiven haben Sie Ihre Wahlkampagne geführt?

Für die Bevölkerung Hamburgs sind die steigenden Mietpreise das wichtigste Thema. Aus diesem Grund beteuern wir vor allem den Einsatz für die Verabschiedung eines Gesetzes über eine sogenannte Mietpreisbremse. Das würde dazu führen, dass die Mietpreise für die kommenden fünf Jahre nicht steigen werden. Zudem ist fast die Hälfte der hamburgischen Bevölkerung abhängig von sozial unterstütztem Wohnraum. Die Regierung muss aufhören, Wohnraum zu errichten, der unbezahlbar ist. Fünfzig Prozent der neuen Wohnungen müssen öffentlich gefördert werden.

Auch die Gesundheit ist zu einem Luxusgut geworden. Die Kranken und das Krankenhauspersonal wissen es am besten. Das Gesundheitswesen muss verbessert werden. Notfälle eingeschlossen, kann es passieren, dass Menschen bis zu mehreren Stunden warten müssen und dann meistens mit der Verschreibung eines schmerzstillenden Mittels wieder nach Hause geschickt werden. Auch die Personalnot führt dazu, dass das vorhandene Personal oftmals gestresst ist, und das führt wiederum zu einer Gefährdung der Patienten. In den armen Stadtvierteln ist die Situation noch schlimmer. Deshalb fordern wir, dass in der ganzen Stadt die Gesundheitsversorgung ohne lange Wartezeiten gewährleistet ist.

Außerdem fordern wir auch einen Klimawandel, mit dem jedeR leben kann. Damit die Benutzung privater PKWs re-



Cansu Özdemir mit ihrem Anwalt während ihres Prozesses in Hamburg am 28.10.2019. Foto: anf

duziert wird, fordern wir auf lange Sicht die Verbreitung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie deren kostenlose Benutzung. Das wird sowohl den Geldbeutel als auch das Klima schützen. Wir brauchen eine Strategie, um die Armut in unserer Stadt zu beenden, indem wir sie bekämpfen. Die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger müssen gewahrt werden und es darf kein Profit daraus geschlagen werden. Das Recht auf Wohnen, eine gute Gesundheitsversorgung und ein Leben in Würde müssen gesichert werden.

Ein weiteres wichtiges Problem Hamburgs ist es, dass der Hafen jedes Jahr benutzt wird, um zahlreiche Bomben, Waffen und anderes Kriegsequipment in Containern zu verfrachten. Die Menschen mit Familienangehörigen in Kriegsregionen sind äußerst besorgt über dieses Vorgehen. Folglich fordern wir die Schließung des hamburgischen Hafens für die Kriegswirtschaft, das ist auch eine unserer Hauptforderungen. Während die anderen Fraktionen die Reichen noch reicher werden lassen wollen, kämpfen wir für die soziale Gerechtigkeit. Sie ignorieren ständig die Armut alter Menschen und der Kinder. Wir fordern einen Mindestlohn von 14 Euro und die Aufhebung von Hartz IV. Wir kämpfen schon seit Jahren dafür, diese Probleme zu beseitigen, und werden weiterhin im Parlament die Stimme der sozialen Gerechtigkeit repräsentieren. Ich denke, dass ich auch als Individuum bisher die Emotionen und Gedanken vieler Menschen wiedergeben konnte. Meiner Meinung nach ist das auch der Grund, warum viele Menschen aus Kurdistan sowie anderer ethnischer wie gesellschaftlicher Gruppen mich bevorzugen.

In letzter Zeit wurden Sie vor allem durch die Anstrengungen der AKP-Regierung zur Zielscheibe von Kriminalisierungskampagnen. Außerdem wurden auch aufgrund einiger Vorkommnisse Verfahren gegen Sie eröffnet. Hatte das Auswirkungen auf die Wahl?

Zwei Tage nach meiner Wahl zur Abgeordneten hat der deutsche Geheimdienst eine Diffamierungskampagne gegen mich gestartet. Vor meiner Wahl hatte ich eine Zeit lang als Korrespondentin für die kurdische Tageszeitung »Yeni Özgür Politika« und auch als Sprecherin des kurdischen Frauenrates in Hamburg gearbeitet. Zusammen mit dem Frauenrat organisierten wir Kampagnen gegen Ehrenmorde, Zwangsheirat und Brautgeld. Zur selben Zeit nahm ich an der Organisierung von Aktionen gegen die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in der Türkei teil. Die Tatsache, dass mich der Verfassungsschutz als gefährliche Person hingestellt und somit zur Zielscheibe gemacht hat, war ein ausreichender Grund, um mich zu beobachten und zu verfolgen. Kurz darauf wurde ich von türkischen FaschistInnen mit dem Tod bedroht. Daraufhin erklärte der Verfassungsschutz, mich von nun an nicht mehr zu beobachten und meine Daten aus ihren Beständen zu löschen. Natürlich weiß ich nicht, ob das der Wahrheit entspricht. Besagte Institution bevorzugt es in jeder Situation, die tatsächliche Gefahr zu ignorieren und die Beobachtung derjenigen vorzunehmen, von denen keinerlei Gefahr ausgeht, weil der Diktator Erdoğan es so will. Ich hatte noch nie ein klassisches Parlamentarierinnenleben. Auf der einen Seite die ständigen Morddrohungen türkischer FaschistInnen und Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes (MIT) in meiner Umgebung, auf der anderen Seite die Repressalien der deutschen Regierung. Überlegt mal: Ich bin gewähltes Mitglied eines deutschen Parlaments, stand unter der Beobachtung zweier MIT-Agenten und Informationen über mich wurden an den türkischen Staat weitergeleitet; sie besuchten meinen Vater auf der Arbeit und mich in meinem Büro. Aber weder das noch die Ermittlungen gegen meine Person haben mich kleingekriegt. Ich stehe zu meiner Identität und meinen Überzeugungen.

Die Tatsache, dass mich der Verfassungsschutz als gefährliche Person hingestellt und somit zur Zielscheibe gemacht hat, war ein ausreichender Grund, um mich zu beobachten und zu verfolgen. Kurz darauf wurde ich von türkischen FaschistInnen mit dem Tod bedroht.

Zudem sind wir eine Partei, die die Aufhebung des PKK-Verbots fordert und die Waffenbrüderschaft der Bundesregierung mit Erdoğan kritisiert. Und das gefällt ihnen nicht. Die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der Bundesregierung werden wegen der Aufdeckung der AKP-Skandale zunehmend durch gesellschaftlichen Druck gefährdet.

Sie haben oft versucht, mich kleinzukriegen. Das erste Mal wurde auf Ersuchen eines Staatsanwalts ein Verfahren gegen mich eingeleitet. Ich wurde verurteilt mit der Begründung, ich habe auf meinem Twitter-Account Inhalte geteilt, in denen die Fahnen der Volksverteidigungseinheiten (YPG) und der PKK abgebildet gewesen seien. Ich habe dem Urteil widersprochen. Ich werde von all meinen rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen und das Verfahren bis zur letzten Instanz führen. Denn diese Verfahren wurden nicht nur gegen Cansu Özdemir eröffnet, sondern gegen alle, die in meiner Person ihre Meinungen, Emotionen und Forderungen repräsentiert sehen.

In der letzten Wahlperiode waren Sie das jüngste Mitglied der Hamburgischen Bürgschaft. Was können Sie sagen über die Auswirkungen der zentralen Staatspolitik auf die Klassifizierung als junge Person, die am Anfang ihres politischen Lebens steht? Oder sehen Sie die Repräsentation von Politikerinnen im Landesparlament und im Bundestag zahlenmäßig als ausreichend an?

Im hamburgischen Parlament beträgt die Frauenquote 46 %. Laut Statistik sitzen in den Parlamenten vornehmlich Männer hohen und mittleren Alters. So wie es aus den Protesten der Jugendbewegung »Fridays for Future« hervorgeht, wollen die jungen Menschen einen Wandel in der Politik und spielen die Vorreiterrolle in einem Kampf für ein neues System. Die Parlamente müssen jünger werden, ihre Diversität muss sich erhöhen und vor allem müssen sie zu Orten werden, an denen junge Parlamentarierinnen sind. Obwohl Deutschland von einer Frau regiert wird, müssen die jungen PolitikerInnen, vor allem aber junge Frauen und MigrantInnen in der Politik mehr Leistung erbringen. Es ist für eine Frau mit drei Kindern nahezu unmöglich, im hamburgischen Parlament zu arbeiten. Das hat vor allem den Hintergrund, dass die Sitzungen teilweise bis spät in die Nacht andauern können und es keine Möglichkeit einer anderen Betreuung für Kinder gibt. Auf diese Weise werden Frauen eigentlich diskriminiert und es wird verhindert, dass sie eine Rolle in der Politik spielen können. Ein weiterer bemerkenswerter Punkt ist, dass nach Recherchen des Rates der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments die Rate der sexuellen Belästigung von weiblichen Abgeordneten und weiblichen Bediensteten relativ hoch ist. Einer mit 81 Parlamentarierinnen aus 45 Ländern und mit 42 weiblichen Bediensteten durchgeführten Untersuchung zufolge gibt es bezüglich der sexuellen Belästigung und Gewalt gegenüber Frauen auffällige Ergebnisse. Nach diesen Recherchen erfahren 85 % dieser Frauen psychische Gewalt. Vor allem Frauen, die jünger als 40 Jahre sind, spüren diesen Druck noch intensiver. Das sind ernsthafte Probleme, die aus der patriarchalen Mentalität resultieren.

So wie es in vielen europäischen Staaten bereits der Fall ist, hat auch Deutschland mit einem zunehmenden Rechtspopulismus zu kämpfen. Eine konkrete Auswirkung dessen haben wir zuletzt im Februar mit dem rassistisch motivierten Angriff in Hanau gesehen. Gibt es in diesem Zusammenhang Präventivmaßnahmen vonseiten der Bundesregierung oder Ihrer Partei?

Das Massaker in Hanau hat uns tief erschüttert. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass rechtsextremistische Organisationen und Gruppierungen in der BRD jahrelang unterschätzt worden sind. Der Vater von Ferhat Ünvar, dessen Sohn auch eines der Opfer dieses Anschlags war, sagte: »Alles, was ich jetzt wissen will, ist, dass mein Sohn nicht umsonst gestorben ist.« Und er hat Recht. Die Angehörigen von Ferhat und anderen Opfern verdienen es, dass nun eine konsequentere Haltung gegenüber FaschistInnen gezeigt und mit der notwendigen Klarheit gegen dieses Massaker vorgegangen wird. Es ist an der Zeit, dass rechtsterroristische Strukturen zerstört werden. Die Tatsache, dass man in Deutschland rassistische Morde jahrelang ignorierte, hat zu einem Erstarken der Neonazistrukturen und der Fortsetzung solcher Morde geführt. Die Sicherheitsstrukturen dürfen nicht zulassen, dass in ihren eigenen Strukturen Nazizellen agieren. Für die NSU-Akten wurde eine 120 Jahre andauernde Geheimhaltung beschlossen – warum? Was verheimlicht der Staat? Wir werden uns um die Bildung eines Untersuchungsausschusses bemühen, der genau diese Missstände untersucht. Hamburg ist das einzige Bundesland, in dem ein NSU-Mord begangen wurde und es bisher keinen Untersuchungsausschuss gibt. Während rechter Terror konsequent ignoriert wird, konzentriert man sich immer auf eine sogenannte linke Gefahr. Diese entsetzliche und gefährliche Situation muss sofort beendet werden. Unsere Haltung, was dieses Thema anbelangt, ist von Anfang an klar und deutlich. Vor diesem Hintergrund kommt es beispielsweise nicht in Frage, dass wir zusammen mit der AFD innerhalb oder außerhalb des Parlaments kooperieren, geschweige denn uns annähern. Wir haben von Anfang an unseren Abstand gewahrt. Nur weil die AFD über demokratische Wahlen ins Parlament gelangt ist, bedeutet das noch lange nicht, dass sie auch demokratische Werte wahrt. Auch die anderen Parteien müssen ihren Abstand zu faschistischen und rechten Parteien noch klarer definieren. Aber anscheinend waren sie mit uns nicht einer Meinung, sodass FDP und CDU dachten, in Thüringen mit den FaschistInnen kooperieren zu können. Und das führte wiederum zu einem erheblichen Verlust für diese Parteien.

Während Länder wie Belgien die kurdische Freiheitsbewegung nicht mehr als terroristisch bezeichnen, kriminalisiert Deutschland währenddessen kleinste, grundgesetzlich geschützte Aktivitäten der Bewegung. Es finden weiterhin Durchsuchungen in Institutionen, Vereinen und Wohnungen statt, kurdische Symbole werden verboten und kurdische PolitikerInnen werden bestraft. Was wollen Sie zu dieser Verbots- und Kriminalisierungspolitik sagen?

Ich habe mich zu diesem Thema in den Prozessen gegen mich ausführlich verteidigt. Die Bundesregierung hofiert einen Diktator und kriminalisiert kurdische AktivistInnen. Als Verlage wie Mir Multimedia und Mezopotamien verboten wurden,

sind tausende Bücher, CDs und Belege beschlagnahmt worden. Das Bundesinnenministerium ist sogar der Auffassung, das älteste und wichtigste Fest der Gesellschaften im Nahen Osten, »Newroz«, gehöre verboten. Diese Herangehensweise der Bundesregierung erinnert mich an diejenige des türkischen Staates an die kurdische Sprache und Kultur. Die Politik der Bundesregierung gegenüber dem türkischen Staat ist heuchlerisch und feige.

Als Politikerin bin ich mir bewusst, dass die Außenpolitik stets an den Interessen ausgerichtet wird, aber in diesem Fall ignoriert die Bundesregierung jegliche Moral und verrät ihre eigenen Werte. Das ist aus ihren Erklärungen klar ersichtlich und es ist eine Quelle der Schande für die deutsche Außenpolitik. Auch was die Innenpolitik anbelangt, ist eine enorme Einschränkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger erkennbar, die in der BRD leben. Man trägt dazu bei, dass der Diktator und Unterstützer islamistischen Terrors Erdoğan, der JournalistInnen, Abgeordnete, BürgermeisterInnen und andere Oppositionelle verfolgt, inhaftiert und sogar mit dem Tode bedroht, bestärkt wird. Wer einen solchen Diktator unterstützt, verfolgt eine heuchlerische Politik, die Menschenleben kostet. Wer als Regierung hinter einem solchen Diktator steht, positioniert sich gegen die Demokratie, den Frieden und den Kampf für die Frauenbefreiung. Dies führt auch dazu, dass der Kampf gegen radikalislamistische Organisationen geschwächt wird. Wenn man einen solchen Diktator unterstützt, ebnet man den Weg für eine Entvölkerung.

In Bezug auf die vorige Frage: Die Menschen aus Kurdistan kritisieren die Kooperation der Merkel-Regierung mit dem verbrecherischen Erdoğan-Regime und dessen Unterstützung. Auch die Tatsache, dass Merkel die Region Nordostsyriens, in der etliche Menschenrechtsverletzungen begangen worden sind und die regelrecht besetzt worden ist, als »Sicherheitszone« bezeichnet hat, ist auf heftige Kritik gestoßen. Welche grundlegenden Interessen sind hinter dieser Kooperation verborgen? Wird Deutschland durch die militärische und politische Unterstützung nicht auch zu einem Komplizen?

Die militärische und politische Unterstützung macht Deutschland auch zu einem Komplizen. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland beruhten stets auf geopolitischen und Profitinteressen. Dieser Ansatz der BRD überrascht mich nicht. Auch Deutschland hat genau wie alle anderen kapitalistischen Staaten das Interesse, im Nahen Osten wie in anderen Regionen eine Hegemonie aufzubauen. Infolgedessen hat es schon immer zur Schwächung der KurdInnen beigetragen, indem es die türkische Staatspolitik unterstützt hat.

Auch Deutschland hat genau wie alle anderen kapitalistischen Staaten das Interesse, im Nahen Osten wie in anderen Regionen eine Hegemonie aufzubauen. Infolgedessen hat es schon immer zur Schwächung der KurdInnen beigetragen, indem es die türkische Staatspolitik unterstützt hat.

Die Linke hat auch in der vergangenen Legislaturperiode zu zahlreichen wichtigen Projekten und Arbeiten beigetragen. Auf welche Themen werden Sie sich in der kommenden Periode fokussieren?

Als ich das erste Mal zur Abgeordneten gewählt wurde, war ich 22 Jahre alt. Mein vorrangiges Ziel war es, junge migrantische Menschen zur politischen Teilhabe zu motivieren. Als eine junge kurdische Frau denke ich, dass ich dieses Ziel erreicht habe. Mein zweites Ziel war es, durch meine Arbeit zum Erstarken des globalen Feminismus beizutragen. In den vergangenen Jahren habe ich zahlreiche junge Menschen, vor allem auch StudentInnen, in meine Arbeit integriert. Viele haben bei mir ein Praktikum absolviert. Immer noch möchten viele junge Menschen, dass ich sie bei ihrem Einstieg ins politische Leben oder bei ihren akademischen Arbeiten an der Universität unterstütze. Und ich unterstütze sie gern. Zweimal im Jahr habe ich eine Reise mit ca. fünfzig Jugendlichen zum Bundestag organisiert. Manchmal haben mich junge Frauen kontaktiert, die Probleme mit ihren Familien hatten und mich um Rat und Unterstützung baten. Das ist der Beweis dafür, dass sie mir vertrauen und mich als eine problemlösende Kraft ansehen, was ich sehr wertschätze. Ich habe mich nun mit Jugendlichen gut vernetzt und lerne auch von ihnen vieles. Sie nehmen mich in ihre eigene Welt auf und das ist für mich eine sehr große Bereicherung. Ich habe immer versucht, verschiedene Meinungen zu vereinen.

Auf der anderen Seite ist es eines meiner Ziele, die Frauenrevolution Rojavas und die »Jineolojî«, die Wissenschaft der Frau, die in der Vorreiterrolle der kurdischen Frauen entwickelt worden ist, anderen Menschen vorzustellen und diese Ideen mit anderen feministischen Ideen zu vereinen. Zu diesem Anlass habe ich zahlreiche verschiedene Veranstaltungen im Parlament durchgeführt. Ich möchte all diese Arbeiten auch weiter fortführen. ♦

Widerstand gegen den deutschen Traum vom imperialen Europa

Das Spektrum der Zusammenarbeit erweitern

Arif Rhein, Mitarbeiter von Civaka Azad

Politik hat tiefe Wurzeln. Entscheidungen von heute basieren auf Überzeugungen, Ideologien und Ansprüchen, die ohne ihr historisches Fundament nicht verständlich wären. Politische Akteure, ob Staaten, Völker oder revolutionäre Bewegungen, agieren entlang eines eigenen Geschichtsverständnisses, leiten daraus ein Verständnis von sich selbst und der beanspruchten Stellung in der Welt ab. Diese Wahrheit gilt auch für den deutschen Staat – für seine Bürokratie, seine herrschenden Kreise und seine wechselnden Regierungen. Die Gründung des Nationalstaats Deutschland im Jahr 1871 basierte dementsprechend auf einem Selbstverständnis des Bürgertums, das sich von nun an in dieser Form organisieren wollte. Vordenker wie Friedrich List machten schon in den 1840er Jahren deutlich, dass das deutsche Bürgertum, also die treibende Kraft hinter einer nationalstaatlichen Vereinigung des zentraleuropäischen Kulturraums, in Konkurrenz zum damaligen Hegemon England Weltmachtansprüche erhob. Ein starkes Europa sollte Deutschland bei der Durchsetzung dieser Pläne helfen.

Schon früh war man sich in den entsprechenden Machtzirkeln der Bedeutung des Mittleren Ostens für dieses Vorhaben bewusst. Das Osmanische Reich bot sich als strategischer Partner an. Es war geostrategisch als Südflanke Russlands und Brücke nach Fernost zentral gelegen, suchte nach Bündnispartnern im Konflikt mit England, Frankreich und Russland und bot sich als Ressourcenquelle und Absatzmarkt an. Spätestens ab Ende des 19. Jahrhunderts wurde die strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich zum Leben erweckt. In den deutsch-türkischen Beziehungen setzt sie sich bis heute fort und ist weiterhin Teil der globalen Machtstrategie des deutschen Staates und seiner Eliten.

In der multipolaren Weltordnung, die sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer deutlicher herausbildet, verfolgt Deutschland die eigenen Ansprüche zunehmend aggressiver. Der deutsche Politikstil, der von einem hohen Grad an Ungeduld, Aggressivität und Starrsinnigkeit geprägt ist, hat das Land zum Hegemon in Europa werden lassen, der seinen Blick verstärkt auf den Maghreb und den Mittleren Osten richtet. Wenn wir also Schlagzeilen wie »Merkel will Schutzzone für Idlib«[1] lesen, sollten wir uns an die historisch bedingten Interessen des deutschen Staates erinnern. Betrachten wir innen- und außenpolitische Entwicklungen isoliert voneinander und losgelöst vom Charakter des deutschen Staates, werden wir weder die tagespolitischen Ereignisse verstehen noch als demokratische Kräfte strategischen Widerstand gegen deutsches Weltmachtstreben organisieren können. Gerade wer an Letzterem interessiert ist, sollte eins nicht vergessen: Das Bündnis mit der Türkei spielt eine zentrale Rolle für die globalen Machtansprüche Deutschlands. Die medialen Streitigkeiten zwischen den beiden NATO-Partnern können also nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie einer gemeinsamen Strategie im Mittleren Osten folgen. Das globale Machtstreben Deutschlands im Allgemeinen und die deutsch-türkische Mittelostpolitik im Speziellen anzugreifen und zum Scheitern zu bringen liegt im Eigeninteresse der Gesellschaft Deutschlands. Gelingen kann dies nur mithilfe eines bundesweiten, breiten Bündnisses aller demokratischen Kräfte.

Der Plan steht

Fast täglich wird eine aggressivere Rolle Deutschlands in der Weltpolitik beschworen. Während Bundespräsident Steinmeier feststellt »Deutschland ist zu groß, um Außenpolitik nur von der Seitenlinie zu kommentieren«[2], flankiert die deutsche EU-Kommissionspräsidentin mit den Worten »Europa muss auch die Sprache der Macht lernen«[3]. Ob politische Parteien, Think-Tanks, Mittelostexperten oder Journalisten, es herrscht beeindruckende Einigkeit in der Frage, welche Position Deutschland sich in den nächsten Jahrzehnten erkämpfen soll. Angenehm klingende Begriffe wie »Verantwortung«, »Demokratie«

1 https://www.dw.com/de/merkel-will-schutzzone-f%C3%BCr-idlib/a-52663236

2 https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/sicherheitskonferenz-startet-mit-grundsatzrede-steinmeiers-li.76085

3 https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/von-der-leyen-europa-muss-auch-die-sprache-der-macht-lernen-16475803.html



oder »Interessen Deutschlands« umschreiben eine Politik, die nicht ohne massive Folgen für die deutsche Gesellschaft und all die vom deutschen Imperialismus betroffenen Völker bleiben wird. Die Planung der deutschen Verantwortungsträger ist weit fortgeschritten und lässt sich beispielhaft anhand einiger Zahlen gut nachvollziehen: In den vergangenen fünf Jahren ist der Rüstungshaushalt um 38 Prozent auf 47,9 Milliarden Euro (2019) angestiegen. Für 2020 sind 50,3 Milliarden Euro vorgesehen. Bis 2025 sollen nach bisherigen Planungen weitere zwölf Milliarden hinzukommen. Eine Ankündigung der deutschen Verteidigungsministerin im Jahr 2019 macht deutlich, wie strategisch weitreichend die Planungen sind: Bis 2031 sollen zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsausgaben bereitgestellt werden, was eine Summe knapp unter 100 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten würde.[4] Ein Hauptkostenpunkt sind die Entwicklung und Produktion moderner Waffensysteme. Zwei zentrale Projekte sind ein Kampfpanzer (Main Ground Combat System, MGCS) und ein Kampfflugzeug (Future Combat Air System, FCAS), die beide gemeinsam mit Frankreich entwickelt und zu Standardwaffen der EU-Staaten werden sollen.[5] Die neuen Waffensysteme werden entwickelt, um sie in zukünftigen Kriegen einzusetzen – insbesondere im Mittleren Osten als Zentrum der globalen Krise. Die NATO-Strategie für die nächsten Jahrzehnte sieht eine zunehmende Arbeitsteilung vor: die Konzentration US-amerikanischen Militärs in Fernost und eine zunehmende Präsenz europäischer Staaten im Mittleren Osten. Kurdistan als das Zentrum des heute in aller Heftigkeit geführten Dritten Weltkrieges im Mittleren Osten wird besonders von der »deutschen Verantwortung« betroffen sein. Abzusehen ist, dass Syrien, der Irak, die Türkei und der Iran auch in den nächsten Jahren weiterhin im Zentrum der Krise stehen werden. Auch wenn aus heutiger Sicht große Militäreinsätze deutscher Soldaten in diesen Ländern noch sehr abstrakt klingen, müssen Medienkampagnen mit Aufmerksamkeit betrachtet werden, die immer wieder die Frage nach mehr deutschem Militär im Mittleren Osten aufwerfen. Politisch und wirtschaftlich werden die Militärplanungen für die Region flankiert, indem Deutschlands Bündnis mit der Türkei trotz aller Kritik aufrechterhalten und mit allen Mitteln versucht wird, die deutschen Beziehungen zu Teheran stabil zu halten. In diesem Zusammenhang ist eine grundlegende Beobachtung Duran Kalkans, Mitglied des PKK-Exekutivrats, zu historischen Konstanten der deutschen Mittelostpolitik interessant: »Ein anderer Punkt ist, dass die deutsche Politik und das deutsche Kapital im Mittleren Osten immer Partner zentraler Staatsstrukturen waren. Die Führung des Osmanischen Reichs war der einzige Gesprächspartner. Das Gleiche gilt auch für den Iran. Das deutsche System hat den lokalen Autoritäten im Osmanischen System nicht sehr viel Beachtung geschenkt und damit einhergehend auch keine Beziehung aufgebaut. Wenn wir bedenken, dass im arabischen Raum solche lokalen Autoritäten stärkeren Einfluss haben, dann hat Deutschland auch an diesem Punkt verloren. Dagegen haben Länder wie Frankreich und England, anstatt die zentralen Leitungen zur Grundlage zu nehmen, dem Aufbau von Beziehungen zu lokalen Autoritäten mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Damit haben sie an vielen Orten des Mittleren

4 Die Zahlen stammen aus einem sehr lesenswerten Hintergrundartikel: https://www.jungewelt.de/artikel/372725.eu-r%C3%BCstungspolitik-milliarden-f

5 https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8075/

Ostens, besonders im arabischen Raum, an Einfluss gewonnen und trotz des Osmanischen Reichs die Kontrolle über einen Großteil des Mittleren Ostens gewinnen können. Dies hat dazu geführt, dass die Öl- und Energiequellen unter die Kontrolle von Ländern wie England und Frankreich gerieten und das deutsche Kapital dieser Quellen beraubt wurde.«

Das Bewusstsein fehlt

Wer die aktuelle deutsche Politik verstehen möchte, muss anerkennen, wie langfristig und umfassend ihre Pläne sind. Drei grundlegende Dinge nicht zu vergessen kann dabei helfen: (1) Als Führungsmacht der kapitalistischen Moderne folgt Deutschland einer strategischen Linie, die auf eine Weltmachtstellung des Landes abzielt und dem Mittleren Osten für den deutschen Imperialismus eine zentrale Bedeutung beimisst. (2) Die aktuelle Politik des deutschen Nationalstaats hat eine mindestens 200 Jahre alte Geschichte. (3) Die politisch-wirtschaftlich-militärische Elite Deutschlands ist für die Umsetzung der eigenen Pläne bereit, direkt oder indirekt Krieg, Völkermord und Faschismus zu befördern. Vor diesem Hintergrund erscheinen gesellschaftliche Diskussionen in Bezug auf Syrien, die Situation der Geflüchteten in der Türkei oder die deutsche Rüstungspolitik im besten Fall als naiv, im schlechtesten Fall als menschenverachtend. Liberale Leitmedien, aber auch größere politische Bündnisse oder Kampagnen melden sich immer wieder mit wichtiger Kritik an der aktuellen Politik der Bundesregierung zu Wort. Doch deuten ihre zentralen Kritikpunkte und Forderungen darauf hin, dass sie das Problem entweder nicht in seiner Brisanz erkannt haben oder den entschlossenen Kampf gegen die deutschen Großmachtbestrebungen schlicht scheuen. Man scheint in etwa der Logik zu folgen: »Unsere Grenzen müssen geöffnet werden, um allen die Einreise zu erlauben, die ihre Heimat verlassen mussten. Auf die nationalistische und kriegstreiberische Politik, die im deutschen Staatsapparat und in den Parteien zunehmend offensiv vertreten wird, reagieren wir am besten mit Großdemonstrationen, die sich mit Forderungen nach einer Politikkorrektur an die Bundesregierung richten.« So weit zumindest die am stärksten wahrnehmbaren Tendenzen in den gesellschaftlichen Protesten der letzten Monate. So berechtigt und gut gemeint dieser Protest ist, so gefährlich

> Die politisch-wirtschaftlich-militärische Elite Deutschlands ist für die Umsetzung der eigenen Pläne bereit, direkt oder indirekt Krieg, Völkermord und Faschismus zu befördern. Vor diesem Hintergrund erscheinen gesellschaftliche Diskussionen in Bezug auf Syrien, die Situation der Geflüchteten in der Türkei oder die deutsche Rüstungspolitik im besten Fall als naiv, im schlechtesten Fall als menschenverachtend.

kann er sein, wenn er weiterhin nur phasenweise praktiziert wird, schwerpunktmäßig auf Demonstrationen setzt und die Bundesregierung als Hauptadressatin des Protests identifiziert. Wer daran festhält, wird gewollt oder ungewollt einen großen Beitrag dazu leisten, dass das gesellschaftliche Bewusstsein für die strategischen Ziele des deutschen Staates schwach bleibt und der deutsche Imperialismus im Inneren auf dementsprechend wenig effektiven Widerstand stößt. Gerade anhand der weit verbreiteten Kritik an den deutsch-türkischen Beziehungen lässt sich erkennen, wie wenig historisches Bewusstsein und Verständnis für die Funktionsweise der kapitalistischen Moderne vorhanden sind. Abdullah Öcalan bringt in seiner fünften Verteidigungsschrift[6] die Rolle der Türkei im kapitalistischen Weltsystem auf den Punkt: »Die Geschichte der Türkei in den vergangenen 200 Jahren ist nicht losgelöst von den hegemonialen Kräften. Der mit großer Sorgfalt geschaffene Status des Landes entspricht dem eines ›speziellen Gouvernements‹, das aufs engste mit den hegemonialen Kräften verwoben ist. Die Lage der Türkei an einer kritischen geographischen Verbindungsstelle hat sehr spezielle Auswirkungen des internationalen hegemonialen Gleichgewichts auf das Land zur Folge. Trotz der eindringlichen Unabhängigkeitsbekundungen wird dieses Land, diese Nation bzw. dieser Nationalstaat vom hegemonialen System am stärksten zu einer Festung ausgebaut und sein Zerfall am stärksten verhindert. Ohne das kapitalistisch-hegemoniale System richtig zu verstehen, kann auch die Türkei nicht verstanden werden. Diese Logik ist auch in der entgegengesetzten Richtung gültig. Eine universelle Lösung auf Ebene des Systems stellt eine Lösung für die Türkei dar. So lässt sich auch die Völkermordpolitik überwinden.«

Widerstand ist möglich

So alt wie der Imperialismus des deutschen Nationalstaates ist auch der Widerstand gegen ihn. Die historische Widerstandstradition der deutschen Gesellschaft wird seit mehreren Jahrzehnten durch Zugewanderte aus der ganzen Welt bereichert. Eine besonders aktive demokratische Kraft stellen die

6 Das Buch verfasste Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı, die im Marmarameer unweit von Istanbul liegt. Es erschien im Jahr 2011 auf Türkisch. Eine deutsche Übersetzung liegt noch nicht vor. Auf Deutsch lautet der Titel des Buches in etwa *Die kurdische Frage und die Lösung der Demokratischen Nation.*

hunderttausenden Kurdinnen und Kurden dar, deren Lebensgrundlage mit deutschen Waffen in Kurdistan zerstört wurde und die sich gezwungen sahen, nach Deutschland zu fliehen. Die Annäherung der deutschen und kurdischen demokratischen Kräfte ist Jahrzehnte alt und hat sich seit dem Kobanê-Widerstand 2014/2015 deutlich verstärkt. Heute wird oft sehr eng zusammengearbeitet. Die gemeinsamen Widerstandserfahrungen der letzten Jahrzehnte sind eine sehr gute Grundlage, um einen notwendigen nächsten Schritt zu gehen: einen strategisch ausgerichteten gemeinsamen Widerstand gegen deutschen Imperialismus – und zwar von Deutschland aus. Der Widerstand gegen imperialistische Mächte wird im Mittleren Osten und insbesondere in Kurdistan mit aller Intensität und großer Selbstlosigkeit geführt. Die zehntausenden Gefallenen und Verletzten sind der deutlichste Beweis dafür. Es gilt, diesen erbitterten Widerstand durch einen ebenso umfassenden und entschlossenen Widerstand im Herzen des deutschen Imperialismus zu ergänzen. Damit geht auch die Notwendigkeit für alle demokratischen Kräfte in Deutschland einher, ihre bisherige Praxis zu hinterfragen und neue Strategien und Taktiken zu entwickeln. Für die kurdischen demokratischen Kräfte in Deutschland wird das u. a. bedeuten, der Bevölkerung des Landes noch klarer zu machen, wie der andauernde Völkermord in Kurdistan und der deutsche Imperialismus zusammenhängen. Die kurdischen demokratischen Kräfte werden einen Widerstand entwickeln müssen, der noch stärker auf Institutionen und Vertreter des deutschen Imperialismus abzielt. Auch die deutschen demokratischen Kräfte stehen vor Herausforderungen: Es gilt für sie, ein realistisches Bild der strategischen Linie ihres Staates und flexiblere und kreativere Protestformen zu entwickeln, aber auch ihre Bereitschaft zu verstärken, für ihren Protest einen ggf. hohen Preis zu zahlen. Letztendlich wird ein bundesweites Bündnis aller demokratischen Kräfte Deutschlands – ob kurdisch, deutsch, arabisch, armenisch, türkisch etc. – notwendig sein, um eine strategische Antwort auf die imperialistische Politik »neuer deutscher Verantwortung« geben zu können. Dieses Bündnis kann auf den umfangreichen Erfahrungen aufbauen, die kurdische, deutsche und andere demokratische Kräfte im Lokalen durch den gemeinsamen Widerstand der vergangenen Jahre gewonnen haben – und das Spektrum der Zusammenarbeit deutlich erweitern. Viele gesellschaftliche Gruppen und Organisationen haben heftige Kritik an deutschen imperialistischen Bestrebungen. Gelingt es der kurdischen Bewegung, anderen migrantischen antisystemischen Gruppen, feministischen Strukturen, Gewerkschaften, antifaschistischen Gruppen, der Ökologiebewegung, Stimmen aus der Kirche, den Jugendorganisationen und demokratischen Stimmen der Parteien etc. im groben Rahmen ein gemeinsames Verständnis für die Politik des deutschen Staates und die Notwendigkeit eines starken gesellschaftlichen Widerstandes zu entwickeln, werden sie auf dieser Grundlage zusammenkommen und praktische Schritte in Richtung eines gemeinsamen bundesweiten Bündnisses gehen können. Dieser historischen Verantwortung gerecht zu werden und damit großen Schaden von der deutschen Gesellschaft und den vom deutschen Imperialismus betroffenen Völkern abzuwenden, muss jede ernstzunehmende demokratische Kraft bestrebt sein. ♦



#RheinmetallEntwaffnen

Vor einem Jahr, am 7. April, wurde Sarah Handelmann bei einem bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe auf die Medya-Verteidigungsgebiete getötet

Sara: Warum also vergessen wir so leicht, dass wir uns im Krieg befinden?

Ein Brief von Sarah Handelmann –Sara Dorşîn aus den Bergen Kurdistans

Sarah Handelmann – Sara Dorşîn ging 2017 in die Berge Kurdistans und schloss sich der Frauenguerilla YJA-Star an. Am 7. April 2019 kam sie mit zwei weiteren Freundinnen der YJA-Star bei einem Luftangriff der Türkei in Garê in den südkurdischen Medya-Verteidigungsgebieten ums Leben.

Es ist Krieg! – das dürfte spätestens in Zeiten des weltweiten Ausnahmezustands allen klar sein! Ein O-Ton aus den Abendnachrichten: »Grenzregime − mit Helikopter werden Felder und grüne Grenzstreifen ab heute noch harscher überwacht um illegale Grenzübertritte zu verhindern.« Hierbei handelt es sich nicht wie etwa zu befürchten um eine EU-Außengrenze, nein es handelt sich um die Schengen-Binnengrenze im Zuge der modernen Eiszeit: Der Corona-Abschottungspolitik!

Es ist kalt geworden da draußen, auch wenn der Frühling gerade erst begonnen hat. Die Zeiten regen uns vermehrt zum Nachdenken an. Und es gibt bereits einige Überlegungen, auf die wir zurückgreifen können. Sara Dorşîn hatte sich 2017 entschieden, in die Berge Kurdistans zu gehen. In einem an uns gerichteten Text erläutert sie uns ihre Gedanken zum aktuellen Krieg, in dem wir uns befinden: »Der Krieg verschärft sich in diesen Tagen, in unmittelbarer Nähe, dennoch ist es ruhig bei uns – manchmal fast zu ruhig. Gerade in dieser Zeit breitet er sich aus, und gewinnt an Schwere. Es gibt diese Momente, die radikale Entscheidungen verlangen. Sie gehören zur Geschichte, und aus einer anderen Perspektive betrachtet sind diese Entscheidungen auch gar nicht so radikal, sondern stellen eine Notwendigkeit dar.

Krieg

Wir befinden uns im Krieg. Das ist eine klare Sache, genauso ernst wie alltäglich. Das ist unser Leben, seitdem wir begonnen haben, nach etwas zu suchen, das wir nicht in unserer nächsten Nähe finden konnten, oder das wenigstens geglaubt haben. Und das ist aus diesem Krieg geworden: Es ist nicht leicht, heute an etwas zu glauben. Schätze, das ist zu einer Entschuldigung geworden – der Glaube. Wir müssen das, was wir tun, selbst zu dem machen, woran wir glauben können. Das heißt, dass es das eigene Handeln ist, das den Wert und den Glauben hervorbringt – um ihm dann wiederum durch den Glauben daran die nötige Kraft zu geben, die es braucht, um glaubhaft und widerständig zu sein. Also, das heißt handeln, losgehen,

> »Wen jemand ein Problem erkannt hat und nichts zur Lösung des Problems beiträgt, ist er selbst ein Teil des Problems.«
> Indianische Weisheit

etwas tun, in Bewegung sein, anstatt darauf zu warten, dass etwas vorbeikommt, das unsere idealistischen Ansprüche schon in jeder Hinsicht erfüllt, oder aber daran verzweifeln, dass dem nicht so ist, gar nicht so sein kann. Schon an dieser Stelle liegt ein Fehler vor. Denn der Punkt ist, dass unser Vorhaben unmöglich sein MUSS. Wenn es nicht über die Grenzen der umsetzbaren Möglichkeiten hinausgeht, kann es einem radikalen Anspruch gar nicht gerecht werden. Das Schlimmste ist, dass wir verlernt haben, den Weg zu gehen, den wir eigentlich für richtig halten. Wir lassen unsere Reflexe, unserer Rebellion zu folgen, absterben, da wir zu sehr damit beschäftigt sind, das Ergebnis eines potentiellen Kampfes zu berechnen, wir machen uns sogar glauben, dass wir damit unseren Handlungen einen Wert geben. Dabei aber entgeht uns die ehrliche Erfahrung eines Widerstandes der aus sich selbst Kraft schöpft. Ein Wert entsteht immer im Kampf. So ist das auch mit der Freiheit. Ich kann also sagen: ›das ist Freiheit‹, gleichzeitig kann ich nie von mir behaupten, frei zu sein. Eine befreite Gesellschaft bedeutet



Zîlan
Für einen Wert der grösser ist als wir,
Für einen Kampf der sich in dir
findet, wie du dich in ihm gefunden
hast, Zîlan, bist du gegangen.
Mit deinen Beinen, mit deinen
Augen mit deiner Hand,
die uns einen Weg gezeigt hat,
der nun unauslöschlich ist.
Der nun Teil der Welt ist.
Der Kampf,
die Bedingungslosigkeit,
Zîlan.
Jetzt folgt der Kampf dir,
Jetzt bist du der Wert.
Jetzt werden die, die dir in die
Augen gesehen haben,
den Weg vervielfachen.
Wenn die anderen Angst haben,
vor dem Kampf,
der Bedingungslosigkeit,
Zîlan.
Vor dem Weg, der Welt,
Zîlan
Jetzt folgen wir dir,
Zîlan.
(Verfasst von Şehîd Sara Dorşîn in
Erinnerung an Şehîd Zîlan, 30. Juni 2018)

nicht, dass der Kampf vorbei ist. Eine befreite Gesellschaft ist eine Gesellschaft die für die Freiheit kämpft, eine sich befreiende. (Auch) die Freiheit liegt im Kampf selbst. Und das ist ein Weg, eine Bewegung in dem Bewusstsein, dass die Geschichte etwas ist, auf das wir Einfluss nehmen.

Wir müssen an unserer Haltung arbeiten. Wir haben kein Recht zu scheitern. Als Militante, als Revolutionäre, haben wir kein Recht dazu. (Wieder ein Problem des Liberalismus). Wir räumen uns zu sehr das Recht zu scheitern ein. An den Umständen, an uns selbst. Wir gefallen uns sogar in unseren Unfähigkeiten. Wir haben es so gelernt, um uns überhaupt noch lieben zu können. Für andere nennen wir es Verständnis oder Mitgefühl. In Wirklichkeit nehmen wir uns damit − mit fehlender Radikalität und Entschuldigungen – selbst die Kraft zu irgend einem erfolgreichen Kampf. Wir berauben uns selbst unserer Radikalität. Wir begrenzen uns selbst. Es ist tatsächlich so: Wenn etwas unerfolgreich ist, wenn wir scheitern, liegt das ausschließlich an unseren eigenen Fehlern. Etwas oder jemand anderes trägt keine Schuld. Es ist eine Frage des Anspruchs und des Willens. Denn der Kampf kennt keine Grenzen. Diese Haltung birgt nicht nur unsere Aufgabe, sondern ist auch unser Vorteil. Weil es gleichzeitig auch heißt, dass wir Erfolg haben werden, wenn wir keine Fehler machen. Das heißt, keine Fehler verstecken und an sich arbeiten, sich verändern. Der Mensch selbst ist der Erfolg. Also, der Mensch selber ist auch eine Garantie. Und der Mensch selbst ist auch ein Ziel. In diesem Sinne gibt es tatsächlich nichts, das wir nicht können, keinen Kampf, den wir nicht kämpfen können, Wir sprechen hier von Radikalität.

Gegen uns wird Krieg geführt und das ist eine alltägliche Tatsache, die allerdings nur unvollständig in unser Bewusstsein vorgedrungen ist. Natürlich tritt er in verschiedenen Formen auf. Das war schon immer so. Wie wir wissen, ist Gewalt ein beliebtes Mittel, das auch viele verschiedene Formen annimmt. Die Staatsgewalt nennt sich selbst so und greift auch gerne zu psychischen Maßnahmen. Aber noch mehr: Mit dieser Gewalt brichst du vielleicht den Willen, aber mit einem System, wie es die sogenannten demokratischen Staaten im Westen anführen, sorgst du dafür, dass der Wille erst gar nicht entsteht. Das funktioniert tatsächlich sehr gut. Also wie viele von uns können tatsächlich behaupte, etwas aufs Spiel zu setzen, zu opfern bereit zu sein?

Gleichzeitig aber die Sinnsuche. Es gibt im Menschen eine tiefe Sehnsucht, sich etwas größerem zu versprechen.

Wir befinden uns im Krieg … Es ist Zeit für einen Internationalismus. Wenn ich heute in die Berge gehe, lerne mit einer Kalaschnikow umzugehen, die Bücher von Abdullah Öcalan lese und mit jungen Guerillas über Feminismus diskutiere,



Sarah Handelmann – Sara Dorşîn Foto: KR

dann tue ich das nicht, weil ich einer orientalistischen Vorstellung erlegen bin und denke, einem unterdrückten Volk zur Befreiung zu verhelfen. Letztendlich tue ich es, weil ich weiß, dass ich nicht von mir behaupten kann, irgendeinen Wert zu verbreiten, wenn ich nicht kämpfe. Und weil die Waffen, die in den Mittleren Osten geliefert werden, deutsches Fabrikat sind.

Ein Wert entsteht immer im Kampf!

Eine Theorie ist ohne Praxis immer unvollständig!

Uns fehlt eine Ernsthaftigkeit die nicht verzweifelt, sondern an sich selbst glaubt!

Wir sind Teil eines weltweiten Kampfes, gegen den gleichen Feind.

Dieser Krieg den wir den 3. Weltkrieg nennen, ist vor allem ein ideologischer. Wenn wir gewinnen, ist das ein Sieg über eine große Depression. Wenn wir aber scheitern, wird sich eine noch größere Hoffnungslosigkeit über genau diejenigen legen, die jetzt vielleicht interessiert zuschauen, es aber nicht schaffen, aktiv auf der militanten Seite zu kämpfen. Das aber zu kämpfen bedeutet, gar nicht verlieren zu können, dass wir schon gewonnen haben, wenn wir wirklich zu kämpfen beginnen.

Dieser Krieg ist unser Krieg, unsere Verantwortung, unsere Entscheidung und unsere Entschlossenheit.

Warum also vergessen wir so leicht, dass wir uns im Krieg befinden?

ENDE

Lassen wir also nicht zu, dass wir den Krieg verlieren, fangen wir an zu kämpfen und werden Teil des militanten Widerstands an deiner Seite.«

Wie versprochen, liebe Heval Sara Dorşîn, deine Worte werden immer da sein! ♦

Şehîd Helîn – Anna Campell

»Ich bin wirklich stolz auf dich, das Einzige, was ich bedauere, ist, dass ich nicht mit dir kommen kann«

Auszüge aus einem Gespräch mit den Freund*innen Gelhat und Berîvan über Şehîd Helîn – Anna Campell, die 2018 bei den Kämpfen um Efrîn ihr Leben verlor.

Im Herbst 2018 reiste eine Delegation der Kampagne »Gemeinsam Kämpfen für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie« nach Nord- und Ostsyrien, um sich dort mit der kurdischen Frauenbewegung auszutauschen. Überall trafen sie auf weitere Internationalist*innen, darunter auch auf viele Freund*innen von Anna Campell (Helîn Karacox), die im Frühjahr desselben Jahres in Efrîn gefallen war. Für sie war Anna die Auslöserin dafür, sich intensiver mit dem Aufbau des Demokratischen Konföderalismus und der Frauenbefreiung in Rojava auseinanderzusetzen und sich an der Revolution vor Ort zu beteiligen. Gelhat und Berîvan sind noch immer in Rojava und berichten regelmäßig von dort. Am 15. März war der zweite Todestag von Anna.

Würdet ihr vielleicht etwas über Anna sagen wollen? Woher kanntet ihr sie, wie war eure gemeinsame Geschichte und was habt ihr über Anna hier in Rojava gehört?

Berîvan: Ich habe Anna im Jahr 2011 in Calais in Frankreich kennengelernt. Wir beteiligten uns beide an der »Calais Migrant Solidarity«, einer anarchistischen Gruppe, die versuchte, solidarisch mit den Menschen ohne Papiere zu sein. Zu dieser Zeit war das für uns beide der Fokus unserer politischen Arbeit und in dieser Art von Kontext baut man sehr schnell Beziehungen zueinander auf, da – ich denke, ihr habt das alle erlebt – es eine besonders intensive Art zu leben ist. Politisch und sozial sind wir uns also recht schnell nahegekommen.

Später in diesem Jahr waren wir beide Teil einer Gruppe, die eine Widerstandsaktion an einem Wohnwagenplatz in Großbritannien, der »Dale Farm«, durchführte. Es gab dort eine große Räumungsmaßnahme und von Solidaritätsgruppen einen Aufruf zum Widerstand. Wir waren bis dahin nicht auf dem Wagenplatz aktiv gewesen, folgten aber dem Aufruf und waren dann insgesamt zwei Monate dort und bauten Verteidigungsstrukturen auf. Der Tag der Räumung war eine ziemliche Konfrontation. Ich denke, aufgrund unseres Alters, der Art der politischen Arbeit, die wir machten, und der Form der Aktionen war es eine ziemlich prägende Zeit. Anna und ich lebten nicht in derselben Stadt, aber unsere Beziehungen aus dieser Zeit waren weiterhin sehr intensiv. Wir blieben in Kontakt miteinander; sie war immer sehr gut darin, Kontakte aufrechtzuerhalten. Wir schrieben uns Briefe und besuchten uns in Schottland und Bristol. Im Jahr nach der Räumung der »Dale Farm« waren wir alle sehr viel miteinander unterwegs, besetzten Häuser in London oder Bristol. Diese Gruppe blieb gut vernetzt und ich kann gar nicht zählen, auf wie vielen Demos und Aktionen wir zusammen waren und wie viele Gebäude wir zusammen besetzten.

Von der kurdischen Bewegung hatte ich bereits seit einigen Jahren gehört, ohne mich jedoch genauer über sie informiert zu haben. Nachdem Anna nach Rojava gegangen war, habe ich mich viel damit beschäftigt. Ich habe dann verstanden, warum sie das tat, und ihre Präsenz hier in Rojava inspirierte mich dazu, noch viel mehr über die Bewegung zu erfahren. Seitdem war ich auch in Solidaritätsarbeiten in Europa involviert und besuchte Bildungen der kurdischen Bewegung.

Zu der Zeit, als ich davon hörte, dass Anna nach Rojava gegangen war, hatten wir gerade nicht sehr viel Kontakt zueinander und sie hatte mir nicht gesagt, dass sie geht. Sie hatte es vielen Leuten vorher nicht gesagt, die es wohl gern gewusst hätten. Als ich mich später selbst entschied zu gehen, bin ich daher auch sehr bewusst damit umgegangen. Ich hatte gesehen, dass es viele Leute getroffen hatte, es nicht zu wissen,

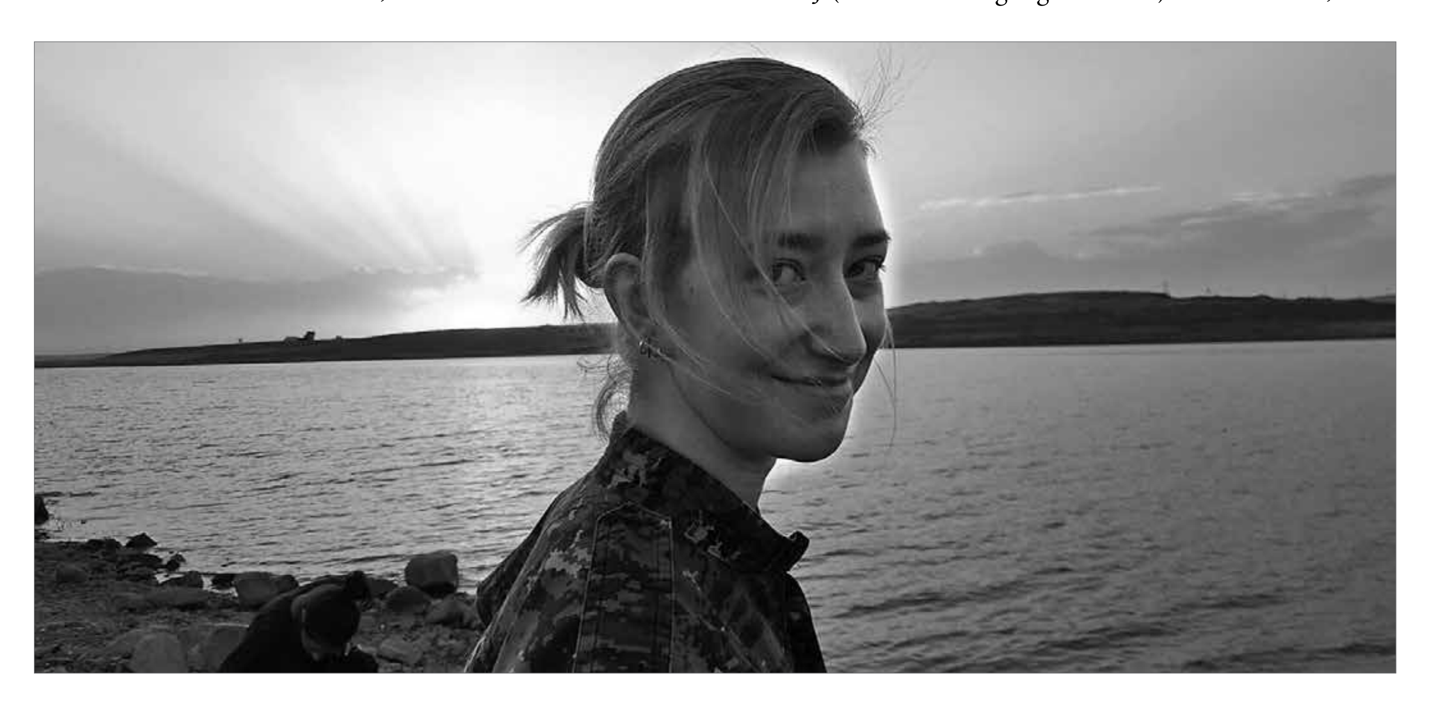
umso mehr nachdem Anna gefallen war. Das hat die Art, wie ich mit meiner Reise im Vorhinein umging und mit wem ich vorher Gespräche führte, wirklich stark beeinflusst. Im Spannungsfeld zwischen Sicherheitskultur und den emotionalen Bedürfnissen meiner Umgebung habe ich die Sicherheitskultur quasi aus dem Fenster geworfen und mich entschieden, dass die emotionalen Bedürfnisse wichtiger sind. Anna hatte mir vorher eine Nachricht geschrieben mit dem Wortlaut »Ich fahre weg, ich möchte nicht über SMS darüber sprechen«. Ich dachte mir: »O. k., da kann ich mir ein paar Optionen vorstellen«, aber an Rojava habe ich nicht gedacht. Als ich dann hörte, wohin sie gegangen war, fingen wir an E-Mails zu schreiben und zu telefonieren, und tatsächlich waren wir mehr in Kontakt, als sie hier in Rojava war, als im Jahr davor. Wenn etwas so Großes passiert, führt das auch zu mehr Austausch. Sie versuchte immer, mich zu überzeugen hierherzukommen. Sie erzählte mir, wie gut die politische Arbeit lief, wie viel sie lernte und was sie mir alles erzählen müsse, wenn ich käme. Es gab viele Momente, in denen sie sagte: »Ich erzähle es dir, wenn du herkommst, das wird großartig.« Ich bin sehr glücklich darüber, dass es diesen Kontakt gab, während sie hier war, denn für einige Leute war es schwerer, diesen Kontakt mit ihr zu halten. Natürlich bricht es mir ein bisschen das Herz, dass ich Anna nie wiedergesehen habe, das hätte ich gern noch mal.

Gelhat: Also, das erste Mal, dass ich Anna traf, war 2013. Wir hatten uns durch eine gemeinsame Freundin kennengelernt. Richtig gut aber erst, als sie nach Bristol zog. Ich denke, die Nacht, in der wir eine richtige Bindung miteinander eingingen, war die, als ich ein Geschenk für eine Freundin machen wollte und sie mir half, Stencils von revolutionären Frauenpersönlichkeiten zu machen. Dazu gehörten Emma Goldman, Lucy Parsons und auch Kanno Sugako, eine japanische Anarcha-Feministin. Es war schön, noch mehr über die revolutionären Persönlichkeiten zu erfahren, die ich bereits kannte, aber auch neue kennenzulernen, von denen ich noch nie gehört hatte. Wir hatten sehr gute Gespräche darüber, und von da an wurden wir sehr enge Freund*innen. Wir wohnten eine Zeit lang zusammen im selben Haus, was sehr schön war. Sie war fast wie eine große Schwester für mich.

Wir entschieden, uns auch gemeinsam an denselben politischen Arbeiten zu beteiligen.

Den Entschluss, mich in der kurdischen Bewegung zu engagieren, fasste ich zur Zeit des Widerstands gegen den sogenannten Islamischen Staat. Also in den Jahren 2014 und 2015, als die Belagerung von Kobanê und der Angriff auf die Sindschar-Berge stattfanden. Da fing ich an, zu Demonstrationen und Vorträgen der kurdischen Bewegung zu gehen und mehr darüber zu erfahren, wofür sie kämpft. Über die Jahre hinweg sprachen Anna und ich sehr viel über unsere Absicht, nach Rojava zu gehen und unseren Teil zur Bewegung beizutragen. Etwa zu dieser Zeit trafen wir uns auch mit anderen Menschen aus Bristol und beschlossen, dass dort mehr zur Unterstützung der Revolution in Rojava passieren sollte. Wir gründeten dort eine Solidaritätsgruppe und begannen, uns mit der kurdischen Bewegung in England zu vernetzen.

Zu dieser Zeit hatte Anna mit einem weiteren Freund, Charlie, die Entscheidung getroffen, nach Rojava zu gehen und sich den YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) anzuschließen, Char-



lie ging zu den YPG (Volksverteidigungseinheiten). Natürlich wollte ich auch, aber da Anna und ich in denselben Gruppen waren, wären diese zerfallen, wenn wir sie beide zur selben Zeit verlassen hätten. Also war unsere Abmachung, dass Anna gehen und ich mit meiner Abreise auf ihre Rückkehr warten würde. Es war also immer meine Intention, nach Rojava zu gehen.

Es war wirklich wunderbar, über die Jahre hinweg so viel Zeit mit Anna verbracht zu haben. Es fühlt sich ein wenig seltsam an, denn ich habe mit einigen Leuten gesprochen, die in den Gesprächen mit ihr sehr besorgt um sie waren und sich fragten, ob es die richtige Entscheidung sei. Und natürlich war ich auch besorgt um ihre Sicherheit, aber hauptsächlich freute ich mich für sie und war zugleich sehr aufgeregt. Ich sagte: »Ich bin wirklich stolz auf dich, das Einzige, was ich bedauere, ist, dass ich nicht mit dir kommen kann.« Und ich wünschte ihr alles Gute, weil ich wusste, dass es das war, was sie tun wollte. Sie davon abzuhalten wäre eine Lüge gewesen. Denn es war etwas, was auch ich wollte, und ich wollte sie darin unterstützen.

Als sie dann hier in Rojava war, unterhielten wir uns von Zeit zu Zeit am Telefon und sie schickte auch Fotos, zum Beispiel von Welpen, die sie auf ihren Reisen gefunden hatte. Und sie erzählte uns auch von Dingen, die sie lernte. Diese Gespräche bedeuteten mir viel und ich bin sicher, sie bedeuteten ihr auch einiges. Ebenso wie die Freundin Berîvan versuchte sie auch mich zu überzeugen: »Du solltest herkommen, du solltest herkommen«, und auch ich meinte: »Es gibt hier Dinge zu tun, wenn du zurückkommst, kann ich gehen.«

Könnt ihr uns etwas darüber erzählen, was Anna hier gemacht hat? Wie hat sie sich gefühlt, als sie hier ankam, wie hat sie hier gelebt, was war ihre Arbeit hier?

Berîvan: Sie kam hierher mit dem Plan, den YPJ beizutreten, also in den militärischen Bereich zu gehen. Manchmal erwies sich das als schwierig und sie musste darauf drängen, aber sie hatte immer ihren Fokus darauf gerichtet. Sie half dabei, die internationale YPJ-Akademie aufzubauen, und spielte darin eine große Rolle. Ich konnte den Ort besuchen und ich denke, man kann sie dort wirklich spüren und wie viel Einsatz und Energie sie hineingesteckt hat. Es hängt ein riesiges Foto von ihr an der Wand, das wahrscheinlich dazu beiträgt, aber ich denke, man kann sie dort auch auf einer emotionalen Ebene spüren. Sie hat einmal mit mir über die Akademie gesprochen und meinte, dass dieser Ort die Art von Bildung bietet, die sie sich erträumt hatte, bevor sie hierherkam. Es hatte vorher keine Struktur gegeben für internationalistische Frauen, die kämpfen wollten, und sie musste diesen Ort erst selbst schaffen.

Es dauerte eine Weile, bis sie in die YPJ-Ausbildung kam, und sie schloss sie ab, bevor die internationale YPJ-Akademie fertiggestellt war. Ich denke, die Erfahrung dieser Bildung war sehr prägend und hatte großen Einfluss auf sie. Sie hatte einen starken Fokus, sie sagte, dass sie kämpfen wolle und könne. Sie war nicht mit einer besonderen Ausbildung, zum Beispiel zur Ärztin, hierhergekommen und dachte, dass kämpfen eben das war, was sie beitragen konnte. Mein Eindruck von ihr war immer, dass sie sehr wenig Angst hatte. Ich sage das nicht einmal im Sinne von mutig, sie hatte einfach keine Angst. Ich weiß nicht, ob das eine gute oder schlechte Eigenschaft ist, aber es war definitiv eine von Annas Eigenschaften, wenn es zu einer Konfrontation kam. Deswegen kann ich mir gut vorstellen, dass sie immer an dieser Haltung festhielt.

Eine Freundin von uns meinte, und ich denke, da hat sie völlig Recht, dass sie Anna nie so glücklich erlebt hat wie hier. Als wir Kontakt mit ihr aufnahmen, war sie so glücklich wie nie und es hat für sie eine Menge Sinn ergeben hier zu sein. Die Klarheit und – man könnte fast sagen – Einfachheit, mit der sie Themen wie Politik und Revolution anging, passten sehr gut zu den Arbeiten hier. Sie sagte einmal zu mir, dass sie hierhergekommen sei, um der kurdischen Bewegung zu helfen und den Kampf zu unterstützen. Dann aber habe sie realisiert, dass es wichtiger sei zu lernen, und so bekam Bildung bei ihr einen hohen Stellenwert.

Ich glaube, sie wäre hier für eine lange Zeit geblieben. Wir hörten immer viele Geschichten von ihr, wann sie angeblich zurückkommen würde, aber mich hat keine davon überzeugt. Ihre Rückfahrt verschob sich immer wieder: »Dann komme ich zurück«, und dann »noch ein paar Monate«, »okay, ich komme zur Buchmesse zurück«, »zum Geburtstag meines Bruders …«, aber es gab immer noch eine weitere Arbeit zu erledigen. Also ich denke nicht, dass sie irgendwann in nächster Zeit wiedergekommen wäre.

Gelhat: Naja, du hast vorher auch darüber gesprochen, dass Anna sehr frei von Angst war. Ich denke, das war mir auch bewusst, sogar bevor sie nach Rojava ging. Ich war mit ihr unterwegs, als wir die Konfrontation mit Faschisten in Dover suchten, wobei sie ziemlich schwer verletzt wurde. Das hat mir gezeigt, wie furchtlos sie war. Sie begab sich in den Bereich, wo die Faschisten waren, um eine andere Genossin zu schützen, damit sie nicht verletzt wird. Klar wurde sie dabei selbst verletzt, aber ich denke, es zeigt wirklich, wie furchtlos sie war. Sie ging direkt da rein und tat, was sie tun musste.

Und was habt ihr über ihren Tod gehört? Wie hat sie ihr Leben verloren?

Berîvan: Es gab eine Version mit den Details der Umstände, die sich dann verändert haben, sodass wir jetzt mit unserem Wissen so nah wie eben möglich an der Realität sind. Natürlich handelt es sich hier um einen Krieg und die Verhältnisse sind verwirrend. Erst hieß es, sie sei Teil eines Konvois gewesen. Aber jetzt wissen wir, dass sie sich wohl mit drei weiteren Kämpferinnen in einer Verteidigungsstellung in Efrîn befand. Es gab einen Drohnenangriff. Später gab es einen weiteren Luftschlag, bei dem weitere drei Menschen ihr Leben verloren und ein Mensch verletzt wurde.

Wie waren denn im Allgemeinen die Reaktionen der Leute um euch herum, als sie hörten, dass Anna ihr Leben verloren hat?

Berîvan: Ich denke, es gab viele verschiedene Annäherungen an Annas Tod. Es gibt ihre engen Freund*innen, von denen ich viele kenne. Es gibt auch die Freund*innen von früher, Freund*innen aus Bristol und ihre Familie. Dann gibt es die Menschen, die nicht wussten, dass sie dort gewesen war, bis sie hörten, dass sie gefallen ist. Es gibt Leute, die sie von früher kannte, die es erst über die Nachrichten erfahren haben. Mit diesen Menschen hatte sie seit Jahren keinen Kontakt, aber es gab trotzdem noch eine Verbindung, und dass sie es über die Nachrichten erfuhren, halte ich für sehr bedrückend. Es gab eine wunderbare Vielfalt an Reaktionen aus diesen Gruppen und ein kollektives Gefühl, eine politische Persönlichkeit und ein politisches Wesen verloren zu haben. Ich denke, es war wirklich beeindruckend, was alles geschrieben und geteilt wurde.

Es war ein großes Thema in den Medien. Zwar nur für eine kurze Zeit, aber dafür sehr dominierend. Was das angeht, fühle ich mich hin und her gerissen. Es war gut, dass das Thema eine größere Relevanz bekam. Allerdings denke ich, dass die Gründe dafür nicht immer die besten waren. Dahinter standen vielmehr patriarchale, imperialistische Haltungen. »Schau dir ihr Gesicht an, das macht deine Zeitung zum Verkaufshit.« Das ist wirklich ekelhaft.

Wichtig war aber, dass die Menschen zusammengekommen sind. Es war uns wichtig, uns zu treffen. Menschen kamen dafür aus Schweden, aus Frankreich, aus allen Teilen Großbritanniens und wir haben uns wirklich darauf fokussiert, gut miteinander umzugehen. Ich glaube, dass diese Phase der Trauer sehr intensiv war, die auch wieder verfliegen wird, und die Menschen werden wieder ihre eigenen Wege gehen. Trotzdem hat sehr viel Kraftvolles in dieser Zeit stattgefunden. Das habe ich wirklich gespürt.

Gelhat: Glücklicherweise habe ich von einer sehr engen Freundin erfahren, was mit Sehîd Helîn passiert ist. Die Nachricht über ihren Tod hatte sich sehr schnell durch die sozialen Medien verbreitet und viele Menschen mussten es leider auf diesem Weg erfahren. Es ist wirklich niederschmetternd, über Medien zu erfahren, dass jemand, den du kennst, für den du etwas empfunden hast, getötet wurde.

Als ich davon erfuhr, dass Anna gefallen war, war für mich klar, dass es für mich jetzt nur Kurdistan geben konnte. Ich war von da an sehr auf diese Reise fokussiert. Wenn jemand sein Leben für einen Zweck wie diesen gibt, muss daran etwas sehr richtig sein. Niemand geht ein so großes Risiko ein, wenn es das nicht wirklich wert ist. Und ich wollte wissen, was es so wertvoll macht, dass Anna dafür ihr Leben zu geben bereit war. Ich wollte ein Teil davon sein, so viel darüber lernen wie möglich und den Geist dessen, wofür sie kämpfte, am Leben halten.

Wollt ihr noch etwas hinzufügen?

Berîvan: Ja, ich wollte zu dem, was du, Gelhat, gerade sagtest, noch etwas hinzufügen. Menschen haben auf viele verschiedene Arten reagiert, aber etwas, das für mich sehr wichtig war, ist etwas, das ich vor kurzem in mein Tagebuch geschrieben habe. Manche Menschen würden über mich sagen, dass ich nie abschalten kann und immer an die wichtigen Dinge denken muss. Ich denke, für mich ist es ab jetzt nicht mehr möglich, Momente zu erleben, in denen man resigniert und denkt »Was soll ich schon machen, ich gebe auf«, diese Art von politischer Frustration. Das ist einfach nicht mehr möglich, seitdem jemand, der mir nahestand, gefallen ist. Damit will ich nicht sagen, dass es alle anderen auch auf diese Art und Weise beeinflusst hat, und ich meine dies auch nicht nur im Hinblick auf Kurdistan oder darauf, hier zu sein. Aber im Kampf für Veränderung insgesamt spüre ich diesen Antrieb, der jetzt kraftvoller und konstanter ist als vorher. Ich weiß: So weit in meinem Leben gekommen zu sein, ohne eine enge Freund*in an den Kampf verloren zu haben, macht deutlich, wo ich herkomme. Für so viele Menschen hier ist es normal, Menschen an den Kampf verloren zu haben. Ich wusste das natürlich, aber trotzdem war es für mich eine einschneidende Veränderung.

Gelhat: Ich denke außerdem, dass es wirklich gut war, dass die kurdischen Genoss*innen hier und in England so viel ihrer Zeit darin investierten, denen zu helfen, die ihre Liebsten verloren haben. Dafür kann ich ihnen gar nicht genug danken. Das war wirklich wunderschön. Das gibt mir eine Menge Hoffnung und ich fühle mich hier sehr zuhause. ♦

Wenn wir streiken, steht die Welt still. Wenn wir kämpfen, verändern wir die Welt!

Jeder Tag ist ein 8. März

Cenî – kurdisches Frauenbüro für Frieden

Der 8. März wurde dieses Jahr mit der Kraft des letzten Jahres, in dem Millionen von Frauen und queers mit ihrer Energie die Straßen geflutet und den patriarchalen Normalzustand stillgelegt hatten, begangen. Besonders eindrücklich war dieses Jahr der Streik gegen den Feminizid in Mexiko. Am »Tag ohne Frauen« verweigerten Frauen ihre Beteiligung am patriarchalen System und blieben einen Tag lang dem öffentlichen Leben fern. Sie zeigten der mexikanischen Gesellschaft, wo statistisch gesehen jeden Tag 10[1] Frauen umgebracht und nur ein Fünftel der Täter verurteilt werden, wie es ist, »wenn ihr uns alle umbringt«. Und tatsächlich, in Fernsehsendungen traten nun anstatt der knapp bekleideten Frauen Männer in Anzügen auf, Männer bedienten, verkauften, putzten oder schlossen ihre Betriebe. Die Hauptstadt war im Ausnahmezustand, für die gesamte Gesellschaft war spürbar, dass etwas nicht stimmt, und das Thema Feminizid wurde (nicht nur an diesem Tage) heiß diskutiert. Dieser Streik war mit der Beteiligung von 22 Mio. Frauen, etwa 40 % der erwerbstätigen Bevölkerung in Mexiko,[2] der größte Streik in der Geschichte Mexikos!

Auch andernorts in Lateinamerika und vielen Ländern Europas waren wieder Millionen von Frauen und queers auf den Straßen statt an ihren Arbeitsstätten oder bei der unbezahlten Sorgearbeit. Unter dem Motto »Wenn wir streiken, steht die Welt still!« demonstrierten sie einmal mehr, wie sehr sie das Leben der Gesellschaft prägen – und wie es aussähe, wenn sie nicht mehr wollen. Weltweit nutzten sie den internationalen Frauenkampftag, um ihren Forderungen an öffentlichen Plätzen mit vielfältigen Aktionen Ausdruck zu verleihen.

Möglichkeiten einer Alternative aufzeigen

Mit dem Motto »Frauen werden die Welt verändern!« hat sich auch die kurdische Frauenbewegung an vielen Orten der Welt selbstbewusst und bunt an den Protesten zum 8. März beteiligt und eine starke Perspektive gegeben. Der Widerstand der Frauen weltweit zeigte vor allem in den letzten Jahren die große Kraft von Frauen. Doch neben der Demonstration der eigenen Stärke in Form von Streiks und Massendemonstrationen, dem Lahmlegen des bestehenden Systems, braucht es eine Suche nach Lösungen. Es reicht nicht aus, gegen Feminizide, gegen die Abtreibungsgesetzgebung, gegen die Ausbeutung der Natur zu sein. Die Kämpfe der organisierten Frauen in Kurdistan zeigen eben diese Möglichkeit einer Alternative auf. Der Aufbau einer demokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Gesellschaft unter Vorreiterinnenschaft der Frauen hat eine unglaubliche Kraft freigesetzt, und mittlerweile beziehen sich viele feministische Kämpfe weltweit auf die kurdische Frauenbewegung und lassen sich für ihre eigenen Kämpfe inspirieren. Damit bekommt die aktuelle Phase eine neue Ausrichtung: Wenn wir streiken, steht die Welt still – Wenn wir uns organisieren, verändern wir die Welt!

Auch in Deutschland standen die Themen Streik und Feminizid in den Aktionen und Demonstrationen im Vordergrund. 2019 war zum ersten Mal seit dem großen feministischen Streik 1994 wieder eine bundesweite Koordination von über 35 lokalen Streikkomitees aufgebaut worden, die auch 2020 ihre Aktivitäten fortgesetzt hat. Im Rahmen des feministischen Streiks wird nicht nur die viel zu schlecht bezahlte Arbeit niedergelegt, sondern vor allem auch unsichtbare, unbezahlte, als selbstverständlich angesehene Arbeit wie Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder emotionale Unterstützung von Lebenspartnern bestreikt und damit sichtbar gemacht.

Ein weiteres Thema war die Gewalt gegen Frauen. Mit der seit dem internationalen Tag zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen am 25.11.2019 von Las Thesis in Chile in alle Welt ausgebreiteten Performance wurde das Thema Gewalt gegen Frauen von einer breiten Masse und mit einer ideologischen Tiefe wieder an prominente Stelle der feministischen Tagesordnung gesetzt. Im Text der Performance wird auf die Verantwortlichkeit der Nationalstaaten für Feminizide hingewiesen,

1 2018

2 Unternehmerverband Coparmex

ein Zusammenhang, der vor allem in den europäischen Ländern oft nicht mehr thematisiert wird. Der Text wurde von vielen Kollektiven aufgegriffen und den eigenen Lebensumständen angepasst. So wurde zum Beispiel der Text in Hinsicht auf die Kämpfe der kurdischen Frauen mit den Worten »Der Staat schützt mich nicht, meine Schwestern schützen mich!« und »Wir werden kämpfen, bis wir frei sind, bis wir alle frei sind!« ergänzt und zu einer kollektiv-ermächtigenden Ansage an alle patriarchalen Kräfte.

Eine weitere Besonderheit war die Beteiligung zahlreicher Christinnen, die im Rahmen der Kampagne Maria 2.0 mehr Gleichberechtigung in der Kirche − unter anderem die Zulassung von Frauen zu allen Weiheämtern und die Aufhebung des Pflichtzölibats – fordern.

Einigkeit der Vielheit im Kampf

Wenn wir uns die Proteste der vergangenen Jahre vor Augen führen, können wir feststellen, dass die Kämpfe zum 8. März vielfältiger, bunter, kreativer, solidarischer, internationalistischer und vernetzter geworden sind. Wenn Millionen in Chile auf die Straßen strömen, verbreitet sich die Nachricht innerhalb von Sekunden in der ganzen Welt. Frauen und queers interessieren sich wieder mehr füreinander, beobachten sich, teilen sich mit und spüren sich überall auf der Welt. Der Schmerz der Unterdrückung, die alltägliche Erniedrigung, die Trauer um ermordete Freundinnen und die Wut über all dies sind zutiefst menschliche Gefühle, die keine Grenzen kennen. Genauso verhält es sich mit der Freude über Etappensiege wie den Streik in Mexiko, deren immense Bedeutung jedem*jeder Kämpfer*in klar ist und auch (noch) nicht aktive Frauen und queers mitreißt. Überall sind Bilder von Ketten bildenden, sich die Hände reichenden, tanzenden, schreienden, kämpfenden Frauen und queers zu sehen, welche unsere Herzen mit Begeisterung und Zuversicht erfüllen. Besonders der Zusammenhalt, die Einigkeit der Vielheit im Kampf ist das, was diese neue Bewegung so stark macht. Das jahrzehntelange Ringen um das feministische Subjekt trägt heute die Früchte der teilweise erbittert geführten Auseinandersetzungen auf die Straße. Die Erkenntnis, dass wir alle verschieden sind und dennoch in dieser Verschiedenheit alle unter dem gleichen System von Unterdrückung, Ausbeutung, Erniedrigung, Gewalt – kurz dem Patriarchat – großes Leid erfahren und in vielerlei Hinsicht unsere Lebendigkeit verlieren, entfaltet nun ihre Wirkung. In den vielen Auseinandersetzungen und Kämpfen wurde das System von Herrschaft mit seinen Methoden der Spaltung, Zerstückelung, Assimilation und Verinnerlichung von Herrschaft erkannt, und es werden neue Methoden der Organisierung entwickelt. Der Gleichmachung als Herrschaftsprinzip wird das Prinzip der organisierten Vielfalt entgegengesetzt, die eine viel größere Stärke und Dynamik entwickeln kann. Mit diesen Erkenntnissen können wir auch sagen, dass die Kämpfe radikaler geworden sind, sie stoßen immer weiter an die Wurzel der Probleme vor. Die Radikalität der feministischen Kämpfe zeigt sich auch an der Zunahme der Polizeigewalt gegen sie. Wurden sie anfangs noch unterschätzt und eher belächelt, wird auch den Hütern der bestehenden Ordnung langsam klar, dass Frauen und queers nicht aufzuhalten sind, wenn sie einmal



In Santiago de Chile fand am Frauentag 2020 eine der größten Demonstrationen in der Geschichte des Landes statt. Foto: Robert Kohl/amerika21

Feuer gefangen und die Schönheit des Kampfes kennengelernt haben.

Auch in Deutschland sind diese positiven Entwicklungen zu beobachten. Wir können auch hier eine Zunahme der Internationalität der Proteste, eine größere Vielfalt an beteiligten Gruppen und damit Themen und eine stärkere Bezugnahme auf Widerstände weltweit sowie insgesamt eine bessere Vernetzung untereinander, regional wie überregional und international, erkennen. Auch in Deutschland werden die Kämpfe wieder radikaler, wird zunehmend die Systemfrage gestellt, werden ökologische, antirassistische und antifaschistische Kämpfe als Teil des feministischen Kampfes wahrgenommen.

Dennoch bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung und Verbesserung in einigen Punkten. Es wurde erkannt, dass wir alle mit unserer Unterschiedlichkeit unterdrückt werden und dass das Prinzip und die Methoden der Herrschaft das Problem sind. Es ist wichtig, auf dieser Grundlage zusammenzukommen und anhand der unterschiedlichen Erfahrungen das Prinzip Herrschaft besser und noch tiefer zu verstehen. Paradoxerweise kommt der frauenfeindliche Charakter von Herrschaft dabei häufig zu kurz, weil er zu biologistisch verstanden wird. Gewalt gegen Frauen und die (ideologische) Abwertung alles Weiblichen müssen unbedingt zusammen als grundlegend für das Patriarchat verstanden werden. Das Patriarchat ist ein Gesellschaftssystem, das auf der Ausbeutung der Fähigkeiten von Frauen beruht und alle zu vernichten sucht, die sich nicht zum ausbeutbaren Objekt degradieren lassen. Frauen, die Leben geben und erhalten, wurden (und sind) die notwendige Ressource für den Erhalt und die Fortführung von Herrschaft. Deshalb mussten ihre Sexualität und ihr freier Wille unbedingt unter Kontrolle gebracht werden. Das geschah zum einen mit der furchtbarsten Gewalt, der Auslöschung der matriarchalen Lebensweise durch unzählige Feminizide, »Hexen«verfolgungen und systematischen Frauenmorden. Zum anderen wurde ein immer ausgefeilteres ideologisches Legitimationssystem aufgebaut, das die Unterwerfung von Frauen, die Kontrolle der Sexualität zur Reproduktion des Patriarchats, die damit verbundenen vorherrschenden Geschlechterverhältnisse und die starren Geschlechterrollen rechtfertigt und aufrechterhält. Das Patriarchat ist nicht der Kampf von Mann gegen Frau. Es ist ein System, das sich ständig mit ideologischer und physischer Gewaltanwendung aufrechterhält.

Bewusstsein und eine neue Lebensweise entwickeln

Frauenmorde passieren meist dann, wenn Frauen sich trennen und nach ihrem eigenen Willen leben (wollen). Frauen, die wie Ursula von der Leyen zum Teil des Systems geworden sind und sich alle widerständigen »weiblichen« Eigenschaften abtrainiert haben, dürfen existieren und sind sogar die beste Propaganda für das liberalisierte Patriarchat. Männer, die mit ihren »weiblichen«



Demonstration in Istanbul mit Parolen wie: Es lebe der feministische Kampf!, Männer, geht nach Hause, kümmert euch um die Kinder!, Transfrauen sind Frauen!, Unsere Solidarität mit den Migrantinnen ist grenzenlos! Foto: anf

Seiten das dichotome System in Frage stellen, werden bis ins Unvorstellbare erniedrigt. Manchmal merken wir gar nicht, wie sehr wir dieses System verinnerlicht haben und reproduzieren. Wir führen unsere Auseinandersetzungen oft mit einer dogmatischen und zerstörerischen Härte und emotionalen Kälte, die kennzeichnend für das patriarchale System sind. Die dominante Männlichkeit ist eben keine biologische Eigenschaft, sondern ist in uns allen zu finden – und zu überwinden. Deshalb ist es auch notwendig, diejenigen Kräfte in uns wiederzuentdecken, die nicht auf Zerstörung und Ausbeutung beruhen, sondern auf gegenseitiger Förderung, gemeinsamem Lernen, Kämpfen und Wachsen, Zusammenhalt und Liebe für das Schöne in unseren Weggefährt*innen. Kräfte, die wir für den Aufbau einer anderen Welt einsetzen – und eben nicht für die eigene Überlegenheit oder den eigenen Erfolg innerhalb des patriarchalen Systems. Feministisch kämpfen heißt eben auch, ein neues Bewusstsein und eine neue Lebensweise zu entwickeln und die Definitionen dessen, was als weiblich und männlich gilt, was als Sinn unserer Leben gilt, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, wer das Recht zu sprechen und zu entscheiden hat, nicht länger anderen zu überlassen. Die tiefere Auseinandersetzung mit der Entstehung des Patriarchats und des Widerstands dagegen sowie seiner Aktualisierungen im Monotheismus, Kolonialismus und Kapitalismus würde einen großen Gewinn für den Aufbau eines neuen Bewusstseins und einer neuen Lebensweise darstellen.

> Wenn wir uns die Proteste der vergangenen Jahre vor Augen führen, können wir feststellen, dass die Kämpfe zum 8. März vielfältiger, bunter, kreativer, solidarischer, internationalistischer und vernetzter geworden sind.

Jeder Tag ist ein 8. März

Angesichts des Ausmaßes unseres Vorhabens, die Welt zu verändern, fällt auf, dass die feministischen Kämpfe sich noch zu sehr auf Aktionen zum 8. März begrenzen. Der 8. März wird mit einer unermüdlichen Begeisterung liebevoll und kreativ vorbereitet und sehr viele junge Frauen und queers entdecken dabei ihre Fähigkeiten und den Spaß am kollektiven Gestalten und Organisieren. Doch oftmals scheint nach dem 8. März erst einmal alle Kraft aufgebraucht zu sein und lange Zeit passiert nicht mehr viel. Öffentlich kommunizierte Analysen und Auswertungen des 8. März gibt es nur in wenigen Städten, auf bundesweiter Ebene fehlen sie vollständig und werden damit den gängigen Medien mit ihrer antifeministischen Berichterstattung überlassen. Bislang wurden nur an sehr wenigen Orten feministische Komitees oder Frauenräte aufgebaut, welche die Erkenntnisse und vielfältige Kraft der breiten Bündnisse für die Verteidigung von Frauen und queers und die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens vor Ort einsetzen. Damit bleibt der Eindruck, dass trotz der immer tiefer gehenden Kritik am patriarchalen System die Suche und der Aufbau von Alternativen noch nicht ernsthaft aufgenommen wurden. Der 8. März erlebt zwar seit einigen Jahren ein Revival, aber diese Kraft gemäß der Devise »Jeder Tag ist ein 8. März!« auf das ganze Jahr zu übertragen und in alle Gesellschaftsbereiche organisiert einzubringen, ist bislang noch nicht zufriedenstellend gelungen. Das patriarchale System als ein System zu identifizieren, das unsere gesamte Lebensweise prägt und uns alle unterdrückt, würde auch bedeuten, sich nicht nur auf sogenannte Geschlechterfragen begrenzen zu lassen (die im frauenfeindlichen, dichotomen, heteronormativen Patriarchat nie gelöst werden können!), sondern den Aufbau einer alternativen Gesellschaft in allen Bereichen mitzugestalten. Politisches Subjekt zu sein statt sexuelles Objekt. Gerade Migrant*innen und Frauen aus dem globalen Süden und v. a. den Gebieten, in denen die Hegemonialmächte ihre Kriege führen, sehen eine große Notwendigkeit, schnell, organisiert und entschlossen zu handeln. Die Morde in Hanau, die Organisierung der sog. neuen Rechten auch in staatlichen Strukturen wie Polizei, Militär und Verfassungsschutz können nicht mehr ignoriert werden und brauchen eine starke Antwort. Eine entschlossene und tragfähige Organisierung ist notwendig, und sie muss im alltäglichen Leben begonnen werden. Denn noch immer setzen die meisten Frauen den Großteil ihrer Energie und Anstrengungen für andere – den Arbeitgeber, den Partner, die Familie, die Kinder – ein, anstatt für sich und den gemeinsamen Kampf für eine andere Welt. So bleiben wenig Zeit und Kraft für Organisierung und gegenseitige Solidarität. Ein wichtiger Schritt wäre also, wenn sich alle Frauen und queers, die für eine Alternative zum Patriarchat auf die Straße gehen, sich ihrer eigenen Ressourcen bewusster werden und sie nicht mehr unbewusst und aufopferungsvoll der Aufrechterhaltung des patriarchalen Systems frei zur Verfügung stellen, sondern entsprechend ihrem eigenen Willen zur Veränderung der Welt einsetzen. Es braucht mehr Frauen und queers, die entschlossene Schritte aus dem System gehen und die Welt verändern. Die dafür nötige Kraft kommt aus unserer Lebensweise, aus der Energie, die wir für den Aufbau einer neuen Welt geben und die Tag für Tag und mit jedem*jeder Weggefährt*in neue, schöne Züge annimmt. So können die dringend notwendigen Analysen, Bewertungen und vor allem gelebte Solidarität, der Aufbau von Alternativen realisiert werden, und die am 8. März aufkeimenden Träume und Hoffnungen können zur gelebten Utopie werden. Denn jeder Tag ist ein 8. März! ♦

Alternativen zu den hierarchischen Strukturen von Herrschaft und Macht schaffen, die das Patriarchat über Tausende von Jahren etabliert hat

Frauen in der sozialen Revolution

Yanira Hermida Martín

Die Autorin ist Militante von »Libertarias y Dones LLiures« für den Bezirk Camp de Morverde der Allgemeinen Konföderation der Arbeit (CGT), Doktorin für Zeitgeschichte an der Universität Barcelona, derzeit Doktorantin an der Universität Valencia im Programm für Geschlechterstudien und Gleichstellungspolitik. Der Artikel ist eine Übersetzung aus der Sonderausgabe zum 8. März des englischsprachigen Magazins »Jineolojî« und wurde uns freundlicherweise zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Seit dem Entstehen der ersten revolutionären Utopien durch Persönlichkeiten wie Olympe de Gouges und Flora Tristán erkannten Frauen die Notwendigkeit, sich der Revolution aus ihrer eigenen Position heraus anzuschließen. In der libertären Bewegung mit den vielen Genoss*innen, die noch immer in der Anonymität der Geschichte verbleiben, müssen wir das Erbe retten, das uns durch Louise Michel hinterlassen wurde – zur Reflexion und zum grundlegenden Verständnis der Rolle der Anarchist*innen in den revolutionären Prozessen seit Russland 1917 bis zum heutigen emanzipatorischen Kampf der Frauen in der Revolution der Zapatist*innen in Chiapas und in Kurdistan –, durch die Erfahrung der Freien Frauen während des Bürgerkriegs in Spanien.

Auf diesen kurzen Seiten arbeite ich eine kleine Roadmap aus, um etwas über die Beteiligung revolutionärer Frauen an den Kampfprozessen, in denen sie mitspielten, in Erfahrung zu bringen. Diese Roadmap, die mit verschiedenen Szenarien arbeitet, zwischen weit entfernten historischen Orten und Epochen springt, wird es uns ermöglichen, über die gemeinsamen Aspekte der Forderungen von Frauen in ihren Annäherungen an die weibliche Selbstemanzipation in der sozialen Revolution nachzudenken.

Die folgenden sechs Szenarien wurden unter vielen anderen ausgewählt, um die komplexen Prozesse zusammenzufassen und zu vereinfachen, sodass ich von meiner voreingenommenen Position als Frau, die im akademischen Systems Europas ausgebildet wurde, zu einem libertären Denken übergehen kann.

Erstes Szenario: Paris, 5. Oktober 1789

Pariser Frauen starteten angesichts ausbeuterischer Preise für Produkte des täglichen Bedarfs Proteste; solcherart Aufstände waren in Europa vom fünfzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert eine beliebte Reaktion auf Subsistenzkrisen und wurden als »émeutes du pain« (Anm. d. Ü.: »Brotaufstände«) bekannt. Diese Art sozialer Reaktionen auf die Probleme der Nahrungsmittel- und Warenverteilung wurden von einer großen Zahl Frauen getragen, da ihre Rolle in den traditionellen Gesellschaften sie mit der Sorge um das Überleben der Menschheit verbindet – eine Angelegenheit von großer Bedeutung, die bei der Untersuchung dieser Aufstände nicht immer angemessen analysiert wird.

Bei dieser Gelegenheit leuchtete die Flamme der Rebellion in der französischen Gesellschaft hell und der Protest der Frauen bereitete dem Marsch auf den Palast von Versailles den Weg, der den Beginn einer Revolution einleitete, die die absolute Autorität der französischen Monarchie beenden und zu einem der Mythen der heutigen westlichen Gesellschaft werden sollte: der Französischen Revolution, des Ursprungs eines neuen soziopolitischen Systems, das die Konzepte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verfechten sollte.

Die positiven Folgen, die die Französische Revolution für einen Großteil der Menschheit hatte, und die historischen Auswirkungen, die ihre neue Art, die Welt zu verstehen, uns hinterlassen hat, sind nicht kleinzureden. Es war auch ein sehr wichtiger Moment, den ersten Geschlechterverrat der revolutionäreren Bewegungen an den Frauen zu verstehen, die an ihnen teilnahmen. Während der Revolution wurden die Forde-

rungen des Volkes in die so genannten Beschwerdehefte aufgenommen, in vielen von ihnen können wir die Argumente der Frauen hervorheben, die ihr eigenes revolutionäres Programm beanspruchten, das aus ihren Lebens- und Kampferfahrungen hervorging und sich von den Diskussionsgruppen auf den Straßen und Plätzen bis zu den neu geschaffenen Bürgervereinigungen ausbreitete. In diesem Programm forderten sie die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, wie die Verteidigung der hausfrauisierten Arbeit, und den Zugang zum Kunsthandwerk, forderten politische Rechte wie die Erlangung des Wahlrechts und die freie Verwaltung ihres eigenen Vermögens und Eigentums, aber auch den Kampf für das Recht auf Autonomie der Organisationen der Frauen.

Ein Beispiel für die Undankbarkeit derer, die mit ihren Kampfgefährt*innen die Macht übernommen hatten, ist in der Figur der Olympe de Gouges (1748–1793) verkörpert. Unter diesem Namen ist die französische Revolutionärin Marie Gouze bekannt; sie bezahlte mit ihrem Leben für ihre Kritik am jakobinischen Staat, nachdem sie ihre Stimme erhoben hatte, um zu zeigen, dass die am 26. August 1789 von der konstituierenden Nationalversammlung angenommene Erklärung der Menschen- und Bürger*innenrechte die Idee der Staatsbürger*innenschaft für die Französinnen außer Acht gelassen hatte. Olympe de Gouges wurde am 3. November 1793 mit der Guillotine getötet, beschuldigt des Verbrechens der »Konterrevolution«, da sie die Situation der Unterwerfung, Verwundbarkeit und Minderwertigkeit offenbart hatte, mit der die »französischen Revolutionäre« ihre Kamerad*innen behandelt hatten. Und sie hatte bewiesen, dass die von ihren ehemaligen revolutionären Gefährt*innen im Lichte der Aufklärung geschaffene neue Gesellschaft die Frauen im Dunkeln halten und von den Bürger*innenrechten ausschließen würden, die dazu beigetragen haben, den Kampf an der Seite der Männer mitzuentwickeln.

Zweites Szenario: Paris, 18. März bis 28. Mai 1871

Kein Jahrhundert später explodiert die revolutionäre Flamme erneut in den Straßen der französischen Hauptstadt, als die Bewaffneten die Kontrolle über die Kommune Paris (das Rathaus) übernehmen. Vor dem Machtvakuum, gekennzeichnet durch den Zusammenbruch der kaiserlichen Regierung Napoleons III. zugunsten des Aufstiegs von Wilhelm I. von Deutschland, und nach der viermonatigen Belagerung der französischen Hauptstadt durch die preußischen Truppen (vom 19. September 1870 bis zum 28. Januar 1871) nutzen die Bürger*innen die Situation, um ein selbstverwaltetes politisches Projekt des Volkes zu etablieren. Das Ende der Pariser Kommune als revolutionäre Erfahrung war durch die brutale Belagerung der Truppen der französischen Übergangsregierung gekennzeichnet, die durch harte Repression bekannt wurde, bezeichnet als »Blutige Maiwoche« (21.–28. Mai 1871):



Zug der Frauen nach Versailles während der Französischen Revolution im Oktober 1789. Quelle: Wikipedia

»wahllose Massaker an Männern, Frauen, alten Menschen und Kindern« (Ferretti, 2009: 24).

Durch die Arbeit einer Revolutionärin wissen wir heute viel über diesen revolutionären Prozess: Louise Michel, die in einem ihrer Texte auflistet, wie die Kommune in ihrem kurzen Leben von sechzig Tagen die Maßnahmen der kommunalen Selbstverwaltung verkünden konnte. So zum Beispiel die Übernahme verlassener Fabriken durch die Arbeiter*innen, die Schaffung von Kindergärten für die Töchter und Söhne von Arbeiter*innen, den Erlass unbezahlter Mieten und die Abschaffung der Schuldzinsen.

Louise Michel gehörte zu denjenigen die erklärten, dass Frauen sich einem doppelten Feind stellen mussten: der Regierung in Versailles und dem inneren Feind: dem Frauenhass ihrer Partner. Als Antwort auf eine gewisse zögerliche Haltung der Revolutionäre entschieden sich die mit der Kommune verbundenen Pariserinnen für die Selbstorganisierung und schufen durch den Aufruf an die Pariser Bürgerinnen Frauenvereinigungen, woraus die Frauenunion zur Verteidigung von Paris und zur Pflege für die Verwundeten hervorging, die eine große Zahl von Frauen der Ersten Internationale zusammenbrachte.

Louise Michel leitete die Frauenbürgerwehr und war an derjenigen der Männer beteiligt, die beide die Aufgabe hatten, verletzten und verarmten Menschen Obdach und Nahrung zu bieten. Außerdem organisierte sie einen Tagesbetreuungsdienst und war für die Rekrutierung von Ambulanzhelferinnen verantwortlich. Sie band einige Sexarbeiterinnen in diesen Dienst ein, gegen den Einspruch der Männer der Kommune, die argumentierten, dass »sie reine Hände wollten, um die Wunden zu verbinden« (Michel, 2014: 199).

Drittes Szenario: Russland, 1917

Wieder einmal eröffnet sich zwischen 1914 und 1917 vor den russischen Revolutionären eine Kriegsszenerie. Der Erste Weltkrieg ruft viele derjenigen Männer zur Waffe, die durch Glück oder Alter den anderen kriegerischen Unternehmungen des zaristischen Imperialismus entkommen waren. Dies bedeutete, dass die Wirtschaft dieser Nation durch die Arbeit von Frauen getragen wurde (Navailh, 2003: 257). Die Revolution vom Februar 1917 triumphierte wegen der Unterstützung, die die Petrograder Frauen bei ihrem Protest am 8. März bekamen, indem sie sich den öffentlichen Raum nahmen, um das Ende der Kriegsprojekte und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu fordern. (Texeira, 2012: 79).

Die Bedeutung, die die Arbeiter*innen bekommen hatten, und die Bedeutung einer seit Ende des 19. Jahrhunderts in Russland konsolidierten feministischen Bewegung spiegelte sich in einigen der ersten revolutionären Maßnahmen wider: Die Scheidung wurde legalisiert, die Rechte auf natürliche und legitime Abstammung wurden angeglichen, die eheliche Macht war vorbei.

In diesem Zusammenhang meldet sich die libertäre Bewegung wieder mit aller Macht zurück: Im September 1917 löst sich die anarchistische Bewegung aus Sorge über den Aufstieg der bolschewistischen Partei wegen der Kontrolle der offiziellsten revolutionären Dynamiken von dieser Machtübernahme, um ihren eigenen revolutionären Weg fortzusetzen und sich sogar dem neuen Sowjetstaat zu stellen (Avrich, 1974: 147–159).

Viele Libertäre ließen bei zahlreichen Anlässen ihr Leben für den Triumph der libertären Revolution, wie zum Beispiel Maria Nikiforova (militärische Anführerin), die einen mythischen Ort wie »Atamansha« schuf, Fania Baron, Olga Taratuta ... getötet vom Sowjetstaat.

Viertes Szenario: Spanien im Juli 1936

Die Zweite Spanische Republik hatte der Arbeiter*innenbewegung und insbesondere der libertären Sphäre des spanischen Staates gezeigt, dass sie deren Forderungen nach Gleichheit und Freiheit nicht erfüllen werde. Diese vorangegangene Erfahrung in einer der demokratischsten Phasen der spanischen Geschichte ermöglichte es den anarchistischen Gruppen, dem Aufstieg der Faschisten am 18. Juli 1936 entgegenzutreten. Und sie verstanden, dass ihr Kampf nicht nur gegen den Faschismus gehen würde, sondern auch einen revolutionären Prozess etablieren müsse, der jene »neue Welt« verkörpert, die sie in ihren Herzen trugen.

In diesem Krieg griffen zum ersten Mal in Spanien viele Frauen zu den Waffen und traten als Milizionärinnen vor, um sich den Truppen Francos zu stellen, die von den italienischen Faschisten und den deutschen Nazis unterstützt wurden. Ihr Beispiel bleibt in unserem kollektiven Gedächtnis haften, obwohl kurz nach dem Vordringen der kommunistischen Macht an den antifaschistischen Fronten eine Kampagne zur Diskreditierung dieser Gefährtinnen begann, mit der Absicht, sie in ihre Heimat zurückzuschicken, was die eher erstickenden Stereotypen der traditionellen Frauenfeindlichkeit der spanischen Kultur verstärkte. Alles in der Absicht, die Milizen zu professionalisieren und sie in eine von der Kommunistischen Partei kontrollierte Armee zu verwandeln.

Bei Kriegsausbruch schuf sich eine Gruppe von Libertären einen eigenen Raum innerhalb der libertären Sphäre, die zwei Initiativen gründete: die erste die in Barcelona im Jahre 1934 entstandene Initiative, die Kulturgruppe der Frauen CNT, und

die zweite in Madrid, die im Mai 1936 ihre eigene Debatten- und Propagandapublikation mit dem Namen »Mujeres Libres« (Freie Frauen) schuf. Sie gründeten die erste große anarchofeministische Vereinigung Spaniens, die als Namen den der Zeitschrift »Mujeres Libres« (Freie Frauen) tragen sollte.

»Mujeres Libres« schuf ein Projekt, das auf weiblicher Emanzipation, weiblichen Netzwerken der Herzlichkeit, einer umfassenden Ausbildung, dem Konzept von bewusster Mutterschaft usw. basierte, und das alles in nur zwei Jahren und in der komplexen Situation des Bürgerkrieges. Zwischen 20.000 und 28.000 Mitarbeiter*innen waren an diesem Projekt beteiligt.

Diese Initiative für den Kampf der anarchistischen Frauen wurde durch den faschistischen Sieg im April 1939 zerschlagen, trotzdem wurde ihr Vermächtnis dank der Bemühungen vieler Weggefährt*innen erhalten, um uns bis heute als Vorbild und Wegweiser zu dienen – das ist wichtig, wenn es darum geht, unsere Kämpfe heute in gemischten Räumen mit unseren Genoss*innen zusammenzuführen und auf den Straßen gegen den Neofaschismus zu kämpfen, der uns umgibt.

Fünftes Szenario: Chiapas, Leitfaden der Erfolge und revolutionären Wünsche von 1994

Nach fünf Jahrhunderten des Kolonialismus und der Unterdrückung der Ureinwohner*innen des Kontinents, den Europa als Amerika bezeichnete, durch die europäischen Zivilisation erstand am 1. Januar 1994 im Dschungel von Chiapas die erneute Hoffnung auf eine Revolution, die nicht nur die Verteidigung der Rechte der einheimischen und eingeborenen Bevölkerung beanspruchte, die von einigen westlichen Staaten und den großen transnationalen Unternehmen kolonisiert worden waren und immer noch werden, sondern auch mit Ehrlichkeit eine beispielhafte Möglichkeit schuf, die Politik auf radikal demokratische, vielfältige und horizontale Weise zu betreiben, um dem Vordringen des globalen kapitalistischen Neoliberalismus entgegenzutreten.

Der Aufstand der EZLN hat uns gelehrt, dass wir uns auf die Realitäten konzentrieren müssen, in denen die gegenwärtigen libertären Prozesse aufgebaut werden; so müssen wir den Bevölkerungen beibringen, dass sie am Rande des kapitalistischen Westens Widerstand leisten müssen, indem sie viel horizontalere Lebensformen aufbauen und aufrechterhalten, die gerecht und im Gleichgewicht mit der Umwelt derjenigen sind, die im kapitalistischen, neoliberalen und sogar kolonialen Europa kaum etwas wissen. Die Revolution der Zapatist*innen hat von ihren ersten Momenten an eine große Anzahl Frauen in ihren Reihen. Frauen, die gekämpft haben, gelitten haben und von denen einige gestorben sind, aber auch Frauen, die Vorschläge und politische Alternativen geschaffen haben, die Positionen der Strategie, der Entscheidungsfindung usw. innehatten, die das Leben ihrer Gemeinschaften verändert und verbessert haben.

Die zapatistischen Frauen bringen uns unter vielem anderen eine revolutionäre Innovation, das »Erste Revolutionäre Gesetz der Zapatistischen Frauen«, einen Text, der nicht nur für die Unterstützung der Menschenrechte der Frauen in ihrer Gesamtheit relevant ist wie nur wenige Gesetze der »beabsichtigten westlichen demokratischen Systeme«, die sie haben, sondern auch deshalb wichtig ist, weil er das Ergebnis eines gemeinsamen Reflexionsprozesses war, in dem die zapatistischen Frauen ihre Traditionen und Bräuche als Überträgerinnen der indigenen Kultur hinterfragten, um die Zensur der patriarchalischen Merkmale zu demonstrieren, die sie in ihren Gemeinschaften festgestellt haben (Falquet, 2001: 164). Sie begannen den Weg der Revolution mit einem Programm der Freiheit, welches sie aus ihren eigenen Erfahrungen als Frauen erstellt hatten.

Bis heute zeigen uns die Revolutionär*innen der EZLN weiterhin, dass es andere Wege des Kampfes in der Welt gibt, die es schaffen, den Frauen die Utopien zu bringen, von denen sie seit so vielen Jahrhunderten geträumt haben. Im vergangenen März hielten sie das »Erste internationale, politische, künstlerische, sportliche und kulturelle Treffen der kämpfenden Frauen« ab und demonstrierten damit ihre Relevanz, um den Widerstand so vieler verschiedener Frauen in der Welt gegen das »schlechte kapitalistische und patriarchalische System« zusammenzubringen und zu fördern.

Sechstes Szenario: Kurdistan, in diesem Moment. Horizont der Illusion und Hoffnung.

Zusammen mit der zapatistischen Erfahrung finden wir heute die revolutionäre Avantgarde in den so sehr geschundenen Gebieten Kurdistans.

Im Frühjahr 2011 wurde die Hoffnung mit einer Revolution geweckt, die im Bewusstsein des historischen Geschlechterverrats steht, die weiß, dass es keinen Erfolg für eine wirklich freie Welt geben kann, ohne dass das Leben und seine Verteidigung im Mittelpunkt des revolutionären Prozesses stehen. Die Kämpfe, die nur Tod und Macht kennen, werden niemals erfolgreich sein, sie enden erschöpft und konsumierend. Es geht nicht darum, einen Staat zu schaffen, der die Logik patriarchaler Unterdrückung wieder hervorbringt; die revolutionäre Veränderung liegt in der Schaffung einer wirklich gerechten und freien Gesellschaft, in dem Verständnis der Stärke und Relevanz des menschlichen Lebens und der Natur, die sie trägt und umgibt.



8. März in Amed. Foto: anf

Die kurdische Revolution erkennt die wirkliche historische Bedeutung der Frauen an und hat ihre Einbeziehung in alle Bereiche des Kampfes, sowohl politisch, sozial als auch militärisch, unter mit den Männern gleichberechtigten Bedingungen ermöglicht. Ihr Programm der weiblichen Selbstemanzipation ist so radikal und tiefgreifend, dass sie über das, was sich die Freien Frauen 1936 in Spanien erträumt hatten, hinausgingen und eine eigene Wissenschaft der Frauen erarbeiteten, in der sie ihre Beiträge zur Revolution und zur gesamten Menschheit analysieren; sie nennen es: Jineolojî.

Es sind die kurdischen Revolutionär*innen, die uns zeigen, dass ihr Konzept des »demokratischen Konföderalismus« und der »Frauenrevolution« den Wurzeln des globalen Kapitalismus und dem Patriarchat, das ihn stärkt und aufrechterhält, entgegensteht, da sie sich den Grundlagen des Systems gegenübersehen, welches Unterdrückung reproduziert und erzeugt. Unter Benutzung des angesammelten Wissens, das als Erbe der Vorkämpfenden überlebt hat, und unter Verwendung einiger der Rollen, die die patriarchalischen Gesellschaften den Frauen vorbehalten haben, wie z. B. die Betreuung abhängiger Menschen, lehren uns die Kämpfer*innen Kurdistans die Relevanz der Wiederaneignung der eigenen Erfahrungen der Frauen, um ein demokratisches Zivilisationsmodell zu schaffen, das Leben ermöglicht und schützt.

Ihnen wenden wir die Augen zu, um unsere Blicke mit Hoffnung zu füllen, und angesichts ihres Kampfes müssen wir aus den fernen Gebieten mit unserer Solidarität und unserer gegenseitigen Unterstützung reagieren, indem wir den Genoss*innen zeigen, dass sie vor der imperialistischen Barbarei des Kapitalismus und des Patriarchats nicht allein sind und niemals allein sein werden.

Endergebnis

Diese kleine Reise durch einige der revolutionären Prozesse, in denen sich die Beteiligung von Frauen in einem Projekt der Selbstemanzipation innerhalb der libertären Bewegung konkretisiert hat, ermöglicht es uns, das Potenzial zu sehen, welches wir haben, um das Leben zu erhalten und Alternativen zu den hierarchischen Strukturen von Herrschaft und Macht zu schaffen, die das Patriarchat über Tausende von Jahren etabliert hat.

Alle besprochenen Episoden fallen mit einem Kontext des Bruchs und der sozialen Krise zusammen, in dem die traditionelle Macht zusammenbricht und zu einer Welle entfesselter Gewalt wird, die das alltägliche Gleichgewicht zerstört. Angesichts dieser lebenswichtigen Notsituation sind alle Frauen dazu aufgerufen, sich auf radikalste und engagierteste Weise an der Gesellschaftsbildung zu beteiligen, um einer möglichst großen Zahl von Menschen ein Mindestmaß an Wohlergehen zu sichern und dem Leben Kontinuität zu geben, in allen Bedeutungen der Sicherung des Lebens.

Wenn Frauen erst einmal in den revolutionären Prozess eingebunden sind, sich der Bedeutung ihrer Rolle bewusst werden und ein Kampfprojekt auf die Beine stellen, welches unsere Bedürfnisse, unseren Rhythmus, unser Wissen und unsere Fähigkeiten enthält und widerspiegelt, bringen wir eine beispiellose Stabilität in die soziale Revolution und die Möglichkeit, Gemeinschaftsprojekte aufzubauen, die eine Alternative zu den traditionellen Macht- und Kontrolldynamiken des Hetero-Patriarchats darstellen, die heute den globalen und wilden Kapitalismus unterstützen, der uns gefangen hält und unterdrückt. ♦

Bibliographie

Ayboğa, Ercan; Flach, Anja y Knapp, Michael. (2017) Revolución en Rojava. Liberación de la Mujer y comunalismo entre la guerra y el embargo. Descontrol ed.

Avrich, Paul; Lovelace, Leopoldo. (1974) Los anarquistas rusos. Madrid: Alianza Ed.

Comité de Jineolojî Europa. (2018) Jineolojî. Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH.

Falquet, Jules. (2001). »La costumbre cuestionada por sus fieles celadoras: Reivindicaciones de las mujeres indígenas Zapatistas«. Debate Feminista, 24, 163–190. Retrieved from http://www.jstor.org/stable/42625407

Ferretti, Federico. (2009) »La Comuna de París y los orígenes del pensamiento anarquista: la experiencia de los hermanos Reclus«. Germinal Revista de Estudios Libertarios, 8, 8–41.

Michel, Louise. (2014) La Comuna de Paris. Historia y recuerdos. La Malatesta ed. Tierra de Fuego. Madrid-Tenerife.

Navailh, Françoise. (2003) »El modelo soviético«. En: DUBY, George y PERROT, Michelle. coords. Historia de las mujeres, vol. 5, El siglo xx. Madrid: Taurus.

Texeira, E. B.: »Ángeles o demonios: representaciones, discursos y militancia de las mujeres comunistas.« Arenal. Revista de historia de las mujeres, 19 (1), 2012. pp. 75–102.

USA-Taliban-Abkommen

Der Sieg des reaktionären Radikalismus

Abdulmelik Ş. Bekir

Zwischen den USA und den Taliban wurde das Abkommen »Frieden nach Afghanistan bringen« geschlossen. Für die USA unterschrieb ihr Sonderbeauftragter Zalmay Halilzad und stellvertretend für die Taliban Molla Abdulgani Birader.

Der wichtigste Artikel des Abkommens bezieht sich zweifellos auf die militärische Präsenz der USA. Nach diesem werden die USA und ihre Verbündeten Afghanistan innerhalb von 14 Monaten verlassen, und es werden politische Gespräche zwischen den afghanischen Parteien initiiert, sollten die Taliban das Abkommen einhalten.

Im folgenden Monat werden politische Gefangene zwischen den Parteien ausgetauscht, es werden die gegen Taliban-Mitglieder verhängten Sanktionen aufgehoben und die USA werden die neue afghanische Regierung unterstützen. Im Gegenzug werden die Taliban mit keinen Personen oder Strukturen kooperieren oder sie in Afghanistan dulden, die eine Gefahr für die USA darstellen, darunter auch al-Qaida. Die Taliban werden ihre Beziehungen zu al-Qaida beenden und den Krieg gegen den »Islamischen Staat« IS in Afghanistan fortsetzen.

Unabhängig von Vor- und Nachteilen für die einzelnen Parteien kennzeichnet das Abkommen den Beginn einer neuen Ära in Afghanistan. Einschließlich der Zeit der englischen Besatzung und des englischen Mandats für Afghanistan befindet sich das Land seit seiner Gründung in einer Art Bürgerkrieg, der mal heftiger und mal weniger heftig ausgetragen wird. Ob das Abkommen zu einem dauerhaften Frieden beiträgt, ist fraglich. Der Vorsitzende des Politbüros der Taliban, Molla Abdulgani Birader, erklärte nach Abschluss der Gespräche die Errichtung islamischer Strukturen zum primären Ziel. Die Aussagen sind Hinweise auf die für die Zukunft angedachte Praxis der Taliban.

Das Wesentliche des Abkommens ist, dass die USA bereit sind, Afghanistan zu verlassen, sollten ihre Interessen dort weiterhin vertreten werden. Eine Möglichkeit der von den USA unterstützten Kräfte, ein Gegengewicht zu den Taliban zu bilden, gibt es praktisch nicht. Während die Taliban eine homogene, aus Paschtunen bestehende Zusammensetzung unterstützen, ist die von den USA unterstützte Regierung heterogen zusammengesetzt und besteht aus Paschtunen, Tadschiken, Hazara, Usbeken sowie verschiedenen Konfessionen wie Schiiten und Sunniten. Der militärische Rückzug der USA wird eine dauerhafte Schwächung dieser Gruppen zur Folge haben. Die Taliban halten trotz der US-Präsenz wichtige Teile des Landes, und es scheint, als sei im Falle eines Rückzugs der USA die Herstellung der vollständigen Kontrolle über das gesamte Land innerhalb kürzester Zeit bereits entschieden.

Warum liefern die USA Afghanistan den Taliban aus?

Die Frage ist nun: Warum liefern die USA Afghanistan den Taliban aus, trotz der Konkurrenz zu China und der Absicht, den Iran einzukreisen und den Einfluss Russlands einzuschränken? Afghanistan, das lebenswichtig ist zur Erreichung dieser Ziele? Um die Frage zu beantworten, müssen zunächst die Beziehung zwischen den Taliban und den USA beleuchtet und ihre Widersprüche offengelegt werden.

Die USA standen nie im grundsätzlichen Widerspruch zu den Taliban. Man erinnere sich an deren gute Beziehungen nach Washington in den ersten Jahren nach ihrer Gründung. Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass die USA über Saudi-Arabien und Pakistan Einfluss nahmen auf die Machtergreifung der Taliban. Nach ihren Berechnungen sollten sie Stabilität im Land herstellen und den Einfluss der Verbündeten Pakistan und Russland sowie den des Iran im Mittleren Osten ausgleichen.

Die Taliban kamen leichter und schneller an die Macht als angenommen und wurden durch die Ausrufung des Islamischen Emirats zu einer wichtigen Kraft. Sie nahmen, ganz im Sinne der USA, eine Haltung gegen Russland und den Iran ein. Doch schon nach kurzer Zeit entwickelte sich Afghanistan zu einem Aufenthaltsort salafistischer und radikaler Gruppierungen, allen voran al-Qaidas. Selbst das führte zu keiner Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Taliban und den USA. Erst mit dem

Angriff vom 11. September 2001 durch al-Qaida gerieten die Taliban ins Fadenkreuz der USA. Deren Besetzung Afghanistans begann nach der Ablehnung ihrer Gesuche um Auslieferung von Al-Qaida-Führern.

Die damalige Regierung hatte bereits gegen die Taliban gekämpft und verloren und war durch die »Nordallianz« mit Paschtunen aufgestockt worden. Die aus Usbeken, Tadschiken, Schiiten bestehende und durch den Iran und Russland unterstützte »Nordallianz« nahm aktiv am Kampf der USA gegen die Taliban teil und stellte später die Regierung. Wegen deren Beziehungen zum Iran und zu Russland haben die USA immer jenen Gruppen in den Regierungen misstraut, die aus der »Nordallianz« stammten. Die USA und ihre Verbündeten hatten keine Schwierigkeiten bei der Besetzung Afghanistans. Allerdings konnten sie, wie bereits bei anderen Interventionen, ihr destruktives Potential nicht ausgleichen und Stabilität garantierende Maßnahmen durchsetzen. Bei ihren Interventionen, vor allem in Afghanistan und im Irak, konnten sie keine langfristigen Strukturen aufbauen und scheiterten an der Schaffung stabiler Verhältnisse. Und das führte zu Schwierigkeiten bei ihren Einsätzen, in finanzieller und ökonomischer Hinsicht.

Eine oppositionelle Haltung gegenüber Auslandsinterventionen seit dem Vietnamkrieg und Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, belasten die USA innenpolitisch. Der einzige Weg, aus dieser Sackgasse und der mit ihr verbundenen Krise herauszukommen, scheinen die Reduzierung der militärischen Präsenz und der Rückzug aus einigen Gebieten zu sein. Das Abkommen mit den Taliban ist ein Prozess, um diese Politik konkret umzusetzen.

Ein weiterer Grund für den Beginn der Verhandlungen ist die Erfolglosigkeit der US-Partner in der Region. In den letzten 19 Jahren konnten diese keine vorzeigbaren Leistungen erbringen. Spaltung und Widersprüche im Innern führten zur Vernachlässigung öffentlicher Dienstleistungen. Staatsvermögen und externe Fonds landeten in einem Räderwerk aus Veruntreuung und Korruption. Während aus diesen Gründen das Vertrauen des Volkes in die Regierung nach und nach erlosch, reorganisierten sich die Taliban innerhalb der Bevölkerung und erfuhren wachsende Unterstützung.

Die Erfolglosigkeit der USA und der ihnen verbundenen Regierung und der daraus resultierende Aufstieg der Taliban blieben in den letzten Jahren auch dem Iran und Russland nicht verborgen. Beide Staaten empfingen die Taliban in ihren Hauptstädten mit dem Ziel, sie als Trumpf gegen die USA ausspielen zu können. Daraus resultierte der Zug der USA, ihrerseits Gespräche mit den Taliban aufzunehmen. Doch die Widersprüche zwischen den Taliban und Russland bzw. dem Iran waren größer als die zwischen den Taliban und den USA.

Selten gehen Pläne auf, wie sie sollen

Der vor kurzem unterzeichnete Vertragstext drückt im Wesentlichen die Rückkehr zu den Verhältnissen von vor zwanzig Jahren aus. Die Taliban werden keine den USA und deren Verbündeten feindlich gesonnenen Gruppen im Land dulden oder unterstützen, dafür garantieren die USA Unterstützung für eine neugebildete Regierung und Beistand auf internationalen Plattformen. Diese Zugeständnisse bilden den Rahmen des Abkommens.

Regionale und internationale Auswirkungen dieser Situation werden sich in der kommenden Zeit offenbaren. Die von den USA nach dem 11. September ausgerufene Strategie »Krieg gegen Terrorismus und Diktatur, Herstellung des Friedens und Unterstützung der freien Gesellschaften« wird mit diesem Abkommen bankrott erklärt. Die USA werden mit den Kräften weiterarbeiten, die ihren Interessen dienen. Die Reinwaschung von al-Qaida durch den Syrien-Beauftragten der USA, James Jeffrey, während seines letzten Türkei-Besuchs ist ein Indiz für diesen Richtungswechsel.

Sollte das Abkommen eingehalten werden, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Taliban in Afghanistan innerhalb kurzer Zeit (ein, zwei Jahre) für unbestimmte Zeit an die Macht kommen werden. Zweifelsohne gehört der Iran zu den Staaten, die Auswirkungen des Abkommens spüren werden. Seit der Gründung der Taliban bestehen Spannungen in ihrem Verhältnis zum Iran. Schiitische und persische Organisationen des Iran verfügen ohnehin über die Möglichkeiten, schon bei kleinstem Anlass für einen Flächenbrand in Afghanistan zu sorgen. Langfristig ist es möglich, dass Russland und »sein Hinterland« Usbekistan Tadschikistan einen Besuch abstatten werden. Doch wie schon in anderen Regionen könnte es ebenso passieren, dass auch diese Pläne der USA nicht so verlaufen, wie sie sollen. Denn auch ein Auseinandergehen von USA und Taliban sollte nicht als unwahrscheinlich gelten, sollten sich Letztere gegenüber dem Iran, China und Russland nicht wie von den USA vorgegeben verhalten.

Die Zeit wird zeigen, ob die Taliban sich an das Abkommen halten oder nicht. Doch wie auch immer, Gewinner dieses Prozesses wird der reaktionäre Radikalismus sein und die Verlierer sind die Völker Afghanistans. Die in unterschiedlichen Ausprägungen wie Nationalismus, Konfessionalismus, religiösem Fanatismus und reaktionären Strukturen auftretende Nationalstaatlichkeit stand nie im Widerspruch zum Imperialismus, solange ihre Macht gesichert war. Auch in Zukunft wird hier kein Widerspruch entstehen. Zu den hohlen und despotischen Regimen des Mittleren Ostens fügt sich mit diesem Abkommen ein weiteres hinzu. Die Machtergreifung der Taliban stellt für die Völker Afghanistans eine schädliche Entwicklung dar und wird regionale Reaktionäre stärken und freiheitlich gesinnte gesellschaftliche Gruppen schwächen. ♦

Bericht über eine kurdische Delegationsreise nach Südafrika im März 2020

Die Macht – dem Volke! Dem Volke?

Ercan Ayboga, Ökologiebewegung Mesopotamien

Amandla, Amandla! bekommen wir oft zu hören im Staat Südafrika – und zwar mit einer geballten Faust. Darauf rufen die anderen Anwesenden »Ngawethu« oder »Awethu« zurück. Dies stammt aus der Zeit des Widerstandes gegen das Apartheid-System. Zweimal rufen wir das auch vor versammelten Menschen. Es ist zweifellos ein schöner Moment, auch wenn wir zu jenem Zeitpunkt nicht wissen, was diese Wörter bedeuten. »Amandla« heißt Macht und Ngawethu/Awethu »dem Volk«.

Aber wurde die Macht denn wirklich dem Volk übertragen? Diese Frage stellen wir immer wieder den Menschen, denen wir zwei Wochen lang in Südafrika Anfang März begegnen. Die Antwort lautet entweder »nein« oder »kaum«. Das ist natürlich enttäuschend, denn viele erinnern sich noch an den jahrzehntelangen, starken Kampf von Millionen Menschen gegen den Rassismus.

Zwar wussten wir schon vor unserer Delegationsreise, vielmehr seit mehr als zwei Jahrzehnten, dass in Südafrika nach Ende der Apartheid keine soziale Revolution stattgefunden hat und dass die frühere Widerstandspartei ANC (Afrikanischer Nationalkongress) die Regierungsposition für Selbstbereicherung und Herrschaft missbraucht. Dass es aber so schlimm ist, wie wir es hören und sehen können, haben wir uns nicht ganz so vorgestellt.

Dies vertieft unsere Enttäuschung, aber genauso bestätigt es den Weg, den einige revolutionäre Prozesse in den letzten Jahrzehnten eingeschlagen haben. Zu diesem gehört auch die Freiheitsbewegung von Kurdistan, über die wir in Südafrika sprechen und die wir diskutieren. Das »wir« besteht aus Aktivist*innen von Kongra Star, der Frauenbewegung von Rojava, und der Ökologiebewegung Mesopotamien, die Ökologieaktivist*innen in Nordkurdistan (Bakur) zusammenbringt. Keine schlechte Kombination, um die politischen Ansätze und die Praxis der revolutionären Prozesse in Kurdistan zu vermitteln.

Wenn wir in unseren Vorträgen von der Rolle der vielen Kommunen im befreiten Rojava berichten, wird uns fast jedes Mal von den Straßenkomitees der 80er Jahre in den Townships, den Armenvierteln rund um die Städte, erzählt. Diese Straßenkomitees wurden in fast allen Straßenzügen durch die »Schwarzen«, »Farbigen« (Coloured) und »Asiat*innen« (Asians) – nach diesen rassistischen Kategorien wurden die Townships durch das Apartheid-Regime angelegt – durch politische Aktivist*innen der legalen UDF (Vereinigte Demokratische Front) aufgebaut. Die UDF ist nicht gleichzusetzen mit dem ANC, aber die meisten sympathisierten mit ihr. Die Straßenkomitees sorgten dafür, dass die Gesellschaft sich besser politisch organisieren, mit Bedürfnissen des Alltags versorgen und gegen die Repression verteidigen konnte – und gaben der Bevölkerung damit viel Kraft. Es gab jedoch auch Probleme, wie die Exekution von Kollaborateur*innen. Dennoch sind wir beeindruckt, wie diese Komitees Millionen organisieren konnten. Mit der Zeit weicht das Beeindrucktsein der Frage, warum sie nach 1990 verschwanden.

Als 1990 der seit 1962 auf der Insel Robben Island inhaftierte ANC-Vorsitzende Nelson Mandela freikam, begann ein Prozess, der zweifellos allen Unterdrückten viel Hoffnung machte. Der ANC propagierte den eigenen Anhänger*innen, dass mit seiner Regierungsübernahme mittels Wahlen die Unterdrückung aufgehoben und die soziale Lage sich schnell verbessern werde. Die UDF, wie auch andere Organisationen (darunter die Gewerkschaft COSATU), gingen so mit dem ANC einen Pakt ein (einige Personen aus diesen sozialen Bewegungen wurden Minister*innen und Sekretär*innen in den ersten ANC-geführten Regierungen). Hinzu kommt, dass Anfang der 90er Jahre das Bewusstsein für eine demokratische Selbstorganisation der Gesellschaft auf unterster Ebene sowohl in Südafrika als auch weltweit deutlich weniger verbreitet war als heutzutage. Und es gab zu wenige Aktivist*innen, die sich stark für die Beibehaltung der Straßenkomitees einsetzten.

Nach spätestens zehn Jahren ANC-Regierung wurde ganz offensichtlich klar, dass die ANC-Führung von Anfang an kein



Museum in Nelson Mandelas Haus in Soweto. Foto: Ayboga

Interesse hatte, den reichen Unternehmen und Privatpersonen – also der weißen Kapitalistenklasse – irgendetwas wegzunehmen. Dies muss wohl die Vorbedingung des Apartheid-Regimes für den ANC gewesen sein, um die Transition von 1990 bis 1994 anzuleiten. Einer der berühmtesten politischen Häftlinge unserer Zeit, Nelson Mandela, ist dabei nicht auszunehmen. Selbst wenn er dabei nicht aktiv mitgewirkt haben sollte, tolerierte er dies, hören wir von mehreren Aktivist*innen.

Die Politik des ANC verfolgte das Ziel, dass die vielen Millionen Ausgebeuteten vom wirtschaftlichen Wachstum etwas abbekommen sollten, um ihre materielle Lage zu verbessern – so wie in Brasilien und Bolivien in den letzten zwei Jahrzehnten. Dies geschah bis heute nur minimal. Denn die ANC-Führungskräfte rissen fast alle Einkommen des Staates an sich und bereicherten sich in extremer Weise. So ist die ausgeprägte Korruption ab den 1990er Jahren zu erklären. Die hohe Kriminalität ist vor allem hiermit zu verstehen.

Eine der Folgen dieses Prozesses ist, nach dem, was wir hören, dass die sozialen Bewegungen in Südafrika in den letzten Jahren relativ schwach sind und die Kritik am politisch-wirtschaftlichen System nicht wirklich greift. Alle Alternativen zum ANC werden innerhalb des bestehenden Systems formuliert, so wie es die neue Partei »Economic Freedom Fighters« tut, die bei den letzten Parlamentswahlen mit fast zehn Prozent der Stimmen einen großen Erfolg erzielte. Ihre Führungsriege ist genauso korrupt und machtsüchtig wie die des ANC. Die Kommunistische Partei (SAC) war von Anfang an Teil des ANC und damit Teil des Problems. Es gibt viele kleine interessante Initiativen und Selbstorganisationsstrukturen, doch sind sie kaum miteinander vernetzt.

So lassen sich auch die Reaktionen der Menschen besser verstehen: Unsere Betonung der Kommunen als auch der Kooperativen der ökonomischen Selbstständigkeit, der Akademien der permanenten Selbstbildung und der (Volks-)Räte der Vernetzung aller Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung (bzw. »demokratischen Autonomie«) kommt in einem Staat wie Südafrika mit einer langen Geschichte des Widerstands gegen die kapitalistische Moderne anders an als in Europa. Nach jedem Vortrag gibt es so viele Fragen, dass nicht alle beantwortet werden können, selbst wenn über eine Stunde für die Diskussion vorgesehen ist. So etwas hatten wir nirgendwo sonst erlebt, was das Interesse an der Revolution in Kurdistan und die Suche nach Alternativen ausdrückt. Es muss anscheinend seit Jahren eine intensive Auseinandersetzung der kritischen Menschen und Aktivist*innen geben, die eine neue Form von Demokratie, Freiheit und Solidarität suchen, die über den für Korruption offenen Parlamentarismus hinausgeht.

Die meisten Fragen beziehen sich auf die Kommunen und inwiefern sie Teil der gesamten demokratischen Autonomie sind (»Wie stark beteiligen sich die Menschen daran?«, »Was tun sie genau?«, »Wie vernetzen sie sich?«), auf die Frauenbefreiung und wie sie das Patriarchat herausfordert (»Was ist die Jineolojî?«, »Gelten das Ko-Vorsitzendensystem und die Genderquote tatsächlich auch überall?«, »Welche Rolle spielen die LGBTI*?«, »Wie sieht es denn zuhause zwischen Mann und Frau tatsächlich aus?«), auf das Justizsystem (»Wie arbeiten und entscheiden die Friedenskomitees?«, »Wie viele der Konflikte können sie lösen?«, »Wer entscheidet in schweren Fällen?«) und auf die ökonomische Lage und damit die Selbstversorgung (»Wer besitzt das Land?«, »Wie entstehen Kooperativen?«, »Wie stark sind Kooperativen in der gesamten Wirtschaft?«, »Was passiert mit dem Öl?«, »Womit können sich die Menschen denn tatsächlich selbst versorgen?«). Es gibt eine Reihe weiterer interessanter Fragen wie zur Rolle der politischen Avantgarde, zu den inhaftierten IS-Mitgliedern, zu den Beziehungen zum syrischen und anderen Staaten, zur Rolle der politischen Parteien im neuen System, zur aktuellen politischen Lage und dazu, welche Ideologien den Demokratischen Konföderalismus beeinflussen.

An diesen Fragen ist auch die NGO ILRIG (International Labour Research Information Group, www.ilrig.org.za) interessiert, weshalb sie uns zu dieser Veranstaltungsreihe eingeladen hat. ILRIG wurde in den 1980er Jahren gegründet und setzt sich vor allem mit Bildungsangeboten für Arbeiter*innen und Internationalismus auseinander. An Demonstrationen und Kampagnen zu Rojava/Kurdistan beteiligt sie sich seit Ende 2014 immer wieder, als der IS in und um Kobanê von der Rojava-Revolution bekämpft wurde. Wir fahren in die Städte Johannesburg, Kapstadt, Durban und Makhanda (früher Grahamstown) und halten insgesamt zehn Vorträge.

In Südafrika lebt eine wirklich spezielle Gesellschaft. Dies hängt vor allem mit der Apartheid zusammen, die die Bevölkerung nach ethnischen Merkmalen territorial voneinander getrennt hat. Einige der Schwarzen leben nun in den reichen Stadtteilen als Neureiche. Doch der ökonomische Unterschied zwischen den Zentren der Städte und den sie umgebenden Townships ist nach wie vor gravierend. Von Sandton bei Johannesburg, dem reichsten Bezirk auf dem Kontinent, bis Alexandria, einem der ärmsten Stadtteile, sind es nur zwei Kilometer. Als wir von Sandton nach Alexandria mit dem Auto fahren, sehen wir diese krasse Diskrepanz. Das Elend in Alexandria ist so groß, dass es im Mittleren Osten nichts Vergleichbares an Armut gibt. Hier leben, wie in vielen anderen Townships, Millionen von Menschen in notdürftig errichteten Unterkünften aus Wellblech ohne fließendes Wasser und Strom. Und wenn hier nun der Staat eine Ausgangssperre wegen der Covid-19-Pandemie mit Polizeigewalt durchzusetzen versucht, stellt dies eine weitere Repression gegen diese extrem ausgebeuteten Menschen dar. Wir werden sehen, ob es zu einer sozialen Explosion kommen wird.

Fast alle »Schwarzen« der Townships sind dazu verdammt, immer hier zu leben. Zurück in ihr Dorf können sie kaum. Denn rund neunzig Prozent des Agrarlandes gehören den »Weißen«, also den Nachfahren der Kolonisator*innen. Diese haben riesige Farmen und bedienen mit ihren Produkten auch die Weltmärkte, wofür sie die früheren Bewirtschafter*innen als moderne Sklav*innen arbeiten lassen. Ein bedeutender Teil des besetzten Landes sind die von Tourist*innen geliebten Naturreservate (einschließlich der »Game Reserves« mit den so oft beworbenen »Big Five«, die bei Safaris zu begutachten sind), die den Weißen gehören. Hierfür wurden so viele Wälder abgeholzt, dass heute nur ein Prozent der Fläche dieses Staates bewaldet ist. Eine Landreform ist nicht in Sicht, auch wenn es vor mehreren Jahren erste Versuche gab. Aber da die neuen (alten) Besitzer*innen seit Generationen nicht mehr Land bewirtschaften und keine Unterstützung für den Aufbau von Landwirtschaft vom Staat erhalten, haben sie zu einem Großteil das Land zurück an die Weißen verkauft. Aufgrund dieses Landproblems in Südafrika werden uns viele Fragen zum Landbesitz in Rojava und ganz Kurdistan gestellt.

Hier stellt sich heraus, wie wichtig die Landfrage ist, wenn Selbstversorgung ein strategisches Ziel einer Gesellschaft sein soll. Selbst in Zeiten von »High-Tech« und moderner Industrie und auch gerade angesichts von Pandemien zeigt sich, dass eine Gesellschaft nur wirklich autonom sein kann, wenn sie das Wichtigste zum Leben selbst produziert. Zwei Teile Kurdistans, Rojava und Südkurdistan, offenbaren dies als Beispiele für die beiden Extreme. Ein Teilnehmer in Kapstadt sagt zu Recht, dass der mit der neoliberalen Welthandelsorganisation (WTO) stark gestiegene Welthandel und vor allem die Konzentration der Produktion auf wenige profitable Produkte in den meisten Staaten die Gesellschaften in Zeiten von Krisen deutlich vulnerabler gemacht hätten.

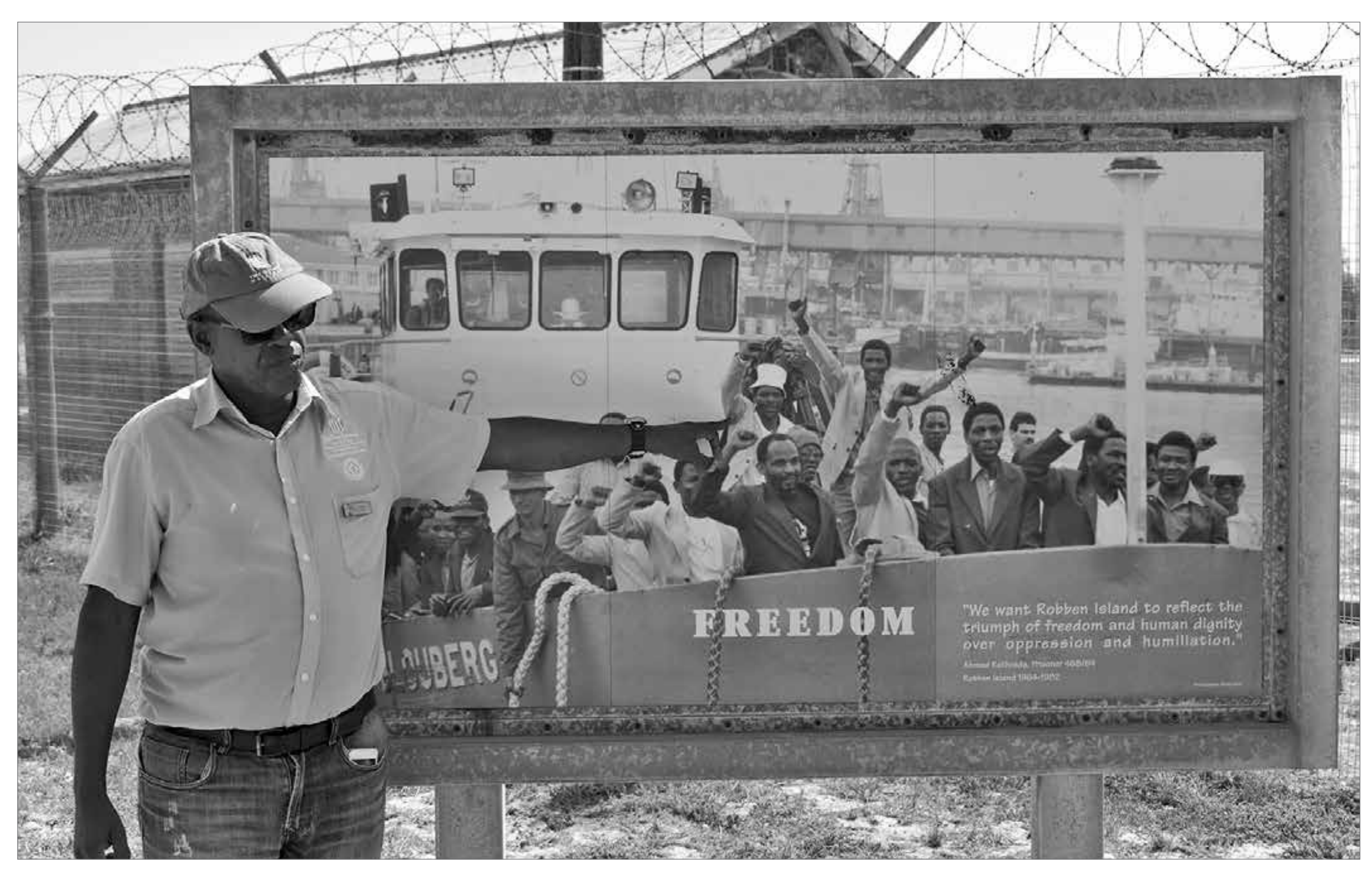
Was uns in Südafrika stört: Wir können tagsüber nicht allein zu Fuß in den Straßen spazieren gehen – außer im Zentrum von Kapstadt. Genauer gesagt, uns wird dies angesichts der hohen Kriminalitätsrate von den Freund*innen, die uns eingeladen hatten, dringend empfohlen. Durch unsere Art und Weise würden wir zu schnell auffallen. Das sind wir so nicht gewohnt, denn selbst im Mittleren Osten ist es trotz der politischen Repression und Armut großteils möglich, sich in den allermeisten Städten tagsüber allein aufzuhalten. So befindet sich immer eine*r der Freund*innen neben uns und so können wir die Orte nicht wirklich selbst erfahren. Diese Kriminalität ist nicht heraufbeschworen, sie ist real. Wir sehen auf der

Straße mehrmals Gewalt und zweimal einen Raub mit eigenen Augen.

Diese Kriminalität ist so brutal und organisiert, dass sie selbst politische Aktivist*innen spüren. Ein Mensch berichtet uns nach einem unserer Vorträge, als wir über Selbstorganisation auf Straßenebene sprechen: In einem Township hatten vor einem Jahr einige engagierte Menschen angefangen, mit Unterstützung einiger linker Aktivist*innen aus der gleichen Stadt ein Straßenkomitee aufzubauen. Sie wollten die Gemeinschaft vor Ort in vieler Hinsicht stärken und sich gegen die Armut und Perspektivlosigkeit organisieren. Doch hatte nach einigen Monaten die kriminelle Bande in einem brutalen Akt nachts drei der lokalen Aktivist*innen ermordet. Die Mörder wurden nicht gefasst und das Straßenkomitee damit leider zerschlagen.

Dieses Beispiel zeigt, wie schwer es ist, sich politisch an der Basis zu organisieren, und wie sehr der Staat ein Interesse an Kriminalität in den ärmeren Gesellschaftsschichten hat. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, dass Strukturen der Selbstorganisation an der Basis und deren Aktivist*innen sich besser vernetzen und sich selbst verteidigen müssen. Selbstverteidigung sei kein Monopol des Staates, betonen wir immer wieder auch in Südafrika. Der Staat schützt nicht wirklich Menschen auf dem eigenen Staatsgebiet, wenn es um gewisse andere Interessen geht.

Auffällig ist in Südafrika außerdem, dass wir zum 8. März keine Demonstrationen zum Internationalen Weltfrauen(kampf)tag sehen oder mitbekommen. Auf Nachfrage bekommen wir die Antwort, dass ein frauenbezogener Tag eher im Winter (bei uns Sommer) gefeiert wird, dies aber auch nur sehr klein und dass vor allem die Frauenbewegung relativ schwach sei. Zwar nehmen viele Frauen an den Diskussionsveranstaltungen teil, doch hören wir selten die Namen von Frauenorganisationen. Die Genossin von Kongra Star merkt dazu mehrmals an, dass dies inakzeptabel sei, wenn eine starke Gegenbewegung der Bevölkerung gegen Staat, Patriarchat und Kapital geschaffen werden soll. Angesichts der sehr hohen Rate von sexueller Gewalt und auch Vergewaltigung – insbesondere in den Townships – kann keine Alternative ohne eine starke Frauenbewegung entstehen. Sie beeindruckt die Zuhörer*innen sehr stark mit ihren Vorträgen, wenn sie einzeln aufführt, was Kongra Star in Rojava und in Zusammenarbeit mit anderen Frauen-



Robben Island: Autoritäre Staaten lieben es, Inhaftierte – insbesondere politische – auf einer Insel einzusperren. Das taten die erste Kolonisator*innen von Südafrika im 17. Jahrhundert schon auf Robben Island, das in der Sprache der indigenen Xhosa »Esiquithini« heißt. Einer der früheren Inhaftierten erzählt uns vor Ort detailliert, wie das Leben für sie in den 1980er Jahren war: äußerst brutal. Vieles ähnelt den speziellen Gefängnissen der Türkei – vor allem der Insel Imralı im Marmara-Meer, wo der kurdische Repräsentant, Abdullah Öcalan, inhaftiert ist. Foto: Ayboga

organisationen in den anderen Teilen in Nord- und Ostsyrien aufgebaut hat.

Die Aktivistinnen, die wir in Südafrika sprechen, fügen oft hinzu, dass in den letzten Jahren eine intensivere Diskussion um Frauenselbstorganisation eingesetzt, dies jedoch noch nicht zu auffallenden konkreten politischen Formen geführt habe. Wir sind gespannt, wie eine aufstrebende Frauenbewegung in Südafrika den ganzen Diskurs unter den linken und revolutionären Kräften verändern wird.

Die ökologischen bzw. Umweltbewegungen scheinen gegenüber der Frauenbewegung etwas stärker ausgeprägt zu sein. Das ist zumindest unser Empfinden, denn wir treffen viele Menschen und Organisationen, die uns nach ökologischen Kämpfen in und um Kurdistan fragen oder die von den ökologischen Kämpfen in Südafrika berichten. In Durban treffen wir die NGO SCDEA, die seit den 1990er Jahren mit NGOs und sozialen Bewegungen vor Ort Kämpfe vor allem gegen die Verschmutzung durch die Ölraffinerie führt, welche viele tausende Menschen erkranken ließ. Und das mit einem gewissen Erfolg. Zwar läuft die Raffinerie in der Stadt immer noch mit der alten schlechten Technik, aber ihr Ausbau konnte verhindert werden. Es ist ein langandauernder Kampf, der immer wieder durch Repression und öffentliche Denunziation zurückgeschlagen wird. Aber er gibt vielen anderen Mut. So auch in Kapstadt, wo Wasser das große Thema ist, denn es sei dort auch sehr knapp. In den Jahren von 2015 bis 2017 durfte jede*r Einwohner*in nur noch fünfzig Liter pro Tag für den gesamten Bedarf nutzen. Inzwischen habe es wieder mehr geregnet und die Stauseen seien voll. Doch die nächste Krise kommt sicher bald angesichts der Klimakrise; die Frage ist nur, wann. Das Hauptproblem dabei ist, dass zu viele Menschen – mehr als vier Millionen – in einer kleinen Region mit relativ wenig Niederschlag leben. Und diese Zahl steigt täglich, während die ländlichen Gebiete entleert und umfunktioniert werden. Die politisch Verantwortlichen unternehmen nichts dagegen. Als Lösung werden weitere Stauseen mit Talsperren und der Wassertransport aus ferneren Orten vorgeschlagen, so wie für Istanbul, Teheran und Barcelona. Megastädte werden zu Monstern, die Wasser und andere Ressourcen aus immer ferneren Gebieten verschlingen. Die weiter ausgreifende Urbanisierung verschärft die ökologischen und sozialen Konflikte immer mehr, das bekommen wir in Südafrika noch einmal bestätigt.

In Südafrika zu sein und nicht die frühere Gefängnisinsel Robben Island zu sehen, ist für uns von Anfang an unmöglich. Also machen wir uns auf den Weg dorthin, mit einer Fähre und hunderten Tourist*innen. Autoritäre Staaten lieben es, Inhaftierte – insbesondere politische – auf einer Insel einzusperren. Das taten die erste Kolonisator*innen von Südafrika im 17. Jahrhundert schon auf Robben Island, das in der Sprache der indigenen Xhosa »Esiquithini« heißt. Einer der früheren Inhaftierten erzählt uns vor Ort detailliert, wie das Leben für sie in den 1980er Jahren war: äußerst brutal. Vieles ähnelt den speziellen Gefängnissen der Türkei – vor allem der Insel Imralı im Marmara-Meer, wo der kurdische Repräsentant, Abdullah Öcalan, inhaftiert ist. Aber ein Aspekt ist doch anders: Die Inhaftierten mussten täglich acht Stunden in einem Schiefer-Steinbruch arbeiten. Für den Staat hatte diese gesundheitsgefährdende Arbeit keinen ökonomischen Ausbeutungswert, aber damit sollten die Inhaftierten auf Dauer krankgemacht werden und früh sterben. Und sie sollten wenig Zeit zur politischen Bildung und Organisierung haben. Nichtsdestotrotz bildeten sich die hunderten Inhaftierten mit Disziplin ununterbrochen fort, was wichtig für den Widerstand gegen die Apartheid insgesamt war. Weitere zwei interessante Punkte im Zusammenhang mit Robben Island sind die Tatsache, dass vor genau 200 Jahren der berühmte aufständische Anführer der Xhosa, »Makana«, der gegen die britischen Kolonialist*innen erheblichen Widerstand geleistet hatte, wie Nelson Mandela ebenfalls gekidnappt wurde, und der Umstand, dass während der Apartheid keine Frauen inhaftiert waren.

Wir treffen immer wieder Menschen, die uns über ihre Muttersprache einiges erzählen und sich freuen, wenn sie uns einige Wörter in ihrer Sprache beibringen können. Das machen so manche von uns in Kurdistan auch ganz gern. Neun der indigenen Sprachen sind heute neben Englisch und Afrikaans offizielle Sprachen. Die meisten der Xhosa oder Zulu lernen in den Schulen mittlerweile hauptsächlich in ihren Muttersprachen, was sehr erfreulich ist. Die indigenen Sprachen entwickeln sich weiter, aber es gibt doch einen Punkt, der verwundert: Es gibt keine Universitäten, an denen in den indigenen Sprachen unterrichtet wird. Und das 26 Jahre nach dem Ende der Apartheid. Dies wird uns mehrfach kritisch berichtet. Diese Lage ähnelt der in Südkurdistan, was irgendwie ein Desaster ist. Aber das mit Krieg und Embargo überzogene Rojava/Nordostsyrien hat es geschafft, innerhalb weniger Jahre drei Universitäten mit Bildung in kurdischer Sprache aufzubauen. Trotz aller Herausforderungen werden sie sukzessive besser und immer mehr junge Menschen wollen dort studieren. Dies ist ein Beispiel, wie eine stark selbstorganisierte Gesellschaft Entwicklungen vorantreiben kann, was Staaten mit vielen Milliarden Euros nicht schaffen. Menschen, die tagtäglich für die Emanzipation, Befreiung und freies Denken und gegen Ausbeutung und Hierarchie organisiert arbeiten, können viel schaffen in dieser immer verrückter werdenden Welt!

Es gibt eine Welt zu gewinnen für die Völker und Geschlechter dieser Welt! Es gilt, das Ökosystem Erde mit all seinem Leben zu retten! ♦

Die aktuelle Koalitionsregierung im spanischen Staat: Ein Zeitfenster für die Bask*innen?

Oihana Etxebarrieta, Mitglied des baskischen Parlaments, EH Bildu (Koalition für Unabhängigkeit)

Lassen Sie mich zunächst sagen, dass dieser Artikel aus dem Baskenland stammt. Wir haben seit 2010 einige bedeutsame Veränderungen erlebt und mir ist es sehr wichtig, über den Friedensprozess und die aktuelle Situation zu informieren.

Das Baskenland:

Das Baskenland (Euskal Herria) erstreckt sich über zwei Staaten und ist in drei institutionelle Verwaltungsgebiete unterteilt: Die Autonome Gemeinschaft des Baskenlandes (CAV) und die Foral Community of Navarre (CFN) auf der spanischen Seite und die Kommunen der Baskischen Gemeinschaft auf Seiten des französischen Staates.

Beide Regionen innerhalb des spanischen Staats haben mehr Selbstständigkeit als die übrigen spanischen Regionen und sind die einzigen, die fiskalische Rechte besitzen. Ihnen wurde die Zuständigkeit in einer Reihe von Fragen übertragen, ausgenommen Verteidigung, Außenbeziehungen, Gefängnisse, Forschung und Entwicklung und spezielle andere Bereiche.

Währenddessen bilden die drei historischen Provinzen im Baskenland unter französischer Herrschaft, im Volksmund Iparralde (baskisch für Nordseite), seit dem 1. Januar 2017 die Kommunen der Baskischen Gemeinschaft (baskisch: Euskal Hirigune Elkargoa; französisch: Communauté d´Agglomeration du Basque). Bis 2017 hatten diese Gebiete keinen offiziellen Status. Die Kommunen der Baskischen Gemeinschaft sind Teil des 64. französische Departements (Pyrénées-Atlantiques) in der Region Aquitanien und verfügten nur über begrenzte Befugnisse.

Auf jeden Fall müssen wir feststellen und betonen, dass weder Spanien noch Frankreich unser Recht auf Selbstbestimmung anerkennen und dass auf spanischer Seite unsere Autonomie, obwohl ausgeprägter als die anderer Regionen, ständig von Madrid beeinträchtigt wird. Unser Volk und sein Selbstbestimmungsrecht werden dauerhaft geleugnet.

Der Konflikt:

Die dauerhafte Verleugnung der Existenz des Baskenlandes durch Frankreich und Spanien hat zu unterschiedlichen Reaktionen und Formen von Vorstellungen nationaler Selbstbestimmung geführt. Die Antwort reichte von kollektivem Ungehorsam bis zu einer bewaffneten Antwort auf die spanische und französische strukturelle Gewalt. Vor diesem Hintergrund hat der politische Konflikt seit Generationen Formen offener und blutiger Konfrontation angenommen. Ab 1959 hat die ETA einen bewaffneten Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus für das Baskenland geführt.

Nach mehr als 50 Jahren bewaffneter Konfrontation und drei gescheiterten Friedensprozessen (Algier 1989, Lizarra-Garazi 1999 und Loiola 2007) beschloss die baskische Bewegung im Jahr 2009, einen einseitigen Prozess einzuleiten, um einen dauerhaften und gerechten Frieden zu erreichen. Infolge dieser Entscheidung erklärte die ETA einen Waffenstillstand und kündigte später die endgültige Einstellung ihrer bewaffneten Aktivitäten an. Dieser Prozess wurde von Vertretern der baskischen Gesellschaft und internationaler Akteure unterstützt.

Einerseits hat die baskische Gesellschaft den Prozess unterstützt: Bei jeder Wahl seit 2011 (mit Ausnahme der spanischen Parlamentswahlen 2015 und 2016) hat die linksgerichtete Koalition für Unabhängigkeit EH Bildu rund 25 % der Stimmen erhalten und ist damit die zweitstärkste politische Kraft im Land. Es gab große Demonstrationen gegen Repressionen und für die baskischen politischen Gefangenen. Seit 2011 findet jährlich eine Demonstration für die Rechte der Gefangenen statt, an der sich seitdem um die 100.000 Menschen oder mehr beteiligten; im Januar 2014 war sie mit 130.000



Generalstreik im spanischen und französischen Baskenland am 30.1.2020 mit Beteiligung Hunderttausender für würdige Renten, Löhne, und Arbeitsbedingungen. Fabriken blieben geschlossen - auch viele Kneipen und Geschäfte -, und im Radio und im Fernsehen lief nur ein Notprogramm. Foto: Ralf Streck

Teilnehmer*innen die größte Demonstration im Baskenland überhaupt.

Auf der anderen Seite hat die internationale Gemeinschaft eine sehr wichtige Rolle gespielt. Am 17. Oktober 2011 präsentierten Kofi Annan, Gro Harlem Bruntland, Bertie Ahern, Gerry Adams, Pierre Joxe und Jonathan Powell die Erklärung von Aiete, die später von Tony Blair, Jimmy Carter und George Mitchell unterstützt wurde.

Die Erklärung enthielt vier Empfehlungen zur Lösung des Konflikts: In der Erklärung wurde die ETA aufgefordert, die bewaffnete Kampagne zu beenden. Dies setzte die ETA drei Tage später um. Die spanische und die französische Regierung wurden aufgefordert, mit der ETA über die Folgen des langjährigen Konflikts zu sprechen. An die baskische Gesellschaft ging der Appell, das Leid aller Opfer aufzuarbeiten und die baskischen Parteien sollten sich um die Wurzeln des Konflikts bemühen.

Trotz der Entscheidung der ETA, den bewaffneten Kampf zu beenden, weigerte sich sowohl die spanische als auch die französische Regierung, einen Dialog über die Folgen des Konflikts aufzunehmen. Stattdessen versuchten sie, den Prozess zu blockieren und zu behindern, indem sie Druck auf die Gefangenen ausübten und Solidaritätsinitiativen und politische Aktivist*innen verfolgten.

Die spanische Regierung benutzte die baskischen politischen Gefangenen als politische Geiseln und trotz der positiven Entwicklung im Land verschlechterten die spanischen Behörden deren Haftbedingungen. Gesetze wurden uminterpretiert, einschließlich der Anwendung des Gerichtsbeschlusses 197/2006 *[auch bekannt als Parot Doktrin; die Parot Doktrin verweigerte bestimmten Gefangenen – besonders den Gefangenen aus der ETA – das Recht auf Reduzierung ihrer Haftstrafen; Anm.]*, um die Haftdauer der Gefangenen zu verlängern. Diese Entscheidung wurde später vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als nicht gesetzeskonform verworfen.

Die spanische Regierung weigerte sich sogar, einen Dialog über den Entwaffnungsprozess der ETA zu führen und behinderte diesen aktiv, indem sie Teile der Führung der ETA verhaftete. Darunter diejenigen, die dafür zuständig waren, die Waffen gebrauchsunfähig zu machen.

ETA Abrüstung & Auflösung:

Angesichts der Haltung Spaniens und Frankreichs waren die baskische Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft



Die Renter mit einem eigenen Block in der Demonstration. Foto: Ralf Streck

gezwungen, sich zu engagieren und neue einseitige Schritte zu unternehmen, um die Blockade zu überwinden. 2017 übergaben Peace Artisans (Vertreter*innen der baskischen Zivilgesellschaft) der Internationalen Verifikationskommission (IVC) die Liste der acht Waffenlager, die das gesamte Arsenal der ETA enthielten. Der Erzbischof von Bolognia, Matteo María Zuppi, und Reverend Harold Good waren Zeugen der Übergabe. Das IVC übergab die Daten den zuständigen französischen Behörden und forderte die Überprüfung der Vollständigkeit der Entwaffnung der ETA. Trotz des spanischen Widerstandes gelang es der ETA mit Unterstützung der baskischen Zivilgesellschaft den Entwaffnungsprozess voranzubringen.

Während einer offiziellen Zeremonie am 3. Mai 2018 im Zentrum für Humanitären Dialog (HD) in Genf, Schweiz, bestätigte dessen Exekutivdirektor, David Harland, die Organisation habe die offizielle Erklärung der ETA über deren endgültige Auflösung erhalten.

In ihrer Auflösungserklärung betonte die ETA, sie habe »beschlossen, ihr 60-jähriges Bestehen zu beenden«, und dass diese Entscheidung »von allen Mitgliedern der Organisation getroffen wurde«[1]. Die Gruppe bestätigte auch, dass sie infolge dieser Entscheidung »alle ihre Strukturen vollständig abgebaut und alle politischen Aktivitäten beendet habe«. Ebenso verkündete sie, dass »keine politischen Positionen mehr zum Ausdruck gebracht, Initiativen gefördert oder mit anderen Akteuren interagiert« werde.

Am Freitag, den 4. Mai 2018, fand in der Villa Arnaga in Cambo-les-Bains das »Internationale Treffen zur Förderung der Lösung des Konflikts im Baskenland« statt. Die Konferenz wurde von der Internationalen Kontaktgruppe, BakeBidea und dem Ständigen Sozialforum organisiert und durchgeführt. Das Treffen fand im Beisein von Michel Camdessus, Bertie Ahern, Cuauhtémoc Cárdenas Solórzano, Gerry Adams und Jonathan Powell statt. Fast 100 Vertreter*innen der baskischen Gesellschaft aus dem Norden (Frankreich) und Süden (Spanien) waren in der Villa Arnaga anwesend. Darunter befanden sich politische Parteien, Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft, Wirtschaftsverbände und Geistliche.

Die Konferenz endete mit der Erklärung von Arnaga, die drei Herausforderungen für die Zukunft betonte: Eine Lösung für das Problem der Gefangenen und der sich noch auf der Flucht befindlichen ETA-Akteure zu suchen, auf Versöhnung hinzuarbeiten und die Notwendigkeit eines politischen Dialogs zwischen den Gegnern zur Lösung politischer Probleme und Widersprüche.

Die Auflösungserklärung der ETA und die Deklaration von Arnaga markierten den Beginn einer neuen politischen Ära für Euskal Herria. Es gibt noch offene Fragen, die dringend angegangen werden müssen, wie etwa die Situation der Gefangenen, aber die Auflösung der ETA und ihre Entschuldigung bei den Opfern des Konflikts sowie die Deklaration von Arnaga haben eine gute Grundlage für die Zukunft geschaffen.

Es gibt immer noch fast 240 baskische politische Gefangene in Spanien und Frankreich und wir müssen im Auge behalten, dass ihre Situation derzeit noch von zwei großen Problemen belastet ist: Die in Spanien angewandte Vereinzelungspolitik (Gefangene werden isoliert und so weit wie möglich von ihren Herkunftsorten entfernt inhaftiert) und die Weigerung, schwerkranke Gefangene freizulassen.

Das Wahljahr 2019 und die aktuelle neue Regierung

Das Jahr 2019 war im spanischen Teil des Baskenlands von verschiedenen Wahlen geprägt: Wahlen zum spanischen Parlament im April, Regionalwahlen, Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai sowie eine Wiederholung der Parlamentswahlen im November. Diese war die 4. spanische Parlamentswahl in ebenso vielen Jahren und ist ein Hinweis auf die Krise, die den spanischen Staat erfasst hat, und zwar auf wirtschaftlicher, finanzieller, territorialer Ebene und der der Legitimität.

1 Nach Angaben der ETA wurden während der Debatte fast 3000 Personen konsultiert, 1335 hatten ein Stimmrecht, 1077 stimmten ab: 997 mit Ja, 47 mit Nein, 33 enthielten sich.

Die von Präsident Pedro Sanchez (PSOE) im April anberaumten vorgezogenen Wahlen fanden inmitten einer wachsenden Rechts-Links-Polarisierung und der Bedrohung durch eine rechtsgerichtete Regierung statt, die von PP, Ciudadanos und VOX angestrebt wurde. Obwohl die Wahlergebnisse eine progressive Mehrheit ermöglicht hätten, verzögerten sich die Verhandlungen zur Regierungsbildung zunächst aufgrund der Kommunal- und Regionalwahlen Ende Mai und gingen dann schnell in eine im Fernsehen übertragene Seifenoper zwischen der PSOE von Premierminister Sanchez und Podemos über.

Die Unfähigkeit zur Regierungsbildung führte uns zur Wahlwiederholung am 10. November, bei der die Parteien angesichts einer geringeren Wahlbeteiligung Schwierigkeiten hatten, ihren Stimmenanteil zu halten oder gar zu erhöhen. Die wichtigste Konsequenz, die aus den Ergebnissen gezogen werden könnte, ist, dass die Position sowohl der PSOE als auch von Podemos geschwächt war, während diese Wahl dem rechten Flügel eine Gelegenheit zur Konsolidierung bot. Besonders besorgniserregend ist der Aufstieg der ultrarechten Vox-Partei, der vor allem dem Zusammenbruch der rechtsliberalen Partei Ciudadanos zu verdanken ist.

In der Wahlnacht schien es zwei zentrale Tendenzen zu geben – eine PSOE-Regierung mit Stimmenthaltung der PP oder eine PSOE und Podemos-Regierung. Eine PSOE-Podemos-Vereinbarung wurde allgemein als unwahrscheinlich angesehen, aber eine »Vorvereinbarung« wurde weniger als 48 Stunden nach Abschluss der Umfragen angekündigt.

PSOE und Podemos verfügten im spanischen Kongress nicht über die Mehrheit und mussten sich auf regionale Parteien verlassen, um deren Unterstützung zu erhalten, sowie auf die Stimmenthaltung der katalanischen und baskischen Unabhängigkeitsparteien, um eine Regierung zu bilden. Am 7. Januar 2020 waren alle Hindernisse beseitigt und Pedro Sanchez wurde zum Regierungschef gewählt.

Pro Unabhängigkeits-Parteien werden zu Hauptakteuren

Die Unabhängigkeits-Parteien aus den drei staatenlosen Nationen[2] innerhalb des spanischen Staates, die die Erklärung von Llotja del Mar[3] unterstützen, erhielten mehr als 2 Millionen Stimmen und 29 Sitze *[ERC: 13, Junts per Cat: 8, EH Bildu: 5, CUP: 2 BNG: 1]*. Diese Parteien sind in einer starken Position, um an einer gemeinsamen Lösung für die Territorialkrise im spanischen Staat zu arbeiten, da die Regierung ihre Stimmen oder ihre Stimmenthaltung benötigt. Grundlage der Zusammenarbeit sind die Minimalforderungen, die in der obigen Erklärung festgelegt sind.

Und diese Regierung wird sie brauchen, wenn sie sich ihrer vielfachen Krise stellen will, lassen Sie mich Ihnen sagen, dass diese Krise nicht kurzfristig gelöst werden kann und wir mit herausfordernden Zeiten rechnen können. Infolge der wachsenden Präsenz der Rechten und des oben erwähnten Versuchs, den Status quo zu sichern, hat sich die Mehrheit der politischen Kräfte im spanischen Staat insgesamt nach rechts verschoben und die Tendenz zur Rezentralisierung hat zugenommen Diese Tendenzen kollidieren mit dem Willen zu mehr Selbstverwaltung in den staatenlosen Nationen des spanischen Staates.

Der spanische Staat befindet sich weiterhin in einer schweren politischen, wirtschaftlichen und territorialen Krise. Die Staatsverfassung von 1978, jenes Modell, das während des Übergangs nach dem Tod von Franco aufgestellt wurde, kann den Forderungen der Bevölkerung nicht gerecht werden. Dieses Wahlergebnis kann als Bestätigung dafür gelten.

Um den Status quo zu sichern, hatte der spanische Staat bislang darauf gesetzt, eine umfassende Gegenreform einzuleiten, welche die Einschränkung der Freiheiten, die Verletzung nationaler und sozialer Rechte und die Missachtung demokratischer Grundsätze enthielt. Ebenso wurde versucht, durch die dauerhafte Anwendung von Zwang und Androhung von Gewalt nationale, republikanische, Souveränitäts- und andere fortschrittliche Bestrebungen zu unterdrücken.

Die derzeitige Koalitionsregierung hat erklärt, dass sie all diese Probleme auf andere Weise angehen will und hat damit ein schmales Zeitfenster eröffnet, um die strukturellen Probleme im spanischen Staat auf vorausschauende, demokratische und nachhaltige Weise anzugehen.

Es gibt jedoch eine Lücke zwischen Worten und Taten. Diese Regierung muss ihren wahren Willen erst noch beweisen. Wenn sie wirklich bereit ist, auf eine vorausschauende, demokratische und nachhaltige Art und Weise zu arbeiten, werden die Frauen und Männer der Unabhängigkeits-Linken offen und bereit sein, ihr bei der Demokratisierung des Staates zu helfen. Sie sollte sich aber auch im klaren darüber sein, dass es keine Lösung für die aktuelle Staatskrise gibt, ohne das Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen.

Es scheint ein offenes Zeitfenster zu geben, das man sich nicht entgehen lassen sollte. ♦

2 Gemeint sind die Nationalitäten Basken, Katalanen und Galizier

3 (https://declaraciollotjademar.eu/english2/)

Mit »Soziologie der Freiheit« erscheint der dritte Band von Abdullah Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation«

Bildungs- und Gesundheitsprobleme der Gesellschaft

Leseprobe aus dem im Mai erscheinenden Buch »Soziologie der Freiheit« von Abdullah Öcalan

»Die Basis, Existenz und Freiheit einer Gesellschaft, die ihre Gesundheit mit ihren eigenen Ressourcen nicht schützen kann, sind entweder bedroht oder gänzlich verloren«, stellt Abdullah Öcalan in seinem Buch »Soziologie der Freiheit« fest. Wir veröffentlichen vorab ein Kapitel zu den Bildungs- und Gesundheitsproblemen der Gesellschaft.

Im Mai erscheint mit »Soziologie der Freiheit« der dritte Band von Abdullah Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation« im Unrast Verlag. Übersetzt wurde das Werk aus dem Türkischen von Reimar Heider, dem Sprecher der »Internationalen Initiative: Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan«, und Mehmet Salih Akın. Wir veröffentlichen vorab ein Kapitel (Seite 169 bis 173) zu den Bildungs- und Gesundheitsproblemen der Gesellschaft:

Bildungs- und Gesundheitsprobleme der Gesellschaft

Obwohl es wie ein zusätzliches Thema erscheint, ist es wichtig, die Probleme zu begreifen, die aus der Monopolisierung der Bildungs- und Gesundheitsbereiche durch die Macht und den Staat erfolgten. Genauso wie die verstaatlichte Wissenschaft das effektivste Mittel der ideologischen Hegemonie bildet, weisen die mit der Macht eins gewordene Bildung und Gesundheit den gleichen Charakter auf.

Bildung lässt sich als der Versuch der Gesellschaft definieren, ihre Mitglieder, vor allem die jungen darunter, gesellschaftliche Erfahrungen in Form theoretischen und praktischen Wissens verinnerlichen zu lassen. Die Sozialisation von Kindern erfolgt durch gesellschaftliche Bildungstätigkeit. Die Bildung von Kindern ist die wichtigste Aufgabe nicht der Macht und des Staates, sondern der Gesellschaft selbst; denn Kinder und Jugendliche gehören zu der Gesellschaft. Ihre eigenen Kinder und Jugendlichen ihren eigenen Traditionen und den Eigenschaften ihrer gesellschaftlichen Natur entsprechend zu erziehen und zu bilden und sie in sich selbst zu verwandeln, ist – sowohl als Recht als auch als Aufgabe – ein lebenswichtiges Thema, eine Frage der gesellschaftlichen Fortexistenz. Keine Gesellschaft kann ihr Existenzrecht und die Aufgabe, dazu ihre Kinder zu erziehen und zu bilden, mit einer anderen Kraft teilen oder ihr überlassen. Die Gesellschaft kann dieses Recht und diese Aufgabe nicht delegieren, selbst wenn es dabei um den Staat oder diverse Machtapparate handelt. Sonst ergäbe sich die Gesellschaft den Herrschaftsmonopolen.

Die Heiligkeit des Rechts auf Bildung beruht auf der Existenz. Keine Kraft, nicht einmal die der Eltern, kann ihren Kindern und Jugendlichen so nahe stehen wie die Gesellschaft und keine Kraft spürt das Bedürfnis, es zu tun. Eine der gesellschaftsfeidlichsten Taten der Zivilisationen in der Geschichte ist, dass sie die Gesellschaft ihrer Kinder und Jugendlichen berauben. Das etatistische Zivilisationssystem verwirklicht diese Tat auf zwei Wegen: Entweder, indem es die Erwachsenen vernichtet und die Kinder und Jugendlichen versklavt, oder indem es sie zu sich nimmt, um sie angeblich zu erziehen, zu bilden oder auszubilden, um sie auf der Ebene der Macht zu verwerten.

Eines der Hauptziele von Kriegen ist die Errichtung von Dewschirmestätten[1], um Mädchen und Jungen durch diese beiden Methoden zu assimilieren. Während dies den Ursprung der Bürokratie bildet, stellt die Zivilisationsgeschichte den Akt dar, mit dieser Methode sowohl die Gesellschaft zu schwächen als auch die Stärke bürokratischer Apparate zu entwickeln: die Errichtung einer Gesellschaft gegen die Gesellschaft, der Gesellschaft des Staates. In dieser Einrichtung wird Kindern und Jugendlichen, die aus ihrer eigenen Gesellschaft herausgerissen

1 Dewschirme oder Knabenlese war im Osmanischen Reiche eine Praxis von Zwangsrekrutierung und -bekehrung, bei der christliche, vorwiegend männliche Jugendliche aus ihren Familien verschleppt und islamisiert wurden, um sie anschließend zum Teil an hervorgehobener Stelle im Militär- und Verwaltungsdienst einzusetzen.

wurden, eine ganz andere Sprache, Kultur und Geschichte gelehrt. Die Entfremdung der Kinder und Jugendlichen von sich selbst ist das Hauptziel dieser (Aus-)Bildung und Erziehung. Sowohl im ideologischen als auch im materiellen Sinne wird ihnen die etatistischste Identität aufoktroyiert. So wird ihnen ein Leben ohne Macht verunmöglicht und der Staat und die Macht werden für sie zum einzig gangbarem Weg ihrer Existenz gemacht. Diese assimilierten Gruppen halten sich selbst einerseits für den Staat und die Macht, geraten andererseits dadurch in einen Widerspruch mit der Gesellschaft. Manchmal werden die Staatsgesellschaft und die gesellschaftliche Natur gleichgemacht. Das ist ein Fehler, ein Widerspruch. Die Zivilisationsgeschichte wurde auf diesem Widerspruch aufgebaut. Diese historischen Tatsachen stecken hinter der Usurpierung der Bildung durch die Mächte, die ansonsten der Bildungsaufgabe an der Gesellschaft völlig gleichgültig gegenüberstehen. So wie der Kapitalist seine Arbeiter (aus-)bildet, bilden sie die von ihnen Beherrschten der gleichen Logik entsprechend als Untertanen-Arbeiter (aus). Selbst wenn es Bürokratie heißt, werden ihre Mitglieder von der untersten bis zur obersten Stufe zu Untertanen (aus-)gebildet und erzogen.

Insbesondere nationalstaatliche Mächte errichten ihr Monopol über den Kindern und Jugendlichen der Gesellschaft vor allem durch Bildung. Die Personen, die von diesen Mächten mit ihrem eigenen Geschichts- und Kunstverständnis, ihrer religiösen und philosophischen Mentalität bearbeitet wurden, sind nicht mehr ihrer ehemaligen Familien, sondern der Machthaber Kinder und Eigentum. So wird die große Entfremdung institutionalisiert. Die Bourgeoisie stellt diejenige Klasse dar, die über der Gesellschaft das intensivste Bildungsmonopol errichtet hat. Wenn die Grund- und Mittelschulbildung zur Pflicht erklärt und Arbeitssuchende auf das Universitätsdiplom hingewiesen werden, erlangt der auf die Jugend einwirkende, aus Entfremdung und Abhängigkeit bestehende Einklemmungs- und Einschließungsprozess Zwangscharakter, und Gewalt, materielle Kraft und Bildung/Erziehung werden zu Waffen der Kolonialisierung der Gesellschaft, denen nur schwer zu widerstehen ist.

Folglich kann man jedenfalls behaupten, dass es die Gesellschaft ist, die den größten Schaden des Kriegs erlitt, den der Staat und die Macht im Laufe der Geschichte gegen sie führten. Das gesellschaftliche Recht auf Bildung stellt das am schwersten umzusetzende Recht dar. Die Gesellschaft, die ihre Existenz unbedingt durch Bildung gewährleisten muss, ist angesichts der unheimlichen Stärke des Nationalstaats und der wirtschaftlichen Monopole in die schwierigste Phase ihrer Geschichte eingetreten. Der Nationalstaat, der seine ideologische



Abdullah Öcalan
Manifest der demokratischen Zivilisation – Bd. III
Soziologie der Freiheit
aus dem Türkischen von Reimar Heider und Mehmet Salih Akın | mit einem Vorwort von John Holloway

ISBN 978-3-89771-077-1
Erscheinungsdatum: Mai 2020
Seiten: 488
Ausstattung: softcover



Litfaßsäule in der Kölner Innenstadt. Foto: anf

Hegemonie errichtet hat, kolonialisiert, im Zuge der jüngsten Kommunikationsrevolution, mit einem medialen Krieg die ganze Gesellschaft in kultureller Hinsicht und führt erfolgreich eine unauffällige kulturelle Kolonialisierung durch, die genauso intensiv, vielleicht noch intensiver als die militärische und wirtschaftliche Kolonialisierung ist. Gegen diese kulturelle Eroberung und Kolonialisierung ist ein Widerstand der Gesellschaft mit ihren Existenzmitteln, ihrer eigenen Moral und ihrem politischen Kampf, der einzige Weg der Emanzipation und Befreiung. Eine Gesellschaft, die ihre Jugendlichen verloren hat, oder eine Jugend, die ihre Gesellschaft verloren hat, haben über eine Niederlage hinaus ihr Existenzrecht verloren und verraten. Das Einzige, was ihnen bleibt, sind Verderbnis und Untergang. Die Hauptaufgaben der Gesellschaft sind deshalb, ihre eigenen Bildungsinstitutionen als grundsätzliche Mittel ihrer Existenz zu errichten, ihre wissenschaftlichen, philosophischen, künstlerischen und sprachlichen Interpretationen von der Wissenschafts- und Machtstruktur inhaltlich zu trennen und die Bedeutungsrevolution zu verwirklichen. Ansonsten wird es ihr nicht gelingen, die moralischen und politischen Gewebe ihres Gesellschaftswesens dazu zu bringen, ihre Funktion zu erfüllen.

So macht einerseits die Bildungsfrage im Wesentlichen die moralischen und politischen Institutionen (Gewebe) der Gesellschaft unabdingbar, andererseits stellt die Verwirklichung der gesellschaftlichen Bildung die Hauptaufgabe von Moral und Politik dar. Eine Gesellschaft, die sich selbst nicht bilden und erziehen kann, verliert die Möglichkeit, ihre eigene Moral und politischen Institutionen zu entwickeln und am Leben zu halten. Eine solche Gesellschaft kommt nicht umhin, stets in der Gefahr zu leben, zu verderben und sich aufzulösen.

Auch die gesellschaftliche Gesundheitsfrage ist ein äußerst sensibles Thema. Es ist von ebenso großer Bedeutung wie die Bildung. Die Basis, Existenz und Freiheit einer Gesellschaft, die ihre Gesundheit mit ihren eigenen Ressourcen nicht schützen kann, sind entweder bedroht oder gänzlich verloren.

Die Abhängigkeit vom Gesundheitsbereich ist ein Indikator für allgemeine Abhängigkeit. Eine Gesellschaft, die ihre physischen und geistigen Gesundheitsprobleme gelöst hat, hält die Emanzipationsmöglichkeit in ihren eigenen Händen. Verbreitete Krankheiten in kolonialisierten Gesellschaften hängen mit dem Kolonialregime zusammen. Die eigenen Gesundheitsinstitutionen zu errichten und -experten auszubilden, ist als grundsätzliches Recht und Aufgabe der Gesellschaft anzusehen. Dass die Macht und der Staat diese Aufgabe der Gesellschaft entreißen, in ihre eigenen Hände nehmen und monopolisieren, ist ein heftiger Schlag auf die gesellschaftliche Gesundheit. Der Kampf für das Recht auf Gesundheit ist die Sensibilität der Gesellschaft gegenüber ihrem Selbstrespekt und ihrer Freiheit.

Die kapitalistische Moderne hält die Vernationalstaatlichung von Bildung und Gesundheit für lebenswichtig. Ohne diese beiden Bereiche, von denen die existenzielle, gesunde und aufgeklärte Entwicklung der Gesellschaft abhängt, unter Kontrolle zu bringen, ohne über ihnen eine monopolistische Herrschaft zu errichten, ist die Aufrechterhaltung der allgemeinen Herrschaft und Ausbeutung äußerst schwierig. Da die Monopole sich dessen bewusst sind, dass sie die Gesellschaft nicht alleine durch nackte militaristische Gewalt enteignen könnten, ist für sie die Kontrolle über Bildung und Gesundheit von unglaublicher Wichtigkeit.

Wir sehen noch einmal, dass allen existenziellen Gesellschaftsfragen der monopolistische Staat und die Macht zugrunde liegen. Der Profit und das Kapital könnten ohne dieses Machtmonopol nicht weiterexistieren. Und ohne systemischen Kampf der demokratischen Zivilisation dagegen kann keine Gesellschaftsfrage nachhaltig gelöst werden. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Die Stiftung der Freien Frau in Syrien WJAS informiert die Bevölkerung in den Flüchtlingslagern. Foto: WJAS

Rückseite:
Spendenaufruf verschiedener NGOs und Städtepartnerschaften für Nord- und Ostsyrien

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Covid-19: Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens bittet um Unterstützung

Die Gesundheitskommission der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens appelliert an die Solidarität der internationalen Gemeinschaft und bittet um Hilfe im Kampf gegen das Coronavirus SARS-CoV-2. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass immer mehr Nachbarländer im Mittleren Osten steigende Corona-Infektionen melden und die Krise den Iran besonders heftig trifft, sei die Gefahr einer Ausbreitung der neuartigen Lungenkrankheit im nordostsyrischen Autonomiegebiet besonders hoch. Vor allem in den zahlreichen Flüchtlingslagern könnte ein Ausbruch verheerende Folgen haben. Sollte das Coronavirus die Camps mit Hunderttausenden Schutzsuchenden und Binnenvertriebenen erreichen, drohe eine Verschärfung der ohnehin aufgrund der jüngsten türkischen Invasion verursachten Instabilität.

Nord- und Ostsyrien hat, wie andere Länder auch, Maßnahmen getroffen, die helfen sollen, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. »Wir haben eine Ausgangssperre verhängt, die Arbeit in unseren Institutionen eingestellt, Versammlungen verboten und Schulen und Universitäten geschlossen. Trotz der Infektionsprävention und -kontrolle ist unsere Region einem besonders hohen Corona-Risiko ausgesetzt, da uns grundlegende medizinische Schutzausrüstung, Medikamente zur Behandlung von Infizierten und Beatmungs- und Sauerstoffgeräte fehlen. Darüber hinaus benötigen wir steriles Material für Abstriche, Testkits zur schnellen Identifikation von Fällen, infektionspräventive Instrumente/Hilfsmittel und Zugang zu Testlaboren.

Die Gesundheitskommission der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens appelliert daher an die Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, die Europäische Union und alle internationalen Gremien und Organisationen im Gesundheitswesen, die Regionen im Autonomiegebiet bei der Sicherung der medizinischen Versorgung zu unterstützen und mit medizinischen Geräten, Ausrüstung und Medikamenten dazu beizutragen, diese globale Pandemie einzudämmen und unter Kontrolle zu halten, um damit menschliche Verluste möglichst gering zu halten.«

Spenden für Rojava in Zeiten von Corona an:

Heyva Sor a Kurdistanê e.V.
Kreissparkasse Köln
IBAN: DE49 3705 0299 0004 0104 81
BIC/SWIFT: COKSDE33XXX
Verwendungszweck: Rojava Corona-Virus
Über Paypal: www.paypal.me/heyvasor
(aufgrund einer Verfügung des ADD können keine Spenden aus dem Bundesland Rheinland-Pfalz angenommen werden)

Stiftung der Freien Frau in Syrien WJAS
Kurdistan Hilfe e.V.
Bank: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: Frauenstiftung
Die Kurdistan-Hilfe e.V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar. Für eine Spendenquittung bitte die Adresse deutlich mit angeben.

medico international
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC: HELADEF1822
Frankfurter Sparkasse
Spendenstichwort: Rojava

Wir, die bundesdeutschen Partnerschaftsvereine und Hilfsorganisationen rufen zu einer bundesweiten Spendenaktion für die Einrichtung zweier Corona-Kliniken in Nord- und Ostsyrien auf.

Helfen

Sie, trotz Ihrer eigenen Sorgen!



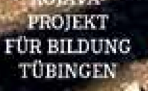
Corona-Spendenkampagne

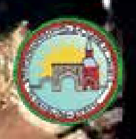
der Städtepartnerschaften und NGO's zur Unterstützung des Gesundheitssystems in Nord- und Ostsyrien*

Spendenkonto von medico international
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC: HELADEF1822
Frankfurter Sparkasse • Stichwort: Rojava

Seit Jahren unterstützen wir die demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien mit praktischen Projekten in den Bereichen Gesundheit, Ökologie, Frauenbefreiung oder Bildung.









ISSN 0935–5375